Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 70 Pf. im Textteil. Manuskripte sind zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. (Red.) 21045, (Verl.) 21047 (Prod.-Gen.) 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1063 48 Arth. Kraft Halle

Einzelpreis 10 Pf. | **Halle, Donnerstag, 16. Februar 1928** | **8. Jahrgang • Nr. 40**

Die SPD. stützt den morschen Bürgerblock

Die Regierungskoalition gesprengt — Das Schulgesetz gescheitert — Erst Verschärfung und Befestigung des Hindenburg-Kurses gegen die Arbeiterschaft — Dann Reichstagsauflösung und Neuwahlen

Heraus zum Kampf der Millionen gegen das Hindenburg-Programm der Trustbourgeoisie

Der interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien des Reichstags trat am Mittwoch um 10.15 Uhr vormittags im Reichstag in Gegenwart der Reichsminister v. Keudell und Hergt wieder zusammen. Bei der Unvereinbarkeit der sich gegenüberstehenden Forderungen der Parteien zum Schulgesetz waren die Beratungen nur von kurzer Dauer. Sie endeten mit der Feststellung, daß von keiner Seite brauchbare Kompromißvorschläge gemacht worden seien. Damit ist also das Reichsschulgesetz und an diesem die jetzige Regierungskoalition gescheitert.

Nach Feststellung des Scheiterns der Verhandlungen über das Schulgesetz haben die Fraktionen der Deutschnationalen Volkspartei, des Zentrums und der Bayrischen Volkspartei gemeinschaftlich erklärt, daß die Regierungskoalition als aufgelöst zu betrachten sei. Die Deutsche Volkspartei jammert darüber und versichert, daß man doch nicht nur zur Erledigung des Reichsschulgesetzes zusammengekommen sei. Das Zentrum antwortet darauf mit einer Erklärung, in der es der Stresemann-Partei alle Schuld am Bruch der Koalition zuschiebt, aber sich zur Durchführung des Hindenburg-Programms verpflichtet. Natürlich versucht auch die Deutschnationale Volkspartei sich zu rechtfertigen, worauf prompt die Deutsche Volkspartei wieder mit einer Erklärung antwortet.

Die SPD. ermöglicht die Durchführung des Hindenburg-Programms

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 16. Februar.**

Nach der gestrigen Verhandlung des Interfraktionellen Ausschusses der Regierungsparteien über das Scheitern des Schulgesetzes und die Auflösung der Regierungskoalition trat das Bürgerblock-Kabinett unter Vorsitz von Hergt zusammen. Es wurde beschlossen, daß trotz des formellen Auflösungsbeschlusses unbedingt das Hindenburg-Programm noch durchgeführt werden müsse. Das bedeutet, daß zunächst keine Reichstagsauflösung stattfinden soll und auch die Regierung im Amte bleibt. Die Bürgerblock-Regierung und der Bürgerblock-Reichstag sollen den Etat noch verabschieden und das Liquidationsschädengesetz, sowie den Nachtragsetat mit den geplanten Liebesgaben für die Großagrarier beschließen, dann erst, also frühestens im Mai, sollen die Wahlen stattfinden.

Nach der Kabinettssitzung trat der Interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien in der siebenten Abendstunde wieder zusammen, um die Mitteilungen der Regierung entgegenzunehmen. Es wurde auch mit nicht zur Regierung gehörenden Parteien, nämlich der SPD. und den Demokraten, Fühlung über die reibungslose Durchführung des Hindenburg-Programms genommen. Um die Beratungen im jetzigen Reichstag bis zum 31. März beenden zu können, soll die Redezeit im Reichstag beschränkt werden, ferner die Einlegung von Nachtsitzungen erfolgen. Die Parteien sollen sich verpflichten, keine „Agitations-Anträge" zu stellen und bis Freitagabend erklären, ob sie bereit sind, an der Durchführung dieses Arbeitsplanes loyal mitzuarbeiten. Stimmen die Parteien zu, dann wird als äußerster Termin für die Erledigung des Arbeitsplanes der 31. März in Aussicht genommen. Spätestens an diesem Tage soll die Auflösung des Reichstages erfolgen. Lehnen die Parteien ab, dann soll nur noch ein Notetat bewilligt und der Reichstag sofort aufgelöst werden.

Die demokratischen und sozialdemokratischen Führer haben sich bereits dafür entschieden, der Bürgerblock-Regierung keine Schwierigkeiten bei der Verabschiedung des Hindenburg-Programms zu machen, d. h. die Bürgerblock-Regierung wird mit Hilfe der Sozialdemokraten noch weiter regieren und imstande sein, ihre ganzen reaktionären Anschläge gegen das Proletariat, insbesondere ihre scharfen Kampfmaßnahmen gegen die Arbeiterschaft in den im April und Mai zu erwartenden Arbeitskämpfen zur Durchführung zu bringen.

Der heutige „Vorwärts" beschönigt diesen neuen unerhörten Verrat mit folgenden Ausführungen:

„Auch die Opposition ist daran interessiert, den Schutthaufen, den diese Regierung zurückließ, nicht bis in den Himmel wachsen zu lassen. Sie hat darum keinen Anlaß, die notwendigen Aufräumungsarbeiten durch besondere Aktionen zu stören. Sie hat immer erklärt, daß sie in ihrer Rolle als Kritikerin an der Erledigung des Etats und anderer wichtiger Aufgaben mitzuarbeiten bereit ist. Für sie ist es auch keine Lebensfrage, ob sechs Wochen früher oder später gewählt wird." (!)

Die „notwendigen Aufräumungsarbeiten" kann nur das Proletariat durch seine außerparlamentarische Aktion durchführen, wobei es zunächst den Bürgerblock mit seinen Helfershelfern beseitigen muß.

*

Die sozialdemokratische Presse verbreitet heute eine Meldung, in der es heißt, daß „im übrigen schon feststehe, daß die Sozialdemokratie den Etat ablehnen werde". Warum macht dann aber die Sozialdemokratie erst den Helfershelfer des Bürgerblocks, warum gibt sie ihm die Möglichkeit, überhaupt die Etatberatung durchzuführen? Die Antwort kann nur sein: Sie will keinen Kampf gegen die Etatpläne der Trustbourgeoisie, sie ist einverstanden mit dem reaktionären Geist, der den Etat beherrschen wird, sie würde auch keine andere Linie einhalten, wenn sie maßgebenden Einfluß auf die Politik hätte. Daß sie den Etat ablehnen will, erzählt sie ferner nur, um ihre praktische Hilfsstellung für die Trustbourgeoisie zu decken. Ein infames Betrugsmanöver an den werktätigen Massen!

Gerade weil die Annahme dieses reaktionären Etats verhindert werden muß, gerade weil jede Stunde, in der den offenen Kommis der Trustbourgeoisie das Regieren noch möglich ist, zu Riesengeschenken für Großagrarier und Großkapital aber zur gesteigerten Ausplünderung der werktätigen Massen benutzt werden soll, muß der Kampf in gesteigerter Form um die Beseitigung der Bürgerblockherrschaft geführt werden.

Unter dieser Losung und um die Forderungen Lohnerhöhungen und Achtstundentag verlassen am kommenden Montag eine Stunde vor Arbeitsschluß die Arbeiter aller Betriebe und ziehen in wuchtigen Demonstrationen auf die Plätze der Dörfer und Städte. Keiner darf fehlen! Alles hinein in die einheitliche Kampffront des Proletariats!

Der Kampf der Metallarbeiter vor dem Landtag

Wie die Minister — „objektiv" sind — Genosse Lademann rechnet mit den Reformisten anläßlich des mitteldeutschen Metallarbeiterstreiks ab

Anläßlich der Erpresser-Offensive der Schwerindustriellen gegen die Inkraftsetzung der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 16. Juli betr. Einführung des Achtstundentages und der dreigeteilten Schicht in der Hütten- und Walzwerkindustrie hatte die Kommunistische Landtagsfraktion beantragt, von der Reichsregierung zu verlangen, daß im Artikel 3 der genannten Verordnung der 2. Absatz gestrichen wird, wonach der Reichsarbeitsminister nach Anhören der obersten Landesbehörden das Inkrafttreten dieser Arbeitszeitverordnung weiter hinausschieben kann. Darüber hinaus sollte nach dem Antrag der Kommunisten von der Reichsregierung verlangt werden, daß die Verordnung nicht nur für die Hüttenindustrie, sondern für alle Gebiete und Betriebe sofort in Kraft gesetzt wird.

Der Landtag hat nach mehrfachem Drängen der kommunistischen Fraktion den Antrag in seiner Sitzung vom 12. Dezember 1927 angenommen. Der Preußische Minister für Handel und Gewerbe, der Demokrat Dr. Schreiber, aber pfiff auf den Beschluß des Landtags und gab seine ausdrückliche Zustimmung dazu, daß das Inkrafttreten der Verordnung für Teile des Reiches und viele Betriebe hinausgeschoben wurde. Die Kommunistische Fraktion hat deshalb erneut im Landtag den Antrag gestellt, die Verordnung sofort für alle Gebiete und Betriebe in Kraft zu setzen und stellte außerdem einen Mißtrauensanntrag gegen den demokratischen Handelsminister Dr. Schreiber. Beide Anträge standen in der Mittwochsitzung des Landtags auf der Tagesordnung.

In einer äußerst wirkungsvollen Rede brandmarkte diesen unerhörten Skandal zunächst der Genosse Schubert. Der Minister Dr. Schreiber antwortete darauf in einer von ausgesuchter Arroganz und Hochnäsigkeit strotzenden Rede. Ihm erwidert der

Genosse Max Lademann,

der feststellte, daß die SPD. wie in der Dezemberbewegung auch jetzt wieder, wo aus Anlaß des mitteldeutschen Metallarbeiterstreikes die Schwerindustriellen mit Generalaussperrung drohen, das Hasenpanier ergreift. Der Minister hat die Verantwortung für die Nichtdurchführung des Landtagsbeschlusses abgelehnt. Er wagte sogar zu behaupten, eine Zustimmung zu der Verordnung des Reichsarbeitsministers seitens der Preußischen Regierung sei nicht erfolgt. Das Gegenteil geht aus einem Schreiben des Reichsarbeitsministers vom 26. Januar 1928 an die Firma Krupp in Essen hervor. In diesem Schreiben heißt es ausdrücklich, daß das Inkrafttreten der Arbeitszeitverordnung vom 16. Juli 1927 für die Martinstahlwerke 7, 1, 4, 3, dem Tiegelstahlwerk 5 und Elektrostahlwerk 4 „im Einvernehmen mit dem Herrn Preußischen Minister für Handel und Gewerbe" bis zum 30. September 1928 hinausgeschoben wird! (Hört, hört! b. d. Komm.) Ich stelle also fest, daß der Minister hier vor dem Landtage die Unwahrheit gesagt hat. (Sehr richtig! b. d. Komm.) (Ordnungsruf des Präsidenten.) Ich kann nur die Tatsache feststellen: Entweder lügt das Schreiben des Reichsarbeitsministers — oder der Handelsminister hat die Unwahrheit gesagt. (Neuer Ordnungsruf.)

Genosse Lademann erörterte in seinen weiteren Ausführungen den Stand des mitteldeutschen Metallarbeiterstreiks und wies an Hand der Betriebsergebnisse der mitteldeutschen Metallindustrie nach, daß die mitteldeutschen Industriellen sehr wohl in der Lage wären, die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen. Wie berechtigt diese Forderungen sind, geht schon aus der Tatsache hervor, daß es selbst der Reichsarbeitsminister nicht wagte, den schändlichen 3-Pfennig-Schiedsspruch für verbindlich

Demonstration in Berlin

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 15. Februar.**

Am Montag, dem 13. Februar, fand eine stark besuchte Vollversammlung der Betriebsräte von dem Verkehrsbund Berlin statt.

Es wurde eine Entschließung gegen wenige Stimmen angenommen, in der vom Ortsausschuß des ADGB. verlangt wird, die Berliner Arbeiterschaft gegen die drohende Aussperrung der Metallarbeiter durch die Unternehmer zu einer Demonstration am 20. Februar aufzurufen, um dem Trustkapital zu zeigen, daß die Arbeiterschaft zum Kampf bereit ist.

Demonstriert gegen die Offensive der Trustbourgeoisie

Am Montag, dem 20. Februar, verlassen alle Arbeiter in Halle um 15 Uhr geschlossen die Betriebe zu den Demonstrationen für Lohnerhöhung und Achtstundentag, gegen Bürgerblock und Imperialismus.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280216-17/fragment/page=0001

zu erklären, als die Arbeiter geschlossen die Betriebe verließen. Die Gewerkschaftsführer haben nur gezwungenermaßen unter dem Druck der Arbeiter den Kampf sanktioniert. Ihre Niederlagenstrategie zeigt sich in Mitteldeutschland wieder im richtigen Lichte. Die Gewerkschaftsbureaukratie hat das Streikgebiet für Mitteldeutschland abgegrenzt und jede Einbeziehung anderer Industrien, ja selbst anderer Metallbetriebe, zur Verbreiterung der Kampffront abgelehnt. Die mitteldeutsche Leitung des DMV., die überwiegend aus Sozialdemokraten besteht, hat den Ruf auf Verbreiterung der Kampffront mit einer unerhörten Kommunistenhetze beantwortet.

Metallarbeiter, die als kommunistische Stadtverordnete in den Kommunal-Parlamenten zur Unterstützung der Streikenden auftraten, werden von der Bureaukratie des DMV. mit Ausschlußanträgen bedroht.

Man wollte mit der Kommunistenhetze und der Unterbindung der Unterstützungsaktion, mit der Nichtzahlung von Streikgeldern an die unter 13 Wochen organisierten Metallarbeiter nur bezwecken, daß die geschlossene Kampffront abbröckelte. Diejenigen, die aus Not sich zur Wiederaufnahme der Arbeit entschließen sollten, sollten als Verräter an ihrer Klasse gebrandmarkt werden. Die Kommunisten haben diese Politik des Verrates unterbunden. (Bravo! h. d. Komm.) Der Solidarität der mitteldeutschen Proleten ist es zu danken, daß in 3 Wochen 15 000 Mark für Unterstützung der kämpfenden Metallarbeiter gesammelt werden konnten. (Bravo! b. d. Komm.) Die SPD. hat in der Stadtverordnetenversammlung in Halle einen Antrag der Kommunisten auf Unterstützung der Streikenden unter dem Beifall des Bürgerblocks abgewürgt. Begründung: Außenstehende sollen sich in den Kampf nicht einmischen. — Die SPD. hat aber aus einem Korruptionsfonds (Heimatdienst in Berlin?) Gelder locker gemacht. Sie zahlte jedem streikenden SPD.-Arbeiter und „Volksblatt"-Leser in Halle in der ersten Woche 5 Mark Streikunterstützung aus Parteigeldern.

Der „Vorwärts" nennt wiederum die Aussperrungsdrohung der Metallindustriellen einen „Griff an die Gurgel des Staates", wo doch nur die Arbeiter den Griff an die Gurgel verspüren. Die ganze SPD.-Presse zetert über Tarifbruch der Metallindustriellen. Damit soll den Arbeitern Sand in die Augen gestreut werden. Die Konsequenz wagen der „Vorwärts" und die Gewerkschaftsbureaukratie nicht zu ziehen. Wäre es anders, dann müßte es heißen: Heran ADGB., heran gesamte deutsche organisierte Arbeiterschaft, die Kampffront verbreitert! Die Bourgeoisie an ihrem Lebensnerv durch die Stillegung der lebenswichtigen Betriebe gefaßt. Warum tut das die Gewerkschaftsbureaukratie und die SPD. nicht? Weil sie für den kapitalistischen Aufbau sind, weil sie für die Durchführung der Daweszahlungen sind und als Schützer der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung den Wirtschaftsfrieden nicht gefährden wollen. (Sehr wahr! b. d. Komm.) Die SPD. hat nur eins im Auge: Sie will ihre Koalitionsfähigkeit der deutschen Bourgeoisie beweisen. Deshalb ihre Niederlagenstrategie. Deshalb die Sehnsucht, daß die Schlichtungsabwürgungsmaschine in Aktion trete.

Diese Massenkämpfe stehen unter dem Zeichen der Forderungen: Für ausreichende Lohnerhöhung, für Durchführung des Achtstundentages, gegen das Schlichtungssystem, für den Sturz der Bürgerblockregierung, für eine Arbeiter- und Bauernregierung! (Lebhaftes Bravo! b. d. Komm.)

Zum Termin der Neuwahlen im Preußischen Landtage

war, wie die „Vossische Zeitung" meldet, die Mitteilung verbreitet, daß das Kabinett den 13. Mai als Termin für die Neuwahlen in Vorschlag gebracht habe. Diese Meldung sei jedoch verfrüht. Es könne jedoch gesagt werden, daß das preußische Kabinett und die preußischen Koalitionsparteien die Absicht hätten, die Neuwahlen für den Preußischen Landtag gleichzeitig mit den Reichstagswahlen stattfinden zu lassen.

Der Schlichtungsschwindel vor dem Reichstag

Die Pleite des Washingtoner Abkommens — Kommunistische Anklagerede gegen die Taktik des ADGB.

Die Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums wird fortgesetzt. Zum Kapitel „Schlichtungswesen" spricht für die kommunistische Fraktion

Genosse Heckert:

Im kapitalistischen Deutschland wird von den Schlichtungsausschüssen eine Politik gemacht, die von den Interessen der Unternehmer diktiert wird. Die Aussperrungsankündigung für 800 000 Metallarbeiter zeigt drastisch, was das Schlichtungswesen im kapitalistischen Staate bedeutet.

Selbst die amtliche Statistik beweist, daß der Reallohn 1927 nicht gestiegen ist, er konniert und wurde sogar in verschiedenen Industriezweigen durch Vorstöße der Unternehmer gesenkt. Die Gewerkschaftsführer haben immer erklärt, in Zeiten der guten Konjunktur müssen sie kämpfen. Die gute Konjunktur ist gekommen, aber der ADGB versteckt sich hinter den Schiedssprüchen des Reichsarbeitsministers Brauns. Der famose Brauns hat — wie das aus einem Rundschreiben hervorgeht, der Siegerländischen Industrie sogar, ehe diese einen Antrag auf späteres Inkrafttreten der Verordnung gestellt hatte, erklärt, daß er ihr Frist gewähre bis zum 31. Mai, wenn sie eine solche Eingabe machen würde. Natürlich, Herr Köckner gibt seinem Kommis den entsprechenden Auftrag, wenn der Kommis das nicht durchführt, ist er am längsten Arbeitsminister gewesen. (Ordnungsruf des Präsidenten.)

Welche Bewegung der Arbeiter herausnimmt, es ist immer dasselbe Ziel: der Unternehmer gibt den Arbeitern nichts, der Schlichter tritt im Auftrage der kapitalistischen Regierung auf die Seite der Unternehmer. Das weiß auch der ADGB. Grahmann selbst hat darüber im Handbuch des ADGB. im Jahre 1925 geschrieben. Dagegen schreibt Herr Clemens Nörpel am 28. Januar 1928:

„Um alle Mißverständnisse auszuschließen, ist darauf hinzuweisen, daß die Behauptung, die Behörden würden mit Hilfe des Schlichtungswesens einseitig gegen die Arbeitnehmer-Interessen Stellung nehmen, nicht beweisbar ist."

(Lachen bei den Kommunisten.)

Die Unternehmer wollen, daß das Jahr 1928 ein Jahr des Lohnabbaues werde. Und damit sie ihre Offensive durchführen können, damit sie imstande sind, auch der Sozialdemokratie entsprechende Argumente zu liefern, hinter der sie ihr Ausknei3en verbergen kann, haben sie sich den Reparationsagenten Parker Gilbert zu Hilfe gerufen, der erklären mußte: Wenn den deutschen Arbeitern höhere Löhne bewilligt werden, können die Reparationslasten nicht gezahlt werden. Eine saubere Verbindung, die wir auf diesem Gebiete sehen!

Wir Kommunisten haben bei Beginn des Kampfes in Mitteldeutschland erklärt, daß es notwendig sei, die Arbeiterklasse geschlossen aufzurufen, um eine Politik, wie sie von dem Reichsarbeitsminister gestützt wird, unmöglich zu machen. Was haben Sie, meine Herren Sozialdemokraten, darauf gesagt? Auf der ganzen Front haben Sie auf Beschluß des ADGB. eine Offensive gegen die kommunistischen Arbeiter in den Gewerkschaften eröffnet.

Am 22. Februar sollen 800 000 Metallarbeiter auf die Straße gesetzt werden, wenn bis dahin die mitteldeutschen Proletarier, die zum Teil im Kampf stehen, zum Teil ausgesperrt sind, nicht klein zu bekommen sind.

Sie (zu den Sozialdemokraten) können auch nicht sagen, daß Sie nicht an einer solchen Drohung des Unternehmertums Schuld wären. Wir haben Sie darauf aufmerksam gemacht, daß die Arbeiterklasse in ganz Deutschland mobilisiert werden muß, daß auch die anderen Arbeiterschichten, deren Lohnverträge ablaufen, in den Kampf eingesetzt werden müssen, daß Demonstrationen gemacht werden müssen. Wir haben auch gesagt, daß man die unorganisierten Arbeiter nicht im Stich lassen darf, damit sie nicht, durch die Not gezwungen, zu Streikbrecherarbeiten veranlaßt werden. Was aber haben Sie (zu den Sozialdemokraten) gemacht?

Sie haben es fertig bekommen, kommunistische Gemeinderäte, die ihre Position in den Gemeinden nun auch einmal ausgenutzt, und die Proletarierkinder bei der Aussperrung mit Milch und Brot versorgt haben, aus dem Metallarbeiterverband herauszuschmeißen.

Das ist ihre Kunst! Ihre Politik ist die Politik des feigen Ausknei3ens vor dem Unternehmertum, des Liebäugelns mit einem Arbeitsminister, der zwar das Christentum immer auf der Zunge führt, dessen Herz aber ein harter Unternehmerstein ist.

Sie reden davon, daß der Staat gegen den Unternehmer eingesetzt werden muß. Welcher Staat denn? Der Staat des Bürgerblocks? Wollen Sie wiederum jammern, daß es der Wirtschaft schlecht gehen könnte? Welcher Wirtschaft? Der Wirtschaft der Schlotbarone, der Wirtschaft der Krautjunker, der Wirtschaft der Volksausplünderer?

Wir rufen die deutschen Arbeiter auch von dieser Tribüne aus auf, sich zusammen zu scharen zu einer wirklich kämpferischen Einheitsfront, in der die Arbeiter geschlossen den Angriff der Unternehmer abwehren. Die deutsche Arbeiterschaft muß einen entschlossenen und zähen Kampf zur Beseitigung des Schlichtungswesens führen, weil das Schlichtungswesen stürzen muß, wenn nicht die Arbeiterklasse durch diese Erdrosselungsmaschine weiter um das Recht zum Leben geprellt werden soll.

Zörgiebels Polizei in einer SPD.-Versammlung

(Eig. Drahtm.) Berlin, 16. Februar.

Die gestrige Kundgebung der Alten Sozialdemokratischen Partei, in der der kürzlich aus der SPD. ausgetretene Adolf Barthels (Königsberg) sprach, begann mit einem großen Tumult. Zahlreiche sozialdemokratische Arbeiter machten stürmische Zurufe, so daß Barthels Rede vollkommen in Zwischenrufen, wie „Lump", „Arbeiterverräter" usw. unterging. Mitten in der Rede Barthels wurde die „Internationale" angestimmt. Die anwesenden faschistischen Anhänger des Sozialfaschisten Barthels antworteten auf die Rufe der Arbeiter mit antisemitischen Rufen. Der Versammlungsleiter ließ die bereitstehende Schutzpolizei Zörgiebels in den Saal kommen und einen Teil der sozialdemokratischen Arbeiter durch sie feststellen und aus dem Saal bringen. Die Polizei wachte dann auch auf alle Zwischenrufen, so daß sämtliche Gegner protestierend den Saal verließen. — Wenn das in einer kommunistischen Versammlung passiert wäre, würde die SPD.-Presse jubilieren: Selbstmord der KPD.!

Treudeutsche unter sich

Eine Wahlversammlung der Deutschnationalen Volkspartei in Hamburg, in der an Stelle des Grafen Westarp Dr. Oberfohren-Kiel sprach, wurde von Nationalsozialisten und anderen Unruhestiftern gestört. Es kam zu minutenlangem Handgemenge, wobei auch Stühle zum Schlagen und als Wurfgeschosse benutzt wurden. Schließlich erschien ein Aufgebot von Schutzleuten, die die Ruhestörer entfernten. Ein schöner Wahlauftakt!

Reichsbanner und Faschistenverbände

errichten ein gemeinsames Ebert-Hindenburg-Denkmal

Das Reichsbanner in Holzminden hat mit allen anderen bürgerlichen und faschistischen Verbänden unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Jeep ein gemeinsames Komitee gebildet, das die Aufgabe hat, ein Ebert-Hindenburg-Denkmal zu errichten. Außer der Ehrung für Ebert und Hindenburg sollen auch die künftigen Amtsnachfolger der beiden ersten Reichspräsidenten in Wort und Bild entsprechend geehrt werden. Das zu errichtende Gebäude soll in seiner äußeren und inneren architektonischen Aufmachung gleichzeitig ein Bekenntnis zum deutschen Volksstaat darstellen unter dem Motto: Einigkeit, Recht und Freiheit. Es ist also dem Bürgermeister von Holzminden gelungen, wie in einem Schreiben des Reichsbannervorstandes vom 6. Februar hervorgeht, „die Kameraden des Reichsbanners für die große Idee zu gewinnen zur Ueberbrückung der leidigen politischen Gegensätze". Die sozialdemokratische Oberweser „Volkszeitung" gibt diese Tatsache bekannt ohne ein Wort der Kritik. Es ist Aufgabe der Arbeiterschaft, einen dicken Strich unter die Rechnung der SPD.- und Reichsbannerführung zu machen, die statt des Klassenkampfes das Proletariat zu einer großen Volksgemeinschaft mit dem Faschismus führen wollen.

Werkspionage bei der J. G. Farbenindustrie

(WTB.) Düsseldorf, 15. Februar.

Heute begann der Strafprozeß gegen den Deutsch-Amerikaner Guido Meissel aus Portsmouth, New-Hampshire, USA., der beschuldigt wird, gemeinschaftlich mit zwei deutschen Chemikern, Paul Schmittnägel und Dr. Ludolf Reiß, Geheimverfahren der J. G. Farbenindustrie und der ihr angeschlossenen Firmen an das Ausland weitergegeben zu haben. Dreizehn Sachverständige und über 30 Zeugen sind geladen. Als Nebenkläger sind außer der J. G. Farbenindustrie zugelassen der Chemiker Dr. Gröber, die Firma Leopold Casella & Co. und die Firma Kalle & Co. Meissel wird beschuldigt, Schmittnägel, einen Chemiker Merkel und einen bisher nicht auffindbaren Chemiker in Berlin zum Verrat von Geheimverfahren verleitet und diese Geheimverfahren weitergegeben zu haben, Schmittnägel wird aktive Industriespionage dem Dr. Reiß gegenüber zur Last gelegt, letzterem passive Industriespionage. Die Anklage beruht auf § 20 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb. Bevor das Gericht in die Beweisaufnahme eintrat, wurde auf Antrag des Vertreters der J. G. Farbenindustrie und des Staatsanwalts die Oeffentlichkeit für die Dauer der Verhandlung ausgeschlossen (!!). Der Vorsitzende betonte, die Geheimverfahren, um die es sich handle, seien mit der Wirtschaft des Deutschen Reiches so eng verbunden, daß das Staatsinteresse (!!) den Ausschluß der Oeffentlichkeit erfordere. — Ein gängender Beweis für die Identität von Trustkapital und Staatsapparat!

Die Urheber der Arensdorfer Zusammenstöße, die Wehrwolfmitglieder Zemke und Hoffmann werden am 22. Februar vor dem Schöffengericht in Fürstenwalde wegen Körperverletzung zu erscheinen haben.

Der Reichsarbeitsminister hat den Schiedsspruch des Schlichters für Oberschlesien, der ab 1. Januar 1928 eine 6½prozentige Erhöhung der bisherigen Gehaltssätze für die Angestellten der Schwerindustrie vorsieht, für verbindlich erklärt.

Im Reichstage kennzeichnete Genosse Neddermeyer anläßlich der Haushaltberatungen des Reichsarbeitsministeriums scharf und wuchtig den Betrug der Erwerbslosenversicherung.

Für den neu ernannten deutschen Botschafter in Buenos Aires, Dr. v. Keller, ist das Agrement für die Ernennung seitens der argentinischen Regierung erteilt worden.

Keine Kampfbeschlüsse in Stuttgart

(Eig. Meldg.) Berlin, 15. Februar.

Nach bisher vorliegenden Berichten scheint sich unsere Auffassung zu bestätigen, daß der Beirat des DMV. in Stuttgart keine konkreten Kampfbeschlüsse gegen die mit der Aussperrung drohenden Metallindustriellen gefaßt hat, sondern lediglich in der Manier der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften eine phrasenhafte Sympathieresolution losgelassen hat, die die kämpfenden Metallarbeiter auf das tiefste enttäuschen mußte. In dieser Resolution heißt es:

„Der Erweiterte Beirat erwartet vom Vorstand, daß er Einfluß und Kraft des Verbandes seiner Pflicht und Notwendigkeit entsprechend einsetzt. Er erkennt die Maßnahmen an, die der Vorstand beim Ablauf des seit März 1927 gültigen Lohnabkommens in der Metallindustrie Mitteldeutschland getroffen wurde, nachdem die Unternehmer jede Lohnerhöhung abgelehnt und der Schlichter einen vollkommen unzureichenden Schiedsspruch gefällt hatte. Der Erweiterte Beirat spricht den im Kampfe befindlichen Kollegen Mitteldeutschlands und Sachsens seine Solidarität aus.

Die vom gesamten Verband Deutscher Metallindustrieller angekündigte Gesamtaussperrung der deutschen Metallarbeiter ist eine Bedrohung der ganzen Bevölkerung, um dadurch die berechtigten Ansprüche der Arbeiter auf Sicherung ihrer Lebenshaltung und Teilnahme an der steigenden Ergiebigkeit der deutschen Produktion niederzuschlagen.

Diese Ankündigung der Metallindustriellen ist zugleich eine Schädigung der deutschen Wirtschaft (!) für die die Unternehmer die Verantwortung zu tragen haben.

Der deutsche Metallarbeiterverband sieht den Maßnahmen der Metallindustrie mit größter Ruhe entgegen, da seine Lohnforderungen berechtigt sind und schließlich im wohlverstandenen Interesse der gesamten Wirtschaft liegen."

Das ist offenbar alles, was die reformistischen Führer in einem der schwersten Augenblicke des ganzen deutschen Proletariats zu sagen haben. Wir wiederholen: Diese Stellungnahme der reformistischen Führer bedeutet tatsächlich eine Ermächtigung für den von Brauns eingesetzten Schlichter Hauschild, einen neuen Schiedsspruch zu fällen, vor dem die Gewerkschaftsführer schon einen Kotau machen, ehe er noch da ist.

Vor den mitteldeutschen und deutschen Metallarbeitern erhebt sich in ihrer ganzen Größe die Frage: wollen sie ein neues Diktat des Bürgerblockministers Brauns dulden, wollen sie über die Zwirnsfäden des Schlichtungswesens stolpern und ihren Nacken gutmütig in das Joch der Ausbeuter beugen. Die Kommunisten sagen: Das darf nicht geschehen! Jetzt haben die Betriebe und Gewerkschaften das Wort. Nicht nur in Mitteldeutschland müssen sich die Arbeiter den offenen Abwürgungsversuchen der Reformisten entgegenstemmen. Die ganze deutsche Arbeiterklasse muß den mitteldeutschen Kameraden jetzt im Kampfe gegen den reformistischen Verrat, den drohenden Hungerschiedsspruch zu Hilfe eilen, sich gegen die beabsichtigte Aussperrung rechtzeitig zur Wehr setzen. Die vier Millionen deutscher Arbeiter, die jetzt vor neuen Kämpfen stehen, müssen sich dessen bewußt sein, daß im mitteldeutschen Metallarbeiterkampf ihre Schlacht geschlagen wird und daß der Ausgang des mitteldeutschen Kampfes den Ausgang aller bevorstehenden Wirtschaftskämpfe entscheidend beeinflussen wird.

*

Der erweiterte Beirat des DMV. hat einstimmig noch folgende Entschließung angenommen:

„Die technischen und organisatorischen Betriebsverbesserungen haben in allen Industrien, besonders in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie eine außerordentliche Produktionssteigerung gebracht. Dieser Prozeß ist keineswegs abgeschlossen, er setzt auch künftig dauernd menschliche Arbeitskräfte in großer Zahl frei, führt bei gleichbleibenden Warenpreisen und gleichbleibenden Löhnen zur Ausschaltung immer größerer Massen aus der Industrie, vermindert deren Kaufkraft und treibt zur Massenarbeitslosigkeit und sozialem Elend. Der Arbeitsmarkt weist seit November 1927 eine Verschlechterung auf, die nicht nur auf saisonmäßige Einflüsse, sondern auf die vorgenannten Ursachen zurückzuführen ist.

Um diese Verschlechterung aufzuhalten, und eine Besserung der Wirtschaftslage zu erzielen, müssen alle die Konjunktur günstig beeinflussenden Faktoren zur Anwendung kommen; weitgreifende Wohnungspolitik, soziale Gestaltung der Steuern, durchgreifende Maßnahmen gegen die monopolistische Marktbeherrschung, Abbau der 3000, in erster Linie aber Stärkung der Massenkaufkraft durch Lohnerhöhung, die der Produktionssteigerung entspricht. Sie ist nicht nur eine soziale Pflicht, sie ist von wirtschaftlicher Notwendigkeit."

Vergebens wird die deutsche Arbeiterklasse auch in dieser Resolution nach irgendwelchen konkreten Maßnahmen im Hinblick auf die kommenden Kämpfe suchen. Bekanntlich lautete doch der Tagesordnungspunkt „Bevorstehende Bewegungen im Frühjahr 1928". Jetzt, wo die mitteldeutschen Metallarbeiter in einem erbitterten Kampfe um höheren Lohn stehen, wo Millionen deutscher Arbeiter vor einem Kampf um höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit stehen, jetzt legt ihnen der DMV.-Beirat keinen Kriegsplan gegen das brutale Unternehmertum vor, das in der nordwestdeutschen Metallindustrie den Achtstundentag verweigerte und im mitteldeutschen Kampfe auch die Lohnerhöhungen rücksichtslos verhindern will — jetzt werden die Arbeiter mit abstrakten „theoretischen" Resolutionen abgespeist, in denen von „gleichbleibenden Warenpreisen" die Rede ist, in denen nur von Freisetzung von Arbeitskräften die Rede ist, ohne daß die ungeheuerlich gesteigerte physische Arbeitsleistung des einzelnen erwähnt wird, die selbst bei „gleichbleibenden Warenpreisen" eine Lohnerhöhung unumgänglich und notwendig macht, ohne daß bei den sogenannten „technischen und organisatorischen Betriebsverbesserungen" das schamlose Antreiber- und Angebersystem, das Werkspitzeltum und die ungeheuerliche Akkordschinderei gebrandmarkt wird.

Wie aber sollen sich die deutschen Arbeiter, vor allem die Metallarbeiter in den kommenden Bewegungen verhalten, um nicht von einer Niederlage zur anderen getrieben zu werden? Darüber sagt die obige Resolution kein Wort. Nach dem Rezept des Theoretikers Hilferding in Kiel wird hier bewußt der Kampf Brust an Brust mit dem Unternehmertum beiseite geschoben und in den Hintergrund gedrängt. Statt dessen taucht angesichts der bevorstehenden Massenstreiks und Aussperrungen der Unternehmer, in denen es ganz konkret um die Höhe des Lohnes und die Länge der Arbeitszeit geht, die Wohnungsfrage, die Steuerfrage, und die Zollfrage usw. auf. Es ist also klar, daß auf den gewerkschaftlichen Führerbesprechungen jetzt lediglich der Wahlkampf der Sozialdemokratie, nicht aber ein siegreicher Kampf der Arbeiter gegen die Unternehmer organisiert wird. Einen wirklichen Sieg der Arbeiter über das Unternehmertum kann die SPD. im Interesse ihrer Koalitionspolitik nicht gebrauchen. Die Arbeiter aber denken anders und müssen dieser schamlosen Luderpolitik in den Betrieben und Gewerkschaften in den jetzigen und kommenden Wirtschaftskämpfen und auch in den kommenden Wahlen die gebührende Antwort geben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280216-17/fragment/page=0002

Der „Vorwärts“ als Entlastungszeuge für die „Devoli“

Der Reichsverein für vaterländische Lichtspiele ein Reklame-Institut des deutschen Imperialismus — Hauptmann v. Paris berichtigt — Polizei und Behörden schweigen — Wann räumt Grzesinski in Naumburg auf?

Es ist den Herrschaften vom Bürgerblock schwer auf die Nerven gefallen, daß wir mit unseren Veröffentlichungen über die Devoli und ihre Hintermänner der Oeffentlichkeit Dinge aufgezeigt haben, die dieses Unternehmen demaskieren. Wir wiesen besonders auf den Reichsverein vaterländischer Lichtspiele hin, aus dem die Devoli entstanden ist. Dieser Reichsverein vaterländischer Lichtspiele hat, wie wir mitteilten, sehr enge Verbindungen mit den Kreisen, denen auch die Fememörder und die Ministerattentäter der Organisation C. entstammen. Auf der anderen Seite hat die Devoli versucht, mit einer ganzen Anzahl Reichsbehörden in Verbindung zu treten, um von denen geeignete Empfehlungen zu erhalten. Zu diesen Behörden gehört auch der Reichsausschuß für hygienische Volksbelehrung. Dieser ist nun in der Presse wegen seiner Verbindung mit der Devoli scharf angegriffen worden und hat dem amtlichen Preußischen Pressedienst daraufhin ein Schreiben zugesandt, das folgenden Wortlaut hat:

„Von den 200 Devoli-Automobilen ist einem einzigen probeweise ein hygienischer Lehrfilm des Reichsausschusses anvertraut worden, um aus diesem ersten Versuch zu erfahren, wie die Organisation arbeitet und ob eine Wirkung auf die Landbevölkerung auf diesem Wege erzielt werden kann. Zu der angeblich politischen Tendenz der „Devoli-Organisation“ ist zu bemerken, daß dem Reichsausschuß Unterlagen zur Verfügung stehen, die die rein wirtschaftlichen Erwerbsinteressen des Unternehmens ohne parteipolitische Tendenz garantieren. Auch in der Presse ist der ursprüngliche Verdacht, daß es sich bei der Devoli um eine Organisation für Wahlpropagandazwecke handle, berichtigt worden.

Besonders maßgeblich war für den Reichsausschuß die Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 10. Januar d. J., in der festgestellt wurde, daß die Devoli ein rein kaufmännisches Unternehmen ist und keinerlei politische Tendenz verfolgt.

Der Reichsausschuß für hygienische Volksbelehrung ist über den Verdacht irgendwelcher politischer Einstellung erhaben. Er arbeitet mit Verbänden, Organisationen und der Presse sämtlicher Parteirichtungen in bestem Einvernehmen, seine Ziele und Zwecke sind einzig und allein die Verbreitung hygienischer Volksaufklärung in allen Kreisen der Bevölkerung.“

Das Interessante an diesem Schreiben ist, daß sich der Reichsausschu auf das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei, den „Vorwärts“ beruft, um seine Verbindung mit der Devoli, die er nicht ableugnen kann, zu rechtfertigen. Das ist bezeichnend für die SPD. und ihre Presse, die in Hunderttausenden von Exemplaren ein Flugblatt verbreitet hat, in welchem sie die Devoli als ein Hugenberg-Unternehmen „entlarvten“.

Was will nun der Reichsverein?

Wir sind in den Besitz eines Exemplars der Richtlinien gekommen, nach welchen der Reichsverein arbeitet. In diesen Richtlinien finden sich folgende interessanten Sätze:

Der Reichsverein will das Bestreben des Volkes nach Bildung, Belehrung und Unterhaltung in erster Linie auf dem flachen Lande und in den kleinen Mittelständen befriedigen.

Der Reichsverein will sogleich dem entgegenwirken, daß die in vielfältiger Beziehung bedenklichen Erscheinungsformen der heutigen Lichtbildkultur auf das Land zu übertragen wären.

Der Reichsverein will durch Pflege guter Lichtbildkunst dem Unterhaltungsbedürfnis der Land- und Kleinstadtbevölkerung dienen und auf diese Weise vornehmlich der Landflucht entgegenwirken, die zu bekämpfen im Interesse der deutschen Gesamtwirtschaft dringendstes Erfordernis ist.

Der Reichsverein will durch Heimatpflege den Landarbeiter denjenigen Grund von Bodenbeständigkeit erhalten, den er den mannigfaltigsten Einflüssen unterliegend zu verlieren droht.

Der Reichsverein will der Entwicklung der deutschen Wirtschaft dienen durch Entfaltung einer großzügigen Wirtschaftspropaganda, d. h. durch Reklame für die Erzeugnisse der deutschen Industrie zum Zwecke der Erweiterung des Absatzgebietes.

Es werden dann eine ganze Reihe von Behörden genannt, mit denen der Reichsverein zusammenarbeiten will. Zu diesen gehört auch der obengenannte Reichsausschuß für hygienische Volksbelehrung. Wie uns bekannt ist, ist die Vorführung der Devolimobile bei fast allen Behörden, wo sie erfolgte, negativ ausgefallen. So hat man bei einer sächsischen Behörde den Vertreter der Devoli mit seinem Auto wieder nach Hause geschickt mit dem Bemerken, er solle sich nicht wieder blicken lassen. Diese Bemerkung wurde gemacht, weil der Kasten einfach nicht funktionieren wollte. Jedenfalls sind den Behörden auch eine ganze Anzahl Dinge bekannt geworden, die es ihnen nicht geraten erscheinen lassen, mit diesem merkwürdigen Unternehmen offen zusammenzu arbeiten.

Aus den Richtlinien geht trotz der diplomatischen Sprache hervor, daß es sich um eine nationalistische Reklameangelegenheit der Großagrarier und Schwerindustriellen handelt.

Eine Berichtigung, die eine Bestätigung ist.

In unseren Veröffentlichungen brachten wir u. a. auch die Tatsache zum Abdruck, daß ein Hauptmann Fritz von Paris als Adjutant des Leiters der Devoli und Gründers des Reichsvereins vaterländischer Lichtspiele Erich Claudius in Naumburg fungiere. Dieser Hauptmann von Paris läßt uns durch die Rechtsanwälte Patzschke und Weymar in Naumburg eine Berichtigung zugehen unter Hinweis auf § 11 des Preßgesetzes und unter Androhung, daß Strafantrag gestellt würde, wenn wir diese Berichtigung nicht bringen würden. Wir haben gar keine Veranlassung, diese merkwürdige Berichtigung nicht zu bringen, da sie nur das bestätigt, was wir über die Verbindung des Herrn von Paris mit Erich Claudius bereits veröffentlicht haben.

Die Berichtigung lautet:

Hierdurch ersuche ich, die nachfolgende Berichtigung des Artikels „Rund um die schwarze Reichswehr und den Bürgerblock“ in der Nr. 34 des „Klassenkampf“ vom 9. Februar 1928, soweit dieser Artikel sich mit mir beschäftigt, in die nächste Nr. Ihrer Zeitung aufzunehmen:

1. Ich bin nicht Adjutant des Herrn Erich Claudius in Naumburg a. d. S. und auch niemals in einer ähnlichen Stellung bei diesem tätig gewesen; vielmehr nur während eines längeren Krankenurlaubes dort aushilfsweise beschäftigt gewesen.
2. Ich war während dieser Zeit nicht beim Hauptzollamt in Naumburg a. d. S. angestellt, sondern wegen eines Magenleidens vom Hauptzollamt Itzehoe für längere Zeit beurlaubt.
3. Ich habe zur Behebung meines Leidens weder 1000 Reichsmark noch irgendeine andere Summe erhalten, sondern lediglich das mir nach dem Gesetz zustehende Gehalt.
4. Ich habe keinerlei militärisch-technische Tätigkeit bei der „Devoli“ ausgeübt, sondern habe lediglich als Fachmann Routen für die Fahrten der Film-Autos ausgearbeitet.

Naumburg a. d. S., den 14. Februar 1928.

v. Paris, Hauptmann a. D.

Also der Herr Hauptmann ist nicht Adjutant bei Claudius gewesen, war auch niemals in einer ähnlichen Stellung bei diesem. Er gibt aber zu, daß er als Fachmann Routen für die Fahrten der Filmautos ausgearbeitet hat. Etwas anderes haben wir gar nicht behauptet. Wir danken dem Hauptmann von Paris für die Bestätigung unserer Angaben. Paris ist auch nicht beim Hauptzollamt in Naumburg angestellt gewesen, sondern beim Hauptzollamt Itzehoe. Seine Beurlaubung erfolgte von dort aus. Hiermit wird die Tatsache, daß Paris von einer republikanischen Behörde beurlaubt wurde und während dieser Zeit bei Claudius in Naumburg tätig war, von ihm selbst in seiner „Berichtigung“ bestätigt. Ferner weicht Paris unserer Feststellung aus, indem er schreibt, daß er die 1000 Mark nicht zur Behebung seines Leidens erhalten habe. Das mag stimmen. Vielleicht hat er sie zur Finanzierung seiner Radtour nach Ostpreußen verwendet. Das wäre um so schlimmer.

*

Im übrigen stellen wir fest, daß auf unsere sonstigen Veröffentlichungen ein betretenes Schweigen bei allen beteiligten Personen und Behörden herrscht. Die Entlarvung der Devoli und ihrer Bürgerblock-Verbündeten ist uns jedenfalls glänzend gelungen. Der Reaktion ist für den kommenden Wahlkampf eine Waffe aus der Hand geschlagen worden. Darüber hinaus weiß die Arbeiterschaft aber nun Bescheid, was sie von diesen Leuten und ihren Hintermännern zu halten hat. Es sind dieselben Kreise und es ist derselbe Geist, der in den ersten Nachrevolutionsjahren die Arbeiterschaft mit legalen und illegalen Mitteln niederwerfen half. Wer bei den kommenden Wahlen diesen Reaktionären und ihren republikanischen Verbündeten seine Stimme gibt, gleicht jedenfalls dem berühmten Kalb, das seinen Metzger selber wählt.

Wiederum ist es die kommunistische Partei und ihre Presse gewesen, die rücksichtslos diese Kampagne führt und diesen Leuten die Maske vom Gesicht reißt. Mit weiteren Veröffentlichungen sind wir in der Lage aufwarten zu können und werden mit der Wahrheit nicht hinter dem Berge halten.

Ausdehnung des böhmischen Bergarbeiterstreikes

(Eig. Drahtm.) **Prag, 16. Februar.**

Unter den streikenden Bergarbeitern in Böhmen herrscht eine glänzende Kampfstimmung. Die Sicherheitsmannschaften verrichten zum großen Teil noch den Dienst, erwarten aber Weisungen der Organisationen zur Einstellung der Arbeit. Zahlreiche Belegschaftsversammlungen verlangen Verschärfung des Kampfes durch Einstellung der Sicherheitsarbeiten und die Einberufung einer Revierkonferenz der Betriebsräte. In verschiedenen Orten wurden Aktionsausschüsse gebildet.

Heute finden Einigungsverhandlungen statt. Die Arbeiter erwarten von den Gewerkschaften, daß die Forderung der 20prozentigen Lohnerhöhung als Verhandlungsgrundlage gilt und verlangen als Vorbedingung für die Aufnahme der Verhandlungen die Zurückziehung der Polizei aus dem Streikgebiet.

In den Revieren Gladkow, Glan, Pilsen, Nürschan und Karwin herrscht ebenfalls Streikstimmung. In Falkenau haben die Bergarbeiter Lohnforderungen gestellt. Es wird mit Streik in den verschiedensten Revieren in den nächsten Tagen gerechnet.

Lord Asquith ist nicht, wie ursprünglich gemeldet, am 13. Februar, sondern erst am Morgen des 15. gestorben.

Im zweiten Halbjahr 1927 wurden im europäischen Teil der Allrussischen Sowjetunion 526 692 Ehen geschlossen und 126 280 Ehen geschieden.

Nacht über Rußland

Lebenserinnerungen von Wera Figner

28] Copyright by Malik-Verlag / Berlin 1926

Im schwarzen Gewand, mit gefesselten Händen, ein Brett mit der Inschrift „Zarenmörder“ auf der Brust — so brachte man sie alle zum Hinrichtungsplatz: Scheljabow — den Bauer, Kibaltschitsch — den Pfarrerssohn, Timofej Michailow — den Arbeiter, Ryssakow — den Bürger, Perowskaja — aus altem adligem Stamme; — als ob sie alle Stände des russischen Reiches symbolisieren sollten. Auf dem Schafott umarmte Perowskaja Scheljabow, Kibaltschitsch. Michailow, wandte sich aber von Ryssakow ab, der die Adresse der Wohnung in der Teleschnajastraße verraten und dadurch Hessa Helfman, Sablin und Michailow den Händen der Henker ausgeliefert hatte, im Wahn, sich dadurch selbst retten zu können.

Perowskaja starb, im Leben wie im Sterben sich selbst getreu.

Die Bedeutung des 1. März war ungeheuer. Um dies zu verstehen, ist es notwendig, sich die Zustände jener Epoche zu vergegenwärtigen.

Nach jahrhundertelanger Reaktion hatte Alexander II. die Bauern-, Selbstverwaltungs- und Gerichtsreform durchgeführt und dadurch der Entwicklung Rußlands einen gewaltigen Stoß nach vorwärts gegeben; er lenkte sie in die Bahnen des allgemein-menschlichen Fortschritts. Aber schon die erste und größte dieser Reformen — die Bauernbefreiung — blieb in ökonomischer Beziehung weit hinter den Forderungen der besten Vertreter der damaligen russischen Gesellschaft zurück, und 15 Jahre später, als an Stelle einer elenden Lobhudelei eine ernste Kritik eingesetzt hatte, wurde sie von der Publizistik offen als ein unter dem Druck des interessierten Standes — der Gutsbesitzer — durchgeführtes Kompromiß bezeichnet, das in keiner Weise dem gesteckten Ziele „der Besserung der wirtschaftlichen Existenz des Bauernstandes“ entsprach. Die anderen Reformen wurden unter dem Einfluß der Gegner der Reformen und der jetzt vom Zaren selbst an den Tag gelegten reaktionären Gesinnung verstümmelt und durch allerlei Ergänzungen, Ausnahmen, Auslegungen jeglichen Wertes beraubt. So kam es, daß die besten Elemente der Gesellschaft und die Regierung verschiedene Wege einschlugen, und daß erstere jeglichen Einfluß auf die Regierung und Staatsverwaltung einbüßten.

Diese Unzufriedenheit der besten Elemente der russischen Gesellschaft hatte sich schon bei Beginn der Herrschaft Alexanders II., in den sechziger Jahren, in den Studentenunruhen Luft gemacht und war in den Prozessen von Tschernyschewski, Michailow, Karakosow, Netschajew und Genossen zum Ausdruck gekommen. Im Zusammenhang mit dem polnischen Aufstand führten diese Bewegungen eine Verschärfung der Reaktion herbei; die Reaktionäre nutzten die Lage aus, und Anfang der 70er Jahre war die Spaltung zwischen der Regierung und der Gesellschaft vollständig. Seit jener Zeit war die Auflehnung eines Teils der Untertanen des Zaren gegen seine Methode der Staatsverwaltung chronisch geworden. Dies zog die strengsten Repressalien und die äußerste Unterdrückung nach sich, was wiederum eine schärfere Auflehnung hervorrief. Ende der 70er Jahre war das ganze innere Leben Rußlands vom Kampf gegen die „Kramola“ (= Revolution) beherrscht. Aber weder die Generalgouverneure und Kriegsgerichte noch der Ausnahmezustand und die grausamen Hinrichtungen, weder Hunderttausende Soldaten noch Scharen von Schutzwachen und Spitzeln und das ganze Gold des Kaisertresors waren imstande, den Herrscher aller Reußen, den Herrn der Geschicke von achtzig Millionen Menschen, vor der strafenden Hand der Revolutionäre zu schützen.

Der 1. März war insofern lehrreich, als er der letzte Akt im zwanzigjährigen Kampf zwischen Gesellschaft und Regierung war. 20 Jahre Repressalien, Grausamkeiten und Maßregelungen, die gegen eine Minderheit gerichtet waren, aber auf allen lasteten, — und das Resultat: der Zar wurde getötet. Die ganze Gesellschaft erwartete diesen Tod mit der größten Gewißheit: die einen in höchster Angst, die anderen mit Ungeduld. Eine solche Lage war in der Weltgeschichte beispiellos und jedenfalls geeignet, sowohl Philosophen wie Moralisten und Politiker zu veranlassen, sich in ihr Wesen zu vertiefen. Die Bomben des Vollzugskomitees, die ganz Rußland erschütterten, warfen vor dem Lande die Frage auf: Wo ist der Ausweg aus dieser abnormen Lage? Wo liegen die Ursachen? Wir glaubten, daß die Erfolglosigkeit aller Maßnahmen der Regierung im Kampfe gegen die revolutionäre Bewegung und ihre Unfähigkeit, die Unzufriedenheit durch Beseitigung der energischsten Leute unter den Unzufriedenen aus der Welt zu schaffen, durch die zwanzigjährige Erfahrung, die zum 1. März geführt hatte, genügend bewiesen worden sei. Nach unserer Ueberzeugung mußte — wenn nicht der Zar — so jedenfalls Rußland daraus seine Schlüsse ziehen. Wir glaubten, daß die frei zum Ausdruck kommende öffentliche Meinung vorschlagen würde, die wirklichen Ursachen der Unzufriedenheit, die in den allgemeinen politischen Zuständen begründet waren, zu beseitigen, statt einzelne ihrer Erscheinungsformen zu bekämpfen. Die ungewöhnlichen Umstände, die die Ereignisse des 1. März begleiteten und ihr großzügiger Charakter schienen dazu beizutragen, daß breite Kreise der Gesellschaft sich über diese Bedeutung des 1. März klar wurden.

Der 1. März hat auch die Bauernschaft aufs tiefste erschüttert. An die Stelle der täglichen Sorgen und Lokalinteressen trat plötzlich die Frage: „Wer hat den Zaren getötet und weshalb?“ Alle, die zu jener Zeit und später auf dem flachen Lande wohnten, berichten übereinstimmend, daß die Ermordung des Zaren und die Ursachen dieser Tat die Bauern stark bewegt und gezwungen habe, intensiv darüber nachzudenken. Zwei Schlußfolgerungen waren dabei möglich: entweder wurde der Zar durch Sozialisten getötet, die dem Volke Grund und Boden geben und es von der Unterdrückung durch das Beamtentum befreien wollen, oder durch die Gutsbesitzer, die rebellieren, weil der Zar die Bauern befreit hat, und sie die Leibeigenschaft wieder herstellen wollen. In dem einen Fall wurde das Volk durch die Gleichheit der Interessen für die Partei gewonnen, und die Partei fand in den Massen einen Stützpunkt, wie sie ihn selbst durch jahrzehntelange Propaganda nicht erworben hätte; in dem anderen Falle entstand in ihm heftiger Haß gegen die besitzende Klasse, und dieser Haß konnte in Anbetracht der furchtbaren ökonomischen Lage, in der sich das einfache Volk befand, zu einem entsetzlichen Blutbad unter dem privilegierten Stand ausarten. In beiden Fällen hoffte die Partei, die Revolte, zu der die Ermordung des Zaren Veranlassung geben konnte, für ihre revolutionären Ziele auswerten zu können. Der 1. März eröffnete Aussichten auf ein Bündnis der Partei mit dem Volk.

Auch für die Partei selbst, für ihre revolutionäre Tätigkeit, waren die Ereignisse vom 1. März von größter Bedeutung. Sie hatten das Vollzugskomitee in den Augen seiner Anhänger auf eine bisher unerreichte Höhe erhoben. Von allen Seiten erging an uns der Ruf: „Kommt und herrscht über uns!“ Leider mußten wir uns immer wieder sagen, daß wie reich auch die Ernte sein mochte, es uns dennoch an Schnittern fehlte.

Die Kehrseite des Ereignisses war, daß der 1. März weder das Signal zu einem Volksaufstand gegeben hatte, noch die Regierung zu zwingen vermochte, irgendwelche grundsätzlichen politischen und wirtschaftlichen Aenderungen vorzunehmen, die den Unzufriedenen Zugeständnisse gemacht hätten. In Wirklichkeit gab sich die Partei nie der Illusion hin, die Zarentötung könne an und für sich einen Volksaufstand zur Folge haben; wir waren uns im Gegenteil immer darüber im klaren, daß dazu noch ungeheuer viel Arbeit und Mühe gehöre.

Es ist notwendig, noch auf die durch die Kampfmethoden sowohl der revolutionären Partei als auch der Regierung herbeigeführte Demoralisation einzugehen.

Gewalt als Mittel des politischen Kampfes ruft Verrohung hervor, weckt Raubtierinstinkte, veranlaßt zu schnödestem Vertrauensbruch. Freilich gleichen die Revolutionäre die dunkle Seite ihrer Tätigkeit durch das hohe Ziel der Verteidigung der Sache aller Unterdrückten und Enterbten aus, durch die Solidarität und Brüderlichkeit, die die Beziehungen der Kämpfer untereinander kennzeichnen, durch die Selbstlosigkeit ihres Wirkens, den Verzicht auf alles materielle Wohl, auf jegliches persönliche Glück, durch das heroische Ertragen aller Leiden, beginnend mit Verfolgung, Gefängnis Verbannung, Zuchthaus und mit dem Tod endend. Auf der anderen Seite ging die Zarenregierung mit größter Rücksichtslosigkeit und furchtbarster Grausamkeit gegen die Revolutionäre vor. Der Gedanke wurde in Fesseln, das Wort in Ketten gehalten, die Freiheit geraubt. Todesurteile ereilten die Besten. Die Verbannung auf administrativem Wege war eine tägliche Erscheinung, die Gefängnisse waren überfüllt, der Henker arbeitete rastlos; in den Gefängnissen und Zuchthäusern mißhandelte und peinigte man die „politischen Verbrecher“ auf die ungeheuerlichste Art.

Um sich Waffen gegen die revolutionäre Gefahr zu beschaffen, hatte die Regierung ein System weitverzweigtester und raffiniertester Spionage ausgebaut; alle Stände, Geschlechter und Altersstufen — angefangen mit 14jährigen Mädchen und 11jährigen Knaben — waren unter den Helfershelfern der Gendarmerie vertreten. Doch nichts versetzte der revolutionären Bewegung einen so furchtbaren Schlag wie der geglückte Versuch, einen Revolutionär im Netz des schmutzigen Spitzeldienstes zu fangen. Nichts schmerzte mehr, als in einem ehemaligen Kampfgenossen, den man oft jahrelang als Kameraden und Bruder betrachtet hatte, einen Gendarmerieschergen zu entdecken, der uns zynisch zurief: „Das haben Sie wohl nicht erwartet?“ Und wie oft wurde mit Erfolg Mißtrauen in unseren eigenen Reihen gesät, Bruder gegen Bruder aufgehetzt, so daß manch einer bereit war, die Hand gegen den eigenen Kampfgenossen zu erheben, in dem man einen Verräter erkannt zu haben glaubte.

Ich selbst war zweimal nicht mehr weit davon entfernt, Menschen aus der Welt zu schaffen — in einem Falle eigenhändig —, die ich selbst oder Genossen mit felsenfester Sicherheit als Verräter und Schurken betrachteten, die ihr Leben also durch Verrat verwirkt hatten.

Ja, es ging so weit, daß es einem vor den Menschen graute.

(Fortsetzung folgt)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280216-17/fragment/page=0003
DFG

Stadt-Theater

Heute Donnerstag, 20—23¼ Uhr 481
Die weiße Frau
Freitag, 20-22¾ U. Der Patriot

Edison-Theater

Goethestraße 26
Freitag b. Sonntag
2 Großstadtfilme:
„Frühere Verhältnisse"
Eine Verlobungsgeschichte mit sieben Hindernissen
Dify Oswalda, Otto Reutter, Paul Heidemann in den Hauptrollen 483
7 Akte stürmischer Heiterkeit
Zirkusteufel
7 Akte
Ein Drama von bösen Menschen, Löwen und einer Tänzerin
Mittwoch, 22. Februar, 8 Uhr:
Die Wolgaschiffer
Mit Gesangseinlage

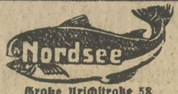
Rakete

Das Haus der guten Kleinkunst
Heute neuer Spielplan
U. a.: 473
3 Schwestern Pretzsch
„Das deutsche Lied"

Fahrräder, Nähmaschinen, Sprechapparate, Schallplatten
bei bequemer Teilzahlung
P. Bornack
Fahrradhaus
Merseburger Straße 46

F. E. Hartschlag
Inhaber Otto Ebelt
Zeitz
! Kolonialwaren !

Werbt für den Klassenkampf!



Große Ulrichstraße 58
Bernburger Straße, am Relleck
Steinweg, am Rannischen Platz
1 Waggon lebendfrische grüne
Heringe ℔ 17 ₰
Alle Sorten
Seefische
ebenfalls frisch eingetroffen
Ferner: 484
Hochf. Makrelenbücklinge . . . . Pfund 35 ₰
Kieler Sprotten Kiste, 1 ℔ Inhalt, nur 62 ₰
ausgew. ½ ℔ 35 ₰, ¼ ℔ 20 ₰
Eine Delikatesse
sind unsere selbst hergestellten
sauren Sardinen
½ ℔ 35 ₰ ¼ ℔ 18 ₰
Anchovis . . . . ¼ ℔ 20 ₰
Hering in Gelee, lose ausgewogen . . . . . ℔ 60 ₰
½ ℔ 30 ₰ ¼ ℔ 15 ₰
Seeaal ohne Haut in Gelee . . . . . . ¼ ℔ 30 ₰
Riesen-Rollmops Stck. nur 15 ₰
Riesen-Bismarckheringe . . . . 2 Stück 25 ₰

SELBSTTÄTIGES WASCHMITTEL **GEG-FAMOS** 40% Fett, ½-Pfd.-Päckchen
GEG-SEIFENFLOCKEN
GEG-SEIFENPULVER 30% Fett, ½-Pfd.-Päckchen
erhält man in allen Verteilungsstellen der
KONSUMVEREINE

Erhältlich in allen Verteilungsstellen des:
Bezirks-Konsumvereins Weißenfels-Naumburg eGm.bH. zu Weißenfels
Konsum- und Produktiv-Verein zu Zeitz eGmbH.
Konsum-Verein Hohenmölsen-Teuchern eGmbH.
Konsum-Verein Streckau u. Umg. eGmbH. in Streckau

Metallbettstellen mit Patentmatratzen:
Mark 15,— 16,50 20,— 24,— 26,— 28,— 32,—
Holzbettstellen Mark 22,— 24,50 29,— 32,— 36,— 40,—
Kinderbettstellen aus Holz Mark 19,— 23,— 28,— 30 — usw.
aus Eisen Mark 18,— 21,— 23,— 26,—
Auflegematratzen 3teilig mit Keil
Mark 15,— 21,— 24,— 27,— 32,— 36,— 40,— 44,— 50,—
einfachere Ausführung Mark 12,—
Patentmatratzen Mark 20,— 25,— 29,—
Federbetten mit guter Füllung:
Oberbett Mk. 15,50 18,— 29,— 38,— 47,—
Unterbett Mk. 14,50 16,— 26,— 32,— 42,—
2 Kissen Mk. 8,50 11,— 17,— 21,— 26,—
pro Stand Mk. 38,50 45,— 72,— 91,— 115,—
Bettfedern: pro Pfd. Mk. 0,90, 1,40, 2,—, 2,50, 3,— 3,75
Dreivierteldaunen pro Pfd. Mk. 10,— 11,— 13,—
Halbdaunen pro Pfd. Mk. 4,50, 5,25, 6,— 7,—, 8,50
Reine Daunen pro Pfd. Mk. 8,— 9,75 14,—, 18,—
Inletts und Drelle von den einfachsten Ausrüstungen bis zu den feinsten Indanthrenfarben
Chaiselongues Mark 31,— 36,— 40,— 45,— 50,— 55,— 58,— usw.
Bettchaiselongues Mk. 115,— 125,— 140,—
Steppdecken Mark 13,50 18,— 19,50 23,— 27,— 30,— usw.
Daunendecken Mk. 55,— 60,— 70,— 78,— 90,— 95,— usw.
Nachtschränke, Schränke, Schlafzimmer zu erstaunlich billigen Preisen. Enorme Auswahl
Auf Wunsch Zahlungserleichterung!
Anfuhr nach auswärts durch eigenes Auto ohne Transportbeschädigung
Zeitgemäße Bettfedern-Reinigung und -Dämpfung täglich im Betrieb
Bettenhaus
Bruno Paris
Kl. Ulrichstr. 2
Eingang Kanzleigasse — 2 Minuten vom Markt

Walhalla

Beginn 20 Uhr — Fernruf 28385
Heute Premiere
des grandiosen Varieté-Programms
Gastspiel Ballett Gerard
mit Hans Gerard und Primaballerina Elena Tippel
Gesamtchoreographie: Hans Gerard
Ferner:
4 Loubes urkomische Radfahr-Akrobaten
5 Geschwister Blomenfeld Luft-Gymnastik
Singer-Chinesen-Truppe
Richard Schulze der bek. sächsische Komiker
2 Morandis das lebende Handgebäck
Willo-Duo Musik-Phantasten — Lea Minte Kunstpfeiferin
Liane Shilling Opernsängerin — Willuhn-Brothers Kombinationsakt
Gewöhnliche Preise: 0,60 1,50 2,00 2,50 usw.
Vorverkauf ab 11 Uhr ununterbrochen

Kammerlichtspiele Merseburg

Heute Donnerstag ist der gr. Tag!
Wilhelm Dieterle, Mady Christians
in ihrem neuesten Großfilm der Saison
„Heimweh"
Eben erst fertiggestellt und nach 3maligem Verbot von der Zensur ohne Ausschnitte freigegeben!
Dazu ein Beiprogramm von bekannter Güte sowie die neueste Opel-Wochenschau *387
Kassenöffnung 6 Uhr, Anf. ½7 u. ½9 Uhr

Union-Theater Merseburg

Ab heute, Donnerstag, bis einschließlich Montag: **Carlo als Dirne**
in seinem neuesten Großstadtfilm
Der Mann ohne Kopf
Ein Großsensations-Film in 8 Akten, der in rasender Spannung hält
Außerdem das lustige Beiprogramm
Anfang 6½ und 8½ Uhr
Sonntag 4, 6 und 8¼ Uhr 394
Sonntag, 2 Uhr: Jugendvorstellung

Sobel's billiges Angebot

in Haushaltwaren vom 17.-22. Februar

Satz Em.-Schmortöpfe, grau mit Deckel, 5 Stück	5,95
Emaille-Eimer, grau 28 cm	0,70
Satz Em.-Milchtöpfe, mit Ausguß, blau, 3 Stück	1,95
Emaille-Schmortopf, extra groß	0,90
Emaille-Aufwaschwanne, weiß, rund	1,10
Emaille-Schüssel, extra groß	0,45
Puddingform, Weißblech	0,23
Reibeisen in starker Ausführung	0,20
Wandkaffeemühle, mit gutem Werk	2,65
Gebäckkasten, viereckig, lackiert	2,65
Kohleneimer, schwarz lackiert	0,78
Stahlblechtiegel, 22 cm	0,45
Alpaka-Eßlöffel in schönen Mustern	0,38

Steinweg 45 u. Gr. Ulrichstr. 9

Neumarkt-Fischhalle

Tel. 26658 Geiststraße 33 Tel. 26658
Am gestrigen Tage habe ich das Geschäft meines verstorbenen Mannes übernommen und wieder geöffnet. Die geschätzte Kundschaft bitte ich, das alte Vertrauen auch auf mich übertragen zu wollen. Gute Bedienung soll ebenfalls mein Geschäftsprinzip sein
Frau Elly Pfeiffer

Konsum-Verein Glesien und Umg.

(e. G. m. b. H.)
Sonntag, den 26. Februar, 14½ Uhr, im Gasthof Ennewitz:
Generalversammlung
Tagesordnung:
1. Halbjährlicher Geschäftsbericht
2. Ergänzungswahl des Vorstandes
3. Abänderung des § 37 des Statuts
4. Anträge der Mitglieder nach § 47 d. Statuts
5. Verschiedenes 383

Der Aufsichtsrat
Otto Fuchs, Vorsitzender

Turn- u. Sportverein „Fichte"

eingetr. Verein, Halle a. d. S.
Sonnabend, 18. Februar im groß. Vollsport'aal
Masken-Ball
Ohne Karte kein Zutritt
Clown- und Militärmasken haben keinen Zutritt
Kassenöffnung 6½ Uhr. Maskeneinlaß 7 Uhr
Stimmung, Humor, Feez, Laune
Um zahlreichen Besuch bittet
478 Der Vorstand

Geschäftseröffnung!

Ia. Marken-Fahrräder
bei 10 Mk. Anzahlung
3 Mk. Wochenrate
Fahrrad-Vertrieb G. m. b. H.
jetzt Jakobstraße 2
Weitere Verkaufsstellen:
Lange Straße 18 485
Giebichenstein, Triftstraße 27

Biophon-Theater

Ab heute der große Russenfilm der Meschrapom
Der Kellner aus dem Palast-Hotel
Ein Film aus dem Leben des russischen Volkes mit ganz starkem Inhalt
Dazu das Beiprogramm 476
Freikarten zu diesem Programm aufgehoben

29.— kostet die Anfertigung eines **Anzuges** oder **Mantels** inkl. Zutaten nach Ihrem **MASS**
aus mitgebr. Stoff
M. Ehrlich
Leipzig. Str. 69

Stahlmatratzen-Fabrik „Eha" 184
Weißenfels
Fischgasse 21
Toreingang, Hof r. II
empfiehlt ihre Stahlmatr.-Aufleger, Chaiselongues, Metall- u. Holzbetten
Zahlungserleichterung.

Zentralhalle Zeitz

Donnerstag bis Mittwoch
Lya Mara *397
„Das tanzende Wien"
(An der schönen blauen Donau. Zweiter Teil)
Verstärkte Künstler-Kapelle
Gesang des beliebten rhein. Heldenbariton Kurt Brinken
Beginn täglich 4 Uhr — Beginn täglich 4 Uhr
Mittwoch 4 Uhr Familien- und Kindervorstellung zu welcher Karten ab Montag an der Kasse zu haben sind
Alle Ehren- und Freikarten sind aufgehoben
Sonntag 3 Uhr Jugend-Vorstellung mit bes. Programm!

Möbel

477 kaufen Sie **staunend billig** von einer der bedeutendsten Spezial-Fabriken Deutschlands
dieser Art
Betten in Holz und Metall
alles, was zum Schlafzimmer gehört, auch Küchen, Sofas, Chaiselongues.
Ein Beispiel der Leistungsfähigkeit:
Ein Bett
Bettstelle, Stahlmatratze, Polsterauflage zusammen nur **45,— netto**
Bequeme Teilzahlung! Besichtigen Sie mein Lager ohne Kaufzwang. 10% Rabatt bei Barzahlung! Beurteilen Sie die Preise nach Qual.
Bernhard Schormann
nur Große Märkerstraße 7
Eckladen Kl. Märkerstr. i. H. „Volksblatt"
Fabrikniederl. d. Fa. G. Gaa, Gera

Werbt für d. Klassenkampf!

Achtung! — Achtung!
Freie Turnerschaft Zeitz

Am Sonnabend, dem 18. Febr. veranstalten wir in sämtlich. Räumen des „Preußischen Hof" *386
Einen Abend der Lust u. Freude
Im großen Saal wechseln Tanz mit urkom. Aufführungen — Auf der Galerie: Die lustige Fahrt von Berg zu Tal — In der Bauernschänke urfidel. Betrieb — Im kleinen Saal: Tanzdiele mit Kabaretteinlagen
Die Arbeiterschaft ist zu diesem Abend herzlichst eingeladen. — Möglichst im Kostüm erscheinen
Anfang 7 Uhr — Eintritt 30 Pf.

Volksbuchhandlung

Eisleben, Rathausstraße 7
empfiehlt
politische u. schöngeistige Literatur
Schreibmaterialien u. Schulartikel
zu äußerst billigen Preisen

Sonntag, den 19. Februar, vormittags 11 Uhr im „Thaliasaal"
Musikalische Morgenfeier
der Halleschen Musikanten-Gilde
Madrigale und Volkslied
Bearbeitungen alter und neuer Meister für 4- u. 7stimmigen Chor mit Orchester
Vorverkauf bei:
Hothan, Norddeutsche Bücherstube, Bühnenvolksbund, Hall. Volksbühne
Verband f. Deutsche Jugendherbergen
Ortsgruppe Halle 479

Lumpen
Theuring
Triftstraße 24
ist Kassa-Käufer für alle alten und neuen
Lumpen und Papierabfälle
Akten, Bücher usw.
Hole auch frei ab
Tel. 25659

Achtung! 396
Empfehle diese Woche prima bestes **Mastfleisch**
Rouladen, Fett, sowie alle Sorten Wurst mit Schweinefleisch gemischt in bekannter Güte
Dix Nachf., G. Reif,
Zeitz, Scharrenstr.
Telephon 433

Hausfrauen,
kauft nur bei unseren Inserenten

Wer Stoff hat!
Anzug nach Maß 35 Mark
mit guten Zutaten
Drei Anproben!
Gar. für Sitz u. Arbeit
Maßschneiderei
Ernst Faust
Bernhardystraße 50
seit üb. 10 Jahr. selbst.

Wo speise ich gut und billig im
Volkspark?
Burgstraße 27 — Tel. 211 07

Kleine Anzeigen haben im Klassenkampf **Große Wirkung!**

Spendet f. d. „Rote Hilfe"

Familien-Nachrichten

Dank
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben Entschlafenen, Frau *388
Mari Schmeißer
geb. Gaudig
sagen wir allen unsern innigsten Dank
Weißenfels, den 15. Februar 1928
Ernst Schmeißer und Kinder
nebst allen Hinterbliebenen

Morgen Weiteres in einer vierseitigen Beilage

Das große Februar-Ereignis
Weiße Woche
Wir bringen auch diesmal eine Riesenfülle erstklassiger erprobter Qualitätswaren zu wirklich billigen Preisen!
Weiterhin viele Gelegenheitsposten
Goldstein
Eisleben *393 Eisleben

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280216-17/fragment/page=0004

Der proletarische Reporter

Mit Feder und Kamera quer durch die Welt

Akrobatik in St. Moritz

Olympische Winterspiele — Deutschland muß siegen

Die „Welt am Abend" bringt zum Beginn der jetzt in St. Moritz stattfindenden Olympischen Winterspiele folgende interessante Ausführungen:

Am Vorabend des Beginns der Olympischen Winterspiele gab Dr. Lewald, der Präsident des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen, den in St. Moritz versammelten Aktiven, Offiziellen und Pressevertretern im Grand-Hotel einen Empfang. Er führte in seiner Begrüßungsrede etwa folgendes aus: „Zum ersten Male nimmt Deutschland an einer Winterolympiade teil. Es hat zwar schon einmal Olympische Winterspiele gegeben, aber dabei war Deutschland nicht vertreten, und ich stehe immer auf dem Standpunkt, daß Olympische Spiele ohne deutsche Beteiligung ihren Namen nicht zu Recht tragen. Diese Auffassung teilt auch mein verehrter Freund, Baron de Coubertin, der Begründer der modernen Olympischen Spiele. Die Aktiven begrüße ich zuerst! Sie führen morgen und an den folgenden Tagen nicht nur in ihrem Herzen, sondern nach außen hin die deutsche Fahne. Jeder wird sich klarmachen, daß alle Kräfte, alle Energie eingesetzt werden muß, um bei dieser Gelegenheit möglichst erfolgreich abzuschneiden." Lewald schloß seine Rede mit einem Hoch auf das teutsche Vaterland. Mit dem Deutschlandlied fand die kurze Feier ihren Abschluß.

St. Moritz ist augenblicklich der Ort, der den größten Fremdenverkehr aufzuweisen hat,

der Ort, an dem Hotelbesitzer das meiste Geld verdienen. Alle noch so extremen Nationalisten werden sich bei diesem internationalen Stelldichein wohl in sportlicher Beziehung austoben können, während sie ihre nationalistische Engstirnigkeit notgedrungen zügeln müssen. Wie gesagt, notgedrungen zügeln müssen: denn sonst würde aus den olympischen Spielen, die doch Vorbild für die Schulung von Körper und Geist sein sollen, eine olympische Prügelei entstehen.

Die Prügelei geht nicht gut an, wäre auch nicht standesgemäß, und darum schafft man andere Ventile, die den drängenden nationalistischen „Instinkten" Auslaß gewähren sollen. — Hunderte von Pressevertretern weilen in St. Moritz aus aller Herren Länder. Alle berichten, wie großartig ihre Landesmannschaft in Form sei. Einige Journalisten haben sich trotz aller Aufmachung nicht den Blick trüben lassen und berichten objektiv.

Da hat man z. B. in St. Moritz für die Ski-Springer eine besondere Sprungschanze errichtet, von der berichtet wird, es sei eine Mammutschanze. Es ist eine alte Erfahrungssache, daß Skispringen eine Mutübung ist; auch von einem kleinen Hügel. Das, was man jedoch in St. Moritz gebaut hat, das übersteigt die Grenzen der Zulässigkeit.

Hier ist der Skisprung keine Mutübung mehr, hier wird er zur Waghalsigkeit, hier ist die Grenze zwischen Sport und Akrobatik verwischt

und man fragt sich, warum führt man solche waghalsigen Kunststücke im Wettkampf vor?

Wie gesagt! Einige sachmännische Journalisten haben sich den Blick nicht trüben lassen und sind der Meinung, daß bei solchen Uebungen die Masse (der Skisport Betreibenden) und selbst Könner nichts mehr zu suchen haben. Nur einigen auserwählten Kanonen sei es vorbehalten, an diesen akrobatischen Flügen durch die Luft (von Skispringen kann je keine Rede mehr sein) teilzunehmen. Es ist ganz zutreffend, wenn man da von Sprungfliegern, Sturzfliegern und von Skiakrobatik spricht, was natürlich nichts, aber auch gar nichts mehr mit Sport zu tun hat.

Bürgerlicher Rekordwahnsinn hat solche Anlagen geschaffen. Jeder Mensch, der seine fünf Sinne noch in gebrauchsfähigem Zustande hat, sollte sich überlegen können, daß das nicht der Gipfel der Pflege von Leibesübungen sein kann, wenn man mit 80 Kilometer Stundengeschwindigkeit von einer Schanze springt, um sich bei einem einzigen unglücklichen Absprung todsicher das Genick zu brechen.

Neue Ueberraschungen im Krantz-Prozeß

Dr. Frey legt die Verteidigung im Krantz-Prozeß nieder — Krantz ins Krankenhaus überführt

In der gestrigen Vormittagssitzung im Krantz-Prozeß kam es erneut zu schweren Zusammenstößen zwischen dem Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Frey und dem Vorsitzenden. Auf Grund eines Gerichtsbeschlusses erklärte der Vorsitzende, daß der ganze Gerichtshof über den Ton des Verteidigers empört sei. Nach einer von ihm erbetenen kurzen Pause erklärte Dr. Frey, daß er sich genötigt sehe, die Verteidigung niederzulegen, da er in der Erklärung des Vorsitzenden eine Verletzung der Würde der Verteidigung und des ganzen Anwaltsstandes erblicke. Die Erklärung des Gerichts sei ungesetzlich und außerdem unbegründet, da der Vorsitzende durch mehrfache Unterbrechung des Verteidigers den Zwischenfall verschuldet habe. Der Vorsitzende vertagte darauf die Sitzung um anderthalb Stunden, um während dieser Zeit einen anderen Verteidiger für den Angeklagten zu bestellen. Nach der Niederlegung der Verteidigung durch Rechtsanwalt Dr. Frey ist für den Angeklagten Krantz als Offizialverteidiger Rechtsanwalt Arthur Schulz bestimmt worden. Auf seinen Antrag wurde die Verhandlung auf Sonnabend vertagt, um ihm die Einarbeitung in die Akten zu ermöglichen.

Der in dem Steglitzer Schülermordprozeß angeklagte Primaner Krantz ist gestern ärztlich untersucht worden. Dabei haben sich schwere körperliche und seelische Störungen herausgestellt. Die Aerzte kamen zu der Ansicht, daß Krantz, der über sieben Monate in Untersuchungshaft war, die schwere Verhandlung überhaupt nicht hätte zugemutet werden dürfen. Krantz wurde auf ärztliche Anordnung in ein städtisches Krankenhaus überführt, wo er fest daniederliegt. Ob unter diesen Umständen der Prozeß am Sonnabend weiter geführt werden kann, erscheint höchst fraglich.

Explosion bei der Dynamit-Nobel-A.-G.

Auf unerklärliche Weise entstand in einem Fabrikraum der Dynamit-Nobel-A.-G. in Nummenohl eine Explosion. Zwei Leute, die als einzige in den Raum beschäftigt waren, wurden getötet. Es handelt sich um einen Raum, in dem sich Nitro-Glyzerin befand, eine maschinelle Tätigkeit aber nicht ausgeübt wurde.

Im Thomasmehl erstickt

In Esch a. d. Alzette wurden zwei jugendliche Arbeiter, die in der Schlackenmühle der Firma Arbed damit beschäftigt waren, festsitzendes Thomasmehl zum Nachrutschen zu bringen, durch das Thomasmehl verschüttet und erstickten.

Schülerselbstmord

Der 15 Jahre alte Schüler Herbert Conrad aus Danzig hat gestern seinem Leben freiwillig ein Ende gemacht. Der Junge war 14 Tage von der Schule fortgeblieben; aus Furcht, bestraft zu werden, fuhr er nach Marienburg und schoß sich dort auf einer Chaussee eine Kugel in den Kopf.

Selbstmordversuch einer Opernsängerin

Die 27jährige Opernsängerin Anna Roething in Wien versuchte, sich mit Morphium zu vergiften. Die Ursache zur Tat dürfte in der äußerst schlechten wirtschaftlichen Lage der Sängerin liegen, die in der letzten Zeit zwei Engagementsanträge aus Berlin und Prag erhalten hatte, jedoch nicht einmal die Mittel zur Bestreitung der Reise hatte. Frau Roethig trat früher auch im Theater in Darmstadt auf.

Untergang eines Fischkutters

Blättermeldungen aus Amsterdam zufolge ist gestern nacht bei der Insel Terschelling ein mit drei Personen bemannter Fischkutter von der Zuiderzee-Insel Ork bei stürmischer See mit dem Wrack eines Dampfers zusammengestoßen und gesunken. Der umgeschlagene Kutter wurde heute vormittag gefunden. Von den Insassen fehlt jede Spur.

Theater der Arbeiterjugend

Am 7. Februar wurde in Leningrad ein Theater der Arbeiterjugend eröffnet. Bisher veranstaltete das Theater seine Aufführungen in einem kleinen Saal, wo kaum 200 Zuschauer Platz fanden. Heute hat es eigene Theaterräume erhalten. Für die Bühnenausstattung wurden vom Bildungsamt 10 000 Rubel bewilligt.

Außer Theateraufführungen für die Arbeiterjugend werden auch ausschließlich sowjetrussische Filme zur Aufführung gelangen, und die Räume werden auch für Massen-Kunstarbeit nutzbar gemacht.

Selbstmord eines amerikanischen Offiziers

Der amerikanische Oberstleutnant Bryant hat in seiner Pariser Wohnung unter mysteriösen Umständen Selbstmord begangen. Man fand ihn tot auf dem Bett ausgestreckt. Der Tod war durch einen Herzschuß eingetreten.

Die Krankheit des James Morton

OE. Lady Astor hat bekanntlich vor einiger Zeit angekündigt, daß sie einem englischen Arbeiter, der sich zu einer wenigstens dreijährigen Ansiedlung in Sowjet-Rußland bereitfinden ließe, die Hin- und Rückreise bezahlen würde. Dieser Herausforderung, durch welche die Lady offenbar die Begeisterung englischer Arbeiter für die Zustände im Sowjetstaat als rein platonisch deutlich machen wollte, veranlaßte einen englischen Arbeiter namens James Morton zur Uebersiedlung nach Sowjet-Rußland. In Leningrad, wo er sich schon seit längerer Zeit aufhält, ist nun schwer erkrankt. Daraufhin hat der Leningrader Verband der Metallarbeiter an den Metallarbeiterverband Englands ein Schreiben gerichtet, in welchem folgendes erklärt wird: Die zahlreichen Feinde der Sowjetunion würden gewiß nicht verabsäumen, Morton als ein Opfer der Zustände in Sowjet-Rußland hinzustellen und daran verschiedene für die Sowjetunion ungünstige Schlußfolgerungen zu knüpfen. Die Leningrader Arbeiter bitten daher ihre englischen Kollegen, in solchem Fall darauf hinzuweisen, daß Morton schon krank nach Sowjet-Rußland gekommen sei, und daß er sich zurzeit in Leningrad in ärztlicher Behandlung und bester Pflege befinde.

Die Mystik der Wünschelrute

kos. Die Angaben der Rutengänger erklärt man neuerdings durch die Fähigkeit des Unterbewußtseins oder des Unbewußten, die eine kleine Anzahl Menschen gewissermaßen als Erbschaft früherer Generationen beibehalten haben sollen. Dr. Hasse ist auf Grund der 15jährigen Erfahrung des Verbandes zur Klärung der Wünschelrutenfrage zu der Erkenntnis gekommen, daß das Mystische der Wünschelrute geschwunden sei und der naturwissenschaftlichen Betrachtung Platz gemacht habe. In keinem Falle solle man sich blindlings auf die Angaben der Rutengänger verlassen, sondern auch Gutachten zuverlässiger Geologen und Geophysiker einholen.

Regulierbare Glühbirnen

Die „Swetlana"-Fabrik in Leningrad, die sich mit der Herstellung von Glühlampen befaßt, berichtet über fortlaufende Steigerung ihres Exportes nach Persien, Türkei und den baltischen Ländern. Besondere Nachfrage herrscht nach Lampen mit regulierbarer Leuchtkraft, die von einem der „Swetlana"-Arbeiter erfunden wurden. Auch in Deutschland hatten wir schon Gelegenheit, diese Erfindung kennenzulernen: durch dreifache Kontaktschaltung wird die Leuchtkraft der gleichen Birne von Nachtlichtstärke bis zur größten Helligkeit gesteigert. Die „Swetlana"-Regulierbirnen werden nur in der Sowjetunion hergestellt.

Neue Arbeiter-Literatur

Sunyatsens Rolle in der chinesischen Revolution

„... Sun wird im Buche der Weltgeschichte als einer der großen Repräsentanten des Fortschrittswillens der Menschheit stehen, als der bisher größte Vertreter einer ganzen Etappe der revolutionären Entwicklung der erwachenden Kolonial- und Halbkolonialvölker des Orients. Er war nicht Kommunist. Er war nicht Marxist. Es waren geschichtlich zurückliegendere Aufgaben, deren Lösung er und seine Parteigenossen zu bewältigen hatten. Seine Aufgabe ist es gewesen, gegen das chinesische Mittelalter und gegen die imperialistischen Raubmächte die Einheitsfront aller von diesen beiden Kräften unterdrückten Klassen zu bilden und zum Kampfe aller von diesen beiden Kräften unterdrückten Klassen zu bilden und zum Kampfe zu führen. Hier liegt seine besondere Aufgabe. Seine unterbrochenen Leistungen liegen hier. Hier liegt auch seine Grenze. Der Fortgang der revolutionären Entwicklung stellt neue Aufgaben, verlangt neue Formulierungen, eine neue Taktik. Sun hat das Kommende im Keime gesehen, ja, ist als alter Mann selbst noch auf den Weg gegangen. Immerhin, er blieb am Anfang der Bahn. Die erbeitenden Massen Chinas, die ihm so viel verdanken, werden sein Erbe antreten, indem sie den Weg weiter beschreiten, von dem er nur den Anfang sehen konnte ..."

(Zitat aus dem soeben im Agis-Verlag, Wien-Berlin, erschienenen Buch „Sunyatsen. Aufzeichnungen eines chinesischen Revolutionärs" mit einer ausführlichen Einleitung von K. A. Wittfogel. 344 Seiten, Preis broschiert 3,90 Mark, Ganzleinen gebunden 5,50 Mark. Zu beziehen durch alle Literatur-Odiente, Kolportagen und Buchhandlungen.)

Rebellenlied / Von Willy Sachse

14]

Alle Rechte vorbehalten.

Dann war sekundenlang Totenstille. Mir schien das Blut in den Adern zu stocken. Ich hörte nur noch Köbis Stimme: „Ich bin bereit — über meinen Körper verfügen Sie!"

Dann ein eigenartiges Klirren. Ein Schlösserschnappen. Köbis wurde gefesselt. Kurze Kommandos und die Wachtmannschaften setzten sich wieder in Bewegung. Noch einmal hörte ich Köbis rufen: „Lebt wohl!"

„Leb wohl!" so antwortete es vielstimmig aus den Verliesen. Dann war es vorbei. — —

Einer der besten Kampfgefährten war auf die Todesreise gegangen. — —

Es folgten wieder lange, bange Stunden des Harrens. Wann wohl werde auch ich geholt? Was alles zieht da noch einmal an den Augen vorbei. Das ganze Leben, die vielen Kämpfe, all die Zweifel und all die schweren Stunden, die ein junges Proletarierblut durchkämpft. Und trotz alledem immer noch die Hoffnung auf Rettung. Das war eine furchtbare Folter.

Die Uhr im Kasernenhof schlug ½7 Uhr. Auf der Straße war schon reges Leben. Die Werftarbeiter gingen an ihre Arbeit. Dann näherten sich Schritte der Zelle. Die Tür wurde aufgeschlossen. Draußen standen Matrosen. Vor mir ein Kapitänleutnant mit Akten in der Hand. Ich glaubte zu wissen, was da kommen sollte. Man verlangte von mir, daß ich „stillstehen" solle, um einen Befehl anzuhören. Ich weigerte mich und erklärte, daß ich aus der Liste der Marine gestrichen sei. Ohne auf seinen Befehl zu dringen, nahm der Offizier die Akten zur Hand, schlug sie auf und teilte mir mit, daß ich — — begnadigt sei. Ich war wie betäubt und hörte nur noch — „zu 15 Jahren Zuchthaus"!

*

Reichpietsch und Köbis warteten noch lange Stunden auf ihren Tod. Schwer gefesselt brachte man sie nach einer rheinischen Festung, um dort erschossen zu werden. Durch nationale Phrasen geblendet, unklar und ohne Klassenbewußtsein, schossen sie dort am 5. September 1917 rheinische Landsturmleute nieder.

Sie starben für die Sache des revolutionären Proletariats.

Wir fragen: Lohnt es sich, so zu sterben? Kann uns das Leben nichts Besseres bieten? Und jeder von uns wird ruhig gestehen können: Selbstverständlich ist es besser, zu leben, zu arbeiten und den Bau errichten zu helfen, den jeder sehen möchte, wie sich darin das Leben gestalten wird. Wenn wir die kleinen Arbeiterkinder spielen sehen, dann steigt in uns die große Frage auf: wie wird die Welt aussehen, wenn diese erwachsen sein werden? Aber jeder von uns weiß und ist überzeugt, daß diese neue Welt nur dann erstehen kann, wenn wir den Tod nicht fürchten. Daher ist der Tod, in dessen Antlitz wir zu jeder Zeit ruhig und gefaßt blicken, dem wir auf dem Wege unseres revolutionären Kampfes zu begegnen gewohnt sind — deshalb ist dieser Tod für uns das Symbol des Lebens, die stärkste, größte Tat unseres Lebens.

Und mit dem letzten Abschiedsgruß an unsere Genossen, deren Tod uns heute die Akten der Gerichte melden, können wir sagen — uns sagen — denn ihre Körper können uns nicht hören und über ihre Seelen weiß die Wissenschaft nichts zu berichten, daß, wenn sie uns aus ihrem Grabe zuriefen: „Seid bereit!", daß wir ihnen dann mit dem Rufe antworten würden:

„Allzeit bereit!"

„Brüder, seid ihr's?"

Fünfzehn Jahre Zuchthaus. Das war das Schicksal jener Rebellen, denen man auf „Gnadenwege" das Leben geschenkt.

Fünfzehn lange Jahre Zuchthaus! — — Mit 22 Lebensjahren mußten diese jungen Menschen verstehen lernen, was es bedeutet: Monate, Jahre, Jahrzehnte in einer Zelle, sechs Schritt lang, drei Schritt breit, zu leben. Immer auf und ab. Ohne Ruh und Rast. — Fünfzehn lange, dunkle Kerkerjahre! — — — Jahre der Einsamkeit! —

Und dieweil sie in den Kerkern schmachteten, flutete draußen bewegt das Leben vorbei. Wellenschläge davon waren auch in den Zellen des Zuchthauses spürbar. Ganz von ferne nur, ganz leise, — abgestimmt, drangen sie zu den Gefangenen. Aber deswegen gerade war ihr Erleben um so schwerer, furchtbarer.

— — — — — — — —

Wie ein Sirenengesang lockte der ferne Pulsschlag den einsamen Gefangenen.

Erst tobt er gegen den Kerker, dann kämpft er nur noch gegen die Sehnsucht an. Bald ist er resigniert. Und nach zehn oder zwölf Jahren — dann ist es ganz zu Ende mit dem Sehnen. — — Irrenhaus oder Zuchthausfriedhof — das ist das Los, Schicksal aller Zuchthäusler!

Nicht umsonst sprechen die stummen Friedhöfe an den grauen Mauern, mit den Gräbern ohne Namen, nur mit Nummernkreuzen versehen, eine solch beredte Sprache!

— — — — — — — —

In diese graue Welt, die keine mehr ist, kamen die gefangenen Matrosen. Schrittauf, schrittab verbrachten sie ihre Stunden in den einsamen, weißgetünchten, kahlen Zellen. Langsam und mählich nur glitten die Tage im eintönigen Trott des gestestötenden Anstaltsrhythmus dahin. Narrenparade und Aufseherschikanen unterbrachen die Einsamkeit.

Und dann die Arbeit! Jeder Nadelstich, jeder Fadenzug, — ein Fluch!

Ein Fluch für die, die jene Söhne der Freiheit an die Zuchthauskette geschmiedet.

Und dennoch war auch jeder Nadelstich ein heißer, glühender Wunsch nach Freiheit, — nach Menschen, — nach fröhlichen lachenden Menschen zugleich.

Jeder Stich daneben war ein Dorn mehr im Kranze, der diesen Märtyrern geflochten wurde.

— — — — — — — —

Wie mögen jenen, die diese genähten Säcke auf den Schultern tragen mußten, die Lasten ins Fleisch gebrannt haben? — —

(Fortsetzung folgt)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280216-17/fragment/page=0005

Stadt Halle

16. Februar 1928.

Abrechnung mit den Gegnern

Auftakt für neue Kämpfe

Angesichts der Verschärfung, die der Kampf der Metallarbeiter durch das provozierende Verhalten der Industriellen erfahren hat, angesichts der Reichstagsauflösung und der kommenden Neuwahlen, die die Kommunistische Partei zu höchster Aktivität auf den Plan rufen, nahm die gestrige öffentliche Versammlung der Kommunistischen Partei, dem Ernst der Situation entsprechend, einen überaus sachlichen Verlauf. Es wurde Abrechnung mit allen Feinden der revolutionären Arbeiterschaft gehalten, angefangen von der Kennzeichnung des Trustkapitals und der Bürgerblockpolitik bis zur Brandmarkung der verräterischen und feindseligen Rolle, die die Reformisten aller Schattierungen gerade in diesem Augenblick des verschärften Klassenkampfes spielen. Die Haltung der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaftsbureaukratie wurde ebenso beleuchtet wie der Versuch abgeplitterter Gruppen und Grüppchen, mit scheinrevolutionären Phrasen die feste, energische, disziplinierte Arbeit in der Kommunistischen Partei zu verhindern und gleichzeitig gegen den einzigen proletarischen Staat, die Sowjetunion, mit vollkommen unverstandenen Behauptungen krebsen zu gehen.

Wie wir vorausgeahnt hatten, war es diesmal den Fr. O. H. Schulz, den Kilian u. Co. nicht eingefallen, die Versammlung zu besuchen, denn es gab diesmal keine Sensationen und persönlichen Auseinandersetzungen zu hören, sondern in der Hauptsache eine ausführliche Analyse der augenblicklich bestehenden politischen und wirtschaftlichen Zustände, aus der die Lehre für die kommenden Aufgaben im Sinne der klassenbewußten Arbeiterschaft gezogen wurde.

Die Zustimmung des übergroßen Teiles der Versammelten bewies, daß Genosse Wilhelm Koenen im Sinne der hallischen Arbeiterschaft gesprochen hatte, und die klägliche Haltung einer aus KAPD., Syndikalisten und Ultralinken bestehenden Gruppe verstärkte diesen Eindruck noch. Die Diskussion ergab nämlich, daß von den drei Rednern dieser Gruppen kein einziges neues Moment in die Versammlung hineingebracht werden konnte, sondern daß die alte Walze von antigewerkschaftlicher und antizentralistischer Einstellung auch diesmal wieder abgespielt wurde. Uebrigens hatte sich Meerheim, Weißenfels, zu diesem Zweck nach Halle bemüht. Seine Ausführungen schienen jedoch die Reisekosten nicht zu lohnen. Genosse Koenen widerlegte sie nämlich im Schlußwort Punkt für Punkt, und dies außerdem nach, daß die von ihm zitierten Notizen und Dokumente vollkommen aus dem Zusammenhang gerissen waren, wodurch sich ein ganz falsches Bild ergab. Diese Demagogie war also zu plump, um wirksam zu sein, und sie rief auch in den meisten Fällen nur Gelächter bei den anwesenden Arbeitern hervor. Aehnlich erging es einem anderen Diskussionsredner, der eine verschwommene Lehre vom Ringen nach Wohlstand, Glück, Zufriedenheit und Freiheit predigte. Schlagworte, die für nüchtern handelnde marxistisch denkende Menschen von vornherein auszuschalten sind, wie Genosse Koenen im Schlußwort ebenfalls nachwies.

Aus seinem mit starkem Beifall aufgenommenen Referat sei hier noch erwähnt, die Forderung nach verstärkter **Arbeit innerhalb der Gewerkschaften**, die Aufzeigung der Lage des vom Trustkapital erdrückten Mittelstandes, an dessen Beeinflussung die Kommunistische Partei nicht vorübergehen darf und wird. Ferner gab er einen ausführlichen Ueberblick über die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterschaft seit dem letzten Winter, die ein Wiedererwachen des Klassenbewußtseins seit dem Jahre 1924 beweisen, an dem die mitteldeutsche Arbeiterschaft — siehe Bergarbeiterstreik, Metallarbeiterstreik — keinen geringen Anteil hat. Der Grund dafür ist vor allem in der **Stärke der Kommunistischen Partei in diesem Bezirk** zu suchen, die sich noch weiter auszubauen und festigen muß. Zum Schluß gab Genosse Koenen bekannt, daß **Reichstag und Landtag voraussichtlich am 25. März aufgelöst werden**, und daß am 13. Mai Neuwahlen, auch die Gemeindewahlen stattfinden sollen. Dies muß Ansporn zu neuer Arbeit werden:

Wirtschaftskämpfe und gleichzeitig Wahlen, das ist eine Situation, wie sie der Arbeiterschaft nur nützlich sein kann.

Vor Abschluß der Kundgebung forderte der Versammlungsleiter, Genosse Schröter, zur Teilnahme an der für Montag angesetzten Demonstration auf. An diesem Tage sollen alle im Betriebe stehenden hallischen Arbeiter, ihre Solidarität mit den streikenden Metallarbeitern bekunden, eine Stunde vor Arbeitsschluß die Betriebe verlassen und, ebenso wie es bei der Sacco- und Vanzetti-Demonstration war, dadurch einmütig den Willen zum geschlossenen Widerstand gegen Bürgerblock und Ausbeuterregime zum Ausdruck bringen.

Donnerstag, den 16. Februar, 18½ Uhr, im „Volkspark" Fraktionsversammlung der kommunistischen Metallarbeiter

Bürgerliche Lotterwirtschaft erfordert Selbsthilfe

Gründung eines Interessenvereins für Radfahrwege in Halle

Wie in zahlreichen anderen Dingen, ist die Stadt Halle auch in der Frage der Beschaffung von Radfahrwegen äußerst rückständig. Wir haben über dieses Thema schon unendlich viele Arbeiterkorrespondenzen veröffentlicht und könnten diese täglich ergänzen. Gleichsam mit dem Wachsen des Verkehrs wachsen auch die Klagen der Radler über die verkehrshemmende und -feindliche Politik der Stadtverwaltung, wie auch der Verkehrspolizei, die sich fast ausschließlich mit kleinen Schikanen gegen die Radler richten, die sich in überwiegender Mehrheit aus den Schichten der arbeitenden Bevölkerung zusammensetzen.

Anstatt durch Schaffung neuer Radfahrwege die Hauptverkehrsstraßen zu entlasten, werden in Halle noch die verschwindend wenigen Radfahrwege eingezogen.

Wir erinnern nur an den Radfahrweg über die Peißnitz zum Weinberg, der heute für Radler gesperrt ist.

Es ist also absolut verständlich, wenn diesen eingstirnigen Maßnahmen und Verfügungen die Selbsthilfe der Radler folgt, die von sich aus nun die unverständliche Verkehrspolitik der amtlichen Stellen korrigieren wollen. Zu diesem Zwecke wurde in Halle am Montag im Lokal „St. Nikolaus" eine Versammlung aller interessierten Kreise abgehalten, die sich mit der Gründung eines „Verein für Radfahrwege e. V." befaßte. Vorweg sei genommen, daß die Gründung auch tatsächlich erfolgte.

Grundsätzlich muß hierzu gesagt werden, daß im allgemeinen vor solchen Selbsthilfevereinen gewarnt werden muß, da der verfolgte Zweck in den allermeisten Fällen nicht erreicht wird. Wir erinnern nur an den Abwehrbund gegen die Cröllwitzer Stänkerburg, der schlagend beweist, daß mit solchen Waffen im kapitalistischen Deutschland nichts auszurichten ist. Um hier Wandel zu schaffen, bedarf es einer starken, zielklaren Organisation, die nicht nur in dieser anrüchigen Frage die Interessen aller Werktätigen konsequent vertritt, sondern die auch in jeder anderen Frage den schärfsten Kampf gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem und seine Begleiterscheinungen führt, wie es nur die Kommunistische Partei nachweislich tut.

Zu der Frage der Beschaffung von Radfahrwegen kann es jedoch kein Dogma geben. Fest steht, daß die bürgerlichen Gewalthaber diese Frage bisher nicht zu lösen verstanden haben und sicher auch gar nicht gewillt sind, sie zu lösen.

Die Zahl der Unglücksfälle steigert sich zusehends und in achtzig von hundert Fällen sind bei solchen Verkehrsunfällen Radfahrer betroffen.

Diese Tatsache zeigt zur Genüge, daß endlich einmal etwas unternommen werden muß, um den Unfällen dieser Art wirksam zu begegnen. Mit drakonischen Maßnahmen gegen die Radfahrer läßt sich diese Unfallziffer nicht reduzieren. Die Mehrzahl der Arbeiter und der kleinen Geschäftsleute ist nun einmal auf das Fahrrad als Verkehrsmittel angewiesen und es wäre ebenso billig wie recht, wenn die zuständigen amtlichen Stellen dieser übergroßen Zahl der steuerzahlenden Radfahrer Rechnung tragen und von sich aus gesonderte Radfahrwege anlegen würden. Wie in anderen Fragen kümmern sich aber die Bürgerblockparteien auch in dieser Frage nicht um die Interessen des kleinen Mannes, so daß dieser nachgerade zur Selbsthilfe gezwungen wird, will er nicht ganz unter den Schlitten — in diesem Falle unter die Räder kommen.

Die Versammlung wurde durch einen sehr interessanten Lichtbildervortrag eingeleitet, der den Erschienenen an Hand praktischer Beispiele zeigte, mit welch geringen Mitteln meistens ein Radfahrweg geschaffen werden könnte, wenn seitens der jeweiligen Stadtverwaltung der Wille hierzu vorhanden wäre. In anderen Städten, wie Berlin, Stuttgart, Magdeburg, Königsberg, Hannover usw. existieren schon solche Interessenvereine, die teilweise eine ganz bedeutende Mitgliederzahl aufweisen und im Interesse der radfahrenden Bevölkerung auch schon sehr viel Gutes geleistet haben. Manche Städte sind in der Anlage von Radfahrwegen geradezu vorbildlich und die von diesen Vereinen geleistete Arbeit wirkt sich zum Wohle der Gesamtbevölkerung aus, da durch die Absonderung des Radlers, der als ein auf ein Rad gesetzter Fußgänger ohnehin stets der schwächere Teil ist, vom übrigen Straßenverkehr auch auffälligerweise die Unfallziffer stark reduziert wird.

Der Mitgliedsbeitrag des Vereins soll pro Jahr 3 Mk. betragen, doch wird auf eine direkte große Mitgliedszahl weniger Wert gelegt, als auf die sogenannte Anhängerschaft, die durch den Kauf eines sogenannten Jahresringes die Ziele der Organisation tatkräftig materiell unterstützt. Ein Jahresring kostet 1 Mk., und von diesem Gelde soll gegebenenfalls der Ausbau von Radfahrwegen in der Stadt und auch in der Umgebung gefördert werden.

In dieser Hinsicht kann man allerdings ein gewisses Bedenken nicht unerwähnt lassen; und zwar muß davor gewarnt werden,

der Stadtverwaltung die diesbezüglichen Pflichten abzunehmen und sie allein dem Radler aufzubürden.

Die im Vorstand vertretenen Arbeiter müssen ihr Augenmerk darauf richten, daß in allererster Linie die dazu verpflichtete Stadtverwaltung aus ihren Mitteln die notwendigen Radfahrwege schafft. Mit dem „leeren" Stadtsäckel soll man sich nicht ablenken lassen, denn der Vortrag mit Lichtbildern hat ganz klar und eindeutig gezeigt, daß in den meisten Fällen ohne größere Geldmittel Radfahrwege zu beschaffen sind, wenn der Wille hierzu auf seiten der Stadtverwaltung vorhanden ist. Dieser Wille war bisher jedenfalls nicht vorhanden, und darum muß der neugegründete Verein sich selbst weniger als Finanzier, um so mehr aber als Beitsche betrachten, mittels derer die Lotterwirtschaftler im Stadtparlament zur Erfüllung ihrer Pflichten getrieben werden.

Das Wohnungswesen der Stadt Halle im Jahre 1927

Eine Denkschrift des Magistrats — Was haben wir Kommunisten dazu zu sagen?

I.

M. G. Der Magistrat der Stadt Halle gab dieser Tage eine Denkschrift über das Wohnungswesen unserer Stadt im vergangenen Jahre heraus, die für die breite Masse der hallischen Bevölkerung eine außerordentlich ernste Lektüre ist. Da man sie aber nicht jedem hallischen Steuerzahler in die Hand gibt, soll sie hier ausführlich besprochen werden. Um es vorweg zu sagen: die Denkschrift hat ein doppeltes Gesicht. In ihrem ersten Teile hagelt es darin geradezu von Beschimpfungen der unbemittelten Mieterschaft, während in ihrem weiteren Verlaufe der Verfasser, erdrückt von der Fülle belastenden Materials, nicht umhin kann, auf die ungeheuren Gefahren für die proletarische Mieterschaft hinzuweisen, die der augenblickliche Stand des Wohnungswesens in Halle mit sich bringt.

Die im Anfang betriebene schimpfliche Beurteilung der beschäftigten Mieter bedeutet demnach nichts anderes als eine Verbeugung des Magistrats vor den Hausbesitzerkreisen und gleichzeitig eine Entschuldigung dafür, daß das Zahlenmaterial, und wenn es noch so sachlich aufgereiht ist, eine schreiende Anklage nicht nur gegen die Hausbesitzer, sondern auch gegen den Regierungs-Bürgerblock ergibt.

Da heißt es z. B. gleich im ersten Abschnitt, der über den **Zustand der vorhandenen Wohnungen** Auskunft gibt, daß Mängel in den Neubauwohnungen „in erster Linie auf schlechte Mieterschaft zurückzuführen" seien. Dann wird die ideale Weisheit verzapft, daß die Hauseigentümer „mit steigender Miete wieder ein erfreuliches Interesse am Eigentum an den Tag legen", was geradezu eine Aufforderung zur Heraufsetzung der Mietpreise darstellt. Mit demselben feinen psychologischen Unterscheidungssinn wird gleich darauf die verschiedenartige „Mentalität" beider Parteien gegenüber der Zwangswirtschaft ausgedeutet. Der arme bedauernswerte Hauswirt sei „verärgert und verbittert durch die Beschränkung seiner persönlichen Rechte", der Mieter aber oho, „verwöhnt durch die Fürsorge der öffentlichen Wohnungsbewirtschaftung". Jeder Mieter wird Bände davon erzählen können, wie „verwöhnt" er ist, doch das Stöhnen der beschränkten (in ihren persönlichen Rechten natürlich beschränkten) Hausbesitzer weckt den müden Wohnungsdezernenten nachts wie ein Alp.

Aber die drohende Wahrheit, in Gestalt alter verfallener, fast zusammenbrechender Häuser stellt sich solchen Redensarten gleich in den Weg. Da muß in der Denkschrift festgestellt werden, daß der stärkste Grad baulichen Verfalls und innerer Verwahrlosung im alten Wohnviertel bemerkbar wird. Und hier wieder das doppelte Gesicht: „Wenn Hausbesitzer, Eigentümer derartig alter Wohngebäude, durchgreifende Instandsetzungen vornehmen, so liegt das in der Regel daran,

daß sie selbst unbemittelt sind und daß die Instandsetzungen wegen allzu hoher Kosten im Vergleich zum Wert des Hauses als unwirtschaftlich angesprochen werden müssen.

Der arme Hauswirt ist also an diesen Verwahrlosungen ganz unschuldig. Nun aber auf den Mieter losgehauen!

„Andererseits ist in diesen Wohnungen durchgängig wenig pflegliche Behandlung zu finden. Das ist kein Zufall, erklärt sich vielmehr daraus, daß die alten Wohnungen niedrige Mieten aufweisen und daher bedauerlicherweise die Zuflucht minderbemittelter, meist kinderreicher Familien sind."

„Der Sinn für Wohnungspflege ist bei solchen Familien selten ausgeprägt."

Und mit dieser Behauptung hat das Wohnungsamt der Stadt Halle wohl seinen reaktionärsten Satz geprägt. Die ärmsten der Armen, die gezwungen sind, in solchen „Brutstätten des Ungeziefers zu hausen, die in der Denkschrift selbst als abbruchreif bezeichnet werden, müssen dafür auch noch den Schimpf einstecken, weil sie aus diesen windschiefen Löchern kein trautes Heim mit herzerfreuendem Anblick machen können oder wollen. Die Denkschrift selbst rechnet damit, daß

etwa 600 Wohnungen im Innern der Altstadt, in Glaucha, Giebichenstein und Trotha, einschließlich gesundheitsschädlicher Kellerwohnungen, den Mindestforderungen der Wohnungshygiene nicht entsprechen.

Das sind nur die allerdringendsten Fälle, und wir können die Angst wohl verstehen, mit der die „staatspolitische Seite des Problems" vom Magistrat betrachtet wird, die ihm da aus diesen Elendsquartieren erwächst. Dieses Problem, das nichts anderes als ein Teil des Klassenkampfes ist, hat die herrschende Klasse selbst heraufbeschworen, und die sie rief, die Geister, wird sie nun nicht los.

(Fortsetzung folgt)

Baracken statt Errichtung von Schulhäusern

Tagung des Bauausschusses

In der gestrigen Sitzung des Bauausschusses handelte es sich einmal um Schaffung von Grünanlagen an der Huttenstraße, die in 60 Meter Breite und 180 Meter Länge angelegt werden sollen. Ferner sollen Sitzplätze und eine Unterkunftshalle, welche nachts verschließbar ist, beschafft werden. Der Preis dieser Grünanlage inkl. Anpflanzungen und Ausschachtungen beträgt 60 000 Mark. Der Magistrat beschließt, als erste Rate 30 000 Mark einzusetzen. Der Vorlage wird zugestimmt.

Dann wird der Neubau eines Verwaltungsgebäudes beschlossen. Dieses Projekt steht schon seit Juli vorigen Jahres zur Ausführung, aber erst jetzt wird damit begonnen, und, wie die Vorlage sagt, auch nicht in der ursprünglich vorgesehenen Form. Die Gesamtkosten betragen 2 325 000 Mark. Auch dieser Vorlage wird zugestimmt.

Die Vorlage des Magistrats, Bau von Schulbaracken, löste eine längere Debatte aus. Der Berichterstatter, SPD.-Lehrer Wilke, begrüßte es, daß **man „endlich an den Bau von Schulbaracken herangehe".** Es sollen 3 Baracken für 28 Klassen gebaut werden. Damit wäre, meint Wilke, dem Uebelstand (Mangel an Schulzimmern) abgeholfen. Von unserer Seite wurde ausgeführt, daß wir gegen den Bau von Baracken sind.

Man solle statt dessen endlich mit dem Bau einer Schule beginnen.

Der Stadtverordnete Schulze konnte es sich nicht verkneifen, sein Erstaunen über die kommunistische Forderung nach einem wirklichen Schulgebäude auszudrücken, **da man sowieso nicht wisse, wo man das Geld hernehmen solle,** denn sie wären ja die wenigsten, die zu den Kosten beitragen. Davon, daß die Werktätigen alle Steuern aufbringen, weiß dieser Ordnungsmann nichts. Auch davon, daß für höhere Schulen immer Geld da ist, scheint er keine Ahnung zu haben. Hierauf nahm der SPD.-Lehrer Wilke nochmals das Wort und erklärte, durch die Ausführungen unserer Genossen in die Enge getrieben, daß er ja auch lieber sähe, wenn man eine Schule baue, da man aber kein Geld habe, müsse man schon das kleinere Uebel annehmen. Er versuchte zur Annahme der Vorlage Stimmung zu machen. Dasselbe tat Stadtschultrat Truschel, der sich auf die Sperrung der Anleihekredite berief. Es kam dann zur Abstimmung. Die Vorlage wurde gegen die drei Stimmen der kommunistischen Ausschußmitglieder angenommen.

Königlich, recht königlich . . .

Der Amtliche Preußische Pressedienst, dieses Organ republikanischer Koalitionsminister, veröffentlicht aus einem Runderlaß des Ministers für Volkswohlfahrt die Entscheidung, daß der Erlaß oder die Ermäßigung rechtskräftig festgesetzter Polizeistrafen nicht durch die Polizeibehörden selbst ausgesprochen werden kann. Es bedürfe dazu stets eines besonderen Gnadenaktes, für den nach dem Königlichen Erlaß vom 22. Januar 1913 die Zuständigkeit der einzelnen Minister innerhalb ihres Geschäftsbereiches gegeben ist. Für den Erlaß rechtskräftig festgesetzter Baupolizeistrafen ist demgemäß der Minister für Volkswohlfahrt zuständig und nicht der Minister des Innern, an den immer wieder derartige Anträge gerichtet werden.

Drei Selbstmorde!

Auf der Halberstädter Strecke ließ sich der etwa 39 Jahre alte Invalide Sch. aus Halle von einem Zug überfahren. Der seit einiger Zeit vermißte ehemalige Ingenieur Straube von hier wurde als Leiche aus der Saale gezogen.

Am 11. Februar ist in der Dölauer Heide eine unbekannte weibliche Leiche erhängt aufgefunden worden. Beschreibung: Etwa 45 bis 50 Jahre alt, 165 Zentimeter groß, schmächtig, dunkelblondes langes Haar, längliches volles Gesicht, blaue Augen, die beiden Mittelzähne des Oberkiefers stehen vor. Bekleidung: Schwarzseidener Ripshut, dunkelblauer Mantel, dunkelgrünes Kleid mit bunten schmalen Brusteinsatz und gleichen Aermelaufschlägen, weiß und lila gestreifter Barchentunterrock, darunter einen mattroten Unterrock, weißleinenes Hemd, schwarze Wollstrümpfe, weiße breite Flanellstrumpfbänder, rosa eingefaßt, schwarze Halbschuhe mit Lackkappe, gelb-weiß gestreiften Schal. Die Tote hatte eine dunkelbraune Handtasche mit schwarzem Geldtäschchen, einem kleinen schwarzen Portemonnaie, einen Paar braunen Zwirnhandschuhen und einem weißen Taschentuch bei sich. Mitteilungen über die Persönlichkeit der Toten an die Kriminaldirektion, Zimmer 139, erbeten.

Jubilare der Arbeiterbewegung

sind der 79 Jahre alte Genosse Friedrich Opitz und seine Ehefrau Sophie geb. Müller, Merseburger Straße 65. Noch vor dem Sozialistengesetz organisiert, waren sie es, die den hallischen Arbeitern als erste Zeitungsausträger das „Volksblatt" in die Häuser brachten. Als die SPD. ihr verräterisches Gesicht enthüllte, wurden sie eifrige „Klassenkampf"-Leser. Wir wünschen dem Genossen und der Genossin Opitz, die heute übrigens ihre goldene Hochzeit begehen, daß sie noch recht lange im Geiste der revolutionären Arbeiterschaft leben und der Partei erhalten bleiben mögen.

Zertrümmerter Handwagen. Am 15. Februar gegen 17 Uhr wurde in der Merseburger Straße ein von einem Mann gezogener Handwagen von einem Personenkraftwagen angefahren und zertrümmert. Der Personenkraftwagen wurde erheblich beschädigt. Der Führer des Handwagens, welcher bei dem Zusammenprall beiseite geschleudert wurde, kam ohne Verletzungen davon.

Das Ereignis der Woche

Werbekundgebung der IAH.

Freitag, 17. Febr., abds. 8 Uhr, im gr. Volksparksaal

Mitwirkende:

Arbeiter-Sängerchor und Bewegungschor (Laban)

Ansprache:

Paul Scholz, Berlin, Mitgl. des Zentralkomitees

Eintritt 50 Pfennig, für Streikende 10 Pfennig

darf keiner versäumen!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280216-17/fragment/page=0006

Internationale Solidarität für die Streikenden

ritte Verteilung von Lebensmitteln an die hallischen streikenden Metallarbeiter durch die IAH.

Am Mittwochmittag konnte der große Saal des „Volkspark" die mpfenden Metallarbeiter, deren Frauen und Kinder nicht fassen, aren es doch an die Zweitausend, die unterstützt werden.

Genosse Paul Scholz vom Zentralkomitee der IAH. überbrachte e Grüße der ausländischen Sektionen und besonders der ssischen Gewerkschaften, die der IAH. korperativ angeschlossen sind.

Die russischen Brüder halten die Hilfsbereitschaft der Tat gegenüber ihren kämpfenden Brüdern für erforderlich und beschlossen, 20 000 Mark zu überweisen, damit die Hilfsaktion in Mitteldeutschland weiterausgebaut werden kann.

iese Mitteilung wurde mit großer Begeisterung aufgeommen.

Genosse Hirsemann schilderte im Zusammenhang mit der Beeutung des Kampfes das Verhalten des SPD.-Metallarbeiterngestellten Lebbin. Bitterfeld, der den Antrag der KPD. im rovinzial-Landtag, 500 000 Mark für die Streikenden ereitzustellen, bekämpfte, zum Gaudium der bürgerlich-reaktionären ehrheit. Der Beschluß der Unternehmer, die gesamten deutschen etallarbeiter auszusperren, würde die internationale Arbeiterhaft auf den Plan rufen zur Verteidigung der proletarischen Interssen.

Die Genossin Wiesner berichtete über die Kinderhilfe. Hundertünfzig Kinder sind untergebracht, Hunderte von Familien im Bezirk erseburg, in Sachsen und Thüringen fordern täglich Kinder an.

Genosse Sachs, Vertreter der KPD., fand mit der Verurteilung er reformistischen Streikführung den stärksten Beifall der ersammelten. Trotzdem der Tarif der Metallarbeiter in vielen rten und Bezirken (Wittenberg, Aschersleben, Bitterfeld usw.) bgelaufen ist und die dortigen Betriebe in wirtschaftlich-politischer insicht von der größten Bedeutung sind, weigert sich die Bezirkseitung des DMV., die Kollegen in den Kampf zu ziehen. Der ampf der mitteldeutschen Metallarbeiter hat durch den Beschluß der etallindustriellen internationale Bedeutung erhalten.

Am Montag, dem 21. Februar, wird die gesamte Arbeiterschaft in allen Orten des Bezirkes durch Demonstrationen ihren Kampfeswillen zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zum Ausdruck bringen.

enosse Sachs schloß mit einem Appell an die Unorganisieren, sich den Gewerkschaften anzuschließen.

Genosse Höcker, Leiter der IAH. Mitteldeutschlands, erinnerte n das Versprechen der reformistischen Streikführer, auch den Unrganisierten bei längerer Kampfdauer Unterstützung zu gewähren. ie Folge war, daß sich über 700 Kollegen zum Eintritt in den DMV. anmeldeten. Jetzt haben die reformistischen Führer beschlossen, den Unorganisierten nichts zu geben. Diesem schmählichen Verhalten stellte Genosse Höcker die Hilfe unserer russischen Brüder gegenüber. Er schlug vor, folgendes Telegramm bzuschicken:

„Die im „Volkspark" versammelten streikenden Metallarbeiter nehmen mit Freuden Kenntnis von der Hilfe, die ihnen die russischen Gewerkschaften über die Internationale Arbeiterhilfe gewähren. Die Versammelten erblicken in dieser Unterstützung ein Zeichen wahrer internationaler Solidarität. Sie werden mit Hilfe des deutschen und des internationalen Proletariats den Kampf gegen die mitteldeutschen und mit ihnen verbündeten deutschen Metallindustriellen einheitlich und geschlossen weiter führen.

Heißen Dank und brüderliche Grüße unseren Kollegen und Kolleginnen der Gewerkschaften der Sowjetunion.

Halle, „Volkspark", den 15. Februar 1928."

Ein streikender Metallarbeiter brachte folgende Entschließung ein:

„Die heute am 15. Februar im „Volkspark" versammelten zweitausend Metallarbeiter richten an die Stadtverordnetenfraktion der KPD. die Aufforderung, in der nächsten Sitzung folgende Forderungen zu stellen:

Allen streikenden Metallarbeitern sind die Beträge für Gas und Strom vom Anfang des Streikes bis zu dessen Beendigung zu erlassen.

Der Magistrat richtet sofort Küchen ein für die unentgeltliche Speisung der Streikenden und ihrer Familienangehörigen.

Allen verheirateten Metallarbeitern sind Gutscheine für den Bezug von Kohlen aus den städtischen Gruben auszuhändigen.

Soweit bei den Streikenden Kinder unter sechs Jahren vorhanden, erhalten diese pro Tag ein halbes Liter Milch."

Beide Entschließungen fanden einstimmige Annahme. An demselben Tage wurde in Ammendorf bei Halle die Verteilung von Lebensmitteln an die dort wohnenden Metallarbeiter durchgeführt.

Wer ist bereit?

Zur Aufbewahrung und Aushändigung der gesammelten Lebensmittel und Kartoffeln gebraucht die IAH. dringend einen Lagerraum, möglichst im Zentrum der Stadt. Welcher Freund der streikenden Metallarbeiter ist bereit, einen solchen während der Dauer des Streiks unentgeltlich zur Verfügung zu stellen? Mitteilungen bitten wir nach dem Bureau, Große Steinstr. 16, (Telephon 29 150) zu geben.

Einstimmig angenommen

wurde in der gestrigen Mitgliederversammlung des Arbeiter-Radio-Bundes, Ortsgruppe Halle, ein Antrag, **der IAH. zur Unterstützung der streikenden Metallarbeiter den Betrag von 15 Mark zu überweisen.** Dieser Beschluß ist um so beachtenswerter, als die hiesige Ortsgruppe des Arbeiter-Radio-Bundes zurzeit finanziell wenig stark ist und aus diesem Grunde schon zwei weitere Anträge auf Unterstützung anderer Organisationen vorläufig zurückgestellt werden mußten.

Der Vorsitzende des Bundes, Funkgenosse Stemmler, bewilligte aus eigenen Mitteln weitere 10 Mark, so das der Betrag von 25 Mark an die IAH. abgeführt werden kann.

Die Zahl der deutschen Rundfunkhörer beträgt bereits über zwei Millionen. Hiervon sind nach sicheren Schätzungen etwa 75 Prozent Teilnehmer aus der arbeitenden Bevölkerung. Leider muß man feststellen, daß im ARB. nur ein kleiner Teil der proletarischen Funkhörer organisiert. Nur diesem Umstand hat es die Reaktion zu verdanken, daß sie sich im Rundfunkwesen ungehindert so breit machen kann. Jeder arbeitende Rundfunkteilnehmer sollte daher dem ARB. beitreten, um so mitzuhelfen, die Sender zum Sprachrohr aller Werktätigen zu machen. Beitritte können im Heim des ARB., Delitzscher Str. 6b, vorgenommen werden.

Hauszinssteuerhypotheken für Neubauwohnungen

Der Magistrat gibt bekannt:

Nach Erlaß der neuen staatlichen „Richtlinien über die Verwendung des für die Neubautätigkeit bestimmten Anteils am Hauszinssteueraufkommen" hat nunmehr der Magistrat Halle die gemeindlichen **Richtlinien für die Gewährung von Hauszinssteuerhypotheken für das Baujahr 1928** aufgestellt. Als wesentliche Aenderung ist hervorzuheben, daß die Frist für die Unkündbarkeit der Sonderzusatzhypotheken für minderbemittelte Schwerkriegsbeschädigte und für minderbemittelte kinderreiche Familien von fünf auf zehn Jahre erhöht worden ist. Die Befreiung von sämtlichen Verpflichtungen aus dem Hauszinssteuerhypothekenvertrage ist jetzt durch Rückzahlung des Kapitals nebst Zahlung von drei Prozent Zinsen (bisher sechs Prozent) vom Tage der Auszahlung der Hypothek möglich, innerhalb der ersten 20 Jahre jedoch nur mit Genehmigung des Hypothekengebers. — Sonstiger Uebung gemäß ist weiterhin bestimmt, daß die innerhalb von vier Wochen nach Fertigstellung noch nicht bezogenen Wohnungen vom Wohnungsamt zu besetzen sind.

Neugegründete Bauunternehmungen können in der Regel nur berücksichtigt werden, wenn die älteren Bauvereine usw. nicht leistungsfähig genug sind oder das Wohnbedürfnis der Bevölkerung nicht befriedigen können oder wollen. Bauvereinigungen usw., die ohne ein zwingendes sachliches Bedürfnis, vielmehr hauptsächlich aus persönlichen, geschäftlichen oder sonstigen Belangen gegründet sind, können Hauszinssteuerhypotheken nicht erhalten. Baugenossenschaften müssen einem gesetzlich anerkannten Revisionsverbande angehören.

Um im Sinne mehrfacher Hinweise des Ministeriums für Volkswohlfahrt gesunde Bodenpreise zu sichern und damit zugleich auch erträgliche Neubaumieten zu gewährleisten, dürfen Hauszinssteuerhypotheken nur bewilligt werden, wenn die Grundstückspreise angemessen sind. Ueber die Angemessenheit entscheidet das Stadtvermessungsamt endgültig. Diejenigen Baulustigen, die Bauland zur Errichtung von Wohnungen mit Hauszinssteuerhypotheken erstehen wollen, seien auf diese Bestimmungen ganz besonders hingewiesen, damit sie später nicht auf dem zu teuer erworbenen Bauland sitzen bleiben.

Bei der Vermietung von Neubauwohnungen, die mit Hauszinssteuerhypotheken gefördert worden sind, suchen sich hier und dort Vermittler einzuschalten. Um den Wohnungsinteressenten, die an sich schon für die Neubauwohnungen höhere Preise anlegen müssen als für Altwohnungen, unnötige Kosten zu ersparen, werden die Bauherren vertraglich verpflichtet, die Vermietung der Wohnungen an die zukünftigen Mieter selbst vorzunehmen. **Einem Vermittler darf die Vermietung nicht übertragen werden.**

Bei der ganz außergewöhnlich starken Nachfrage nach Hauszinssteuerhypotheken muß von vornherein mit einer scharfen Sichtung gerechnet werden.

Hallische Tageschronik

Straßenumbenennung. Die zwischen Huttenstraße und Passendorfer Weg gelegene Straße „Schwarzer Weg" (frühere Straße S. 56), wird in „Planenaer Weg" umbenannt. Ferner wird auf Vorschlag des Magistrats die im südlichen Bebauungsplan vorgesehene Straße S. 28 zwischen Beesener Straße und Amselweg „Schwalbenweg" benannt.

Die brennende Zigarette. Am 15. Februar gegen 7.30 Uhr wurde die Feuerwehr nach einem Hotel in der Talamtstraße gerufen, wo **durch Wegwerfen eines brennenden Zigarettenrestes ein Zimmerbrand entstanden war. Nach zehn Minuten** Tätigkeit der Feuerwehr war die Gefahr beseitigt. **Personen kamen nicht zu Schaden.**

Alle Mitglieder des DMV. müssen unbedingt in der heute abend 8 Uhr stattfindenden **äußerst wichtigen Mitgliederversammlung im** „Volkspark", großer Saal, erscheinen. **Die Ortsverwaltung.**

Osten: Alle Parteigenossen und RFB.-Kameraden treffen sich am Sonntag früh um ½10 Uhr in den bekannten Parteilokalen.

Arbeiter-Sängerchor. Hiermit werden alle Sangesbrüder nochmals aufgefordert, Freitag abend 8 Uhr zu der IAH.-Veranstaltung restlos zu erscheinen.

Theater, Konzerte und Vorträge

Stadttheater. Aus dem Bureau wird uns geschrieben: Am Dienstag, 21. Februar, geht die Oper „Der Vampyr" von Heinrich Marschner in der Neubearbeitung von Hans Pfitzner zum ersten Male in Szene (musikalische Leitung: Hanns Roessert; Spielleitung: Heinrich Kreutz). **Es wird noch besonders darauf** hingewiesen, daß die „Oberon"-Aufführung am Sonntagnachmittag als geschlossene Vorstellung stattfindet.

Im Thalia-Theater findet am Sonntag die Erstaufführung des Schwanks „Hurra — ein Junge!" statt. Spielleitung: Elsa Rochel-Müller.

Die Hallesche Musikantengilde veranstaltet zum Besten der Jugendherberge am Sonntag, dem 19. Februar, vormittags 11 Uhr, im Thaliasaal eine musikalische Morgenfeier und bringt darin alte Madrigale und Volkslieder im vielstimmigem Chore zu Gehör.

Walhallatheater. Heute abend 20 Uhr findet die Premiere des Varieté-Programms mit Gastspiel Ballett Gerard und weiteren neun internationalen Attraktionen statt. Gewöhnliche Preise von 60 Pf. bis 4 Mk.

Rakete. Die Direktion hat ab heute die 3 Schwestern Pretzsch zu einem kurzen Gastspiel verpflichtet. Die Schwestern Pretzsch sind die Töchter des Musikprofessor Pretzsch in Dresden und pflegen das deutsche Volkslied.

Rundfunk-Programm

Freitag, den 17. Februar

10.05 Uhr: Wetterdienst, Schneeberichte und Verkehrsfunk. 10.20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10.25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und -Voraussage (Deutsch und Esperanto), Schneeberichte und Wasserstandsmeldungen. 12 Uhr: Mittagsmusik auf einer Sprech- und Schallplattenmaschine der Vox-A.-G., Berlin. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 13.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 15 bis 15.30 Uhr: Proben aus den Neuerscheinungen auf dem Musikalienmarkt. 15.45 bis 16 Uhr: Bücherbesprechung der Sächsischen Landesbibliothek Dresden. 16.30 bis 18 Uhr: Konzert. (Von 17 bis 18 Uhr: Uebertragung auf den Deutschlandsender.) Die Dresdener Rundfunkkapelle. 18.05 bis 18.30 Uhr: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. 18.30 bis 18.55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Englisch für Fortgeschrittene. 19 bis 19.30 Uhr: „Künstlerische und wissenschaftliche Fragen der Theatergeschichte." 19.30 bis 20 Uhr: „Allgemeine Messe, Fachmesse und Ausstellung in ihrer heutigen Bedeutung." 20 Uhr: Wettervoraussage, Schneeberichte und Zeitangabe. Tönende Operngeschichte. 6. Abend: Die Nachfolge Glucks. 20.15 Uhr: Die Vestalin. Opern in drei Akten. Musik von Gasparo Spontini. Personen: Licinius, römischer General; Cinna, Hauptmann der Legionäre; der Oberpriester; ein Zeichendeuter; Julia, Vestalin; die Oberpriesterin der Vesta. Die Handlung spielt in Rom. 22.45 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. 23 bis 24 Uhr: Unterhaltungs- und Tanzmusik.

Sonnabend, den 18. Februar

10.05 Uhr: Wetterdienst, Schneeberichte und Verkehrsfunk. 10.20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10.25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.40 Uhr: Wetterdienst und -Voraussage (Deutsch und Esperanto), Schneeberichte und Wasserstandsmeldungen. 11.50 bis 12.50 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Künstlerische Darbietungen für die Schule. „Ein musikalischer Wandertag." 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 13.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 16.30 bis 18 Uhr: Konzert des Leipziger Rundfunkorchesters. 18 bis 18.30 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. „Handarbeiter und Kopfarbeiter in ihren Beziehungen zueinander." 18.30 bis 18.45 Uhr: Funkbastelstunde. 18.45 bis 19 Uhr: Steuerrundfunk. 19 bis 19.30 Uhr: „Das Blut als Spiegel des Menschen." 19.30 bis 20 Uhr: „Die Anwendung der arbeitswissenschaftlichen Erkenntnis in der Praxis." 20 Uhr: Wettervoraussage, Schneeberichte und Zeitangabe. 20.15 bis 21.45 Uhr: Volkstümliches Konzert. 21.45 Uhr: Tanzlehrkursus: Black Bottom. 22 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. 22.15 Uhr: Lustiges Wochenende.

Sonntag, den 19. Februar

8.30 bis 9 Uhr: Orgelkonzert aus der Leipziger Universitätskirche. Hans-Bredow-Schule. 11 bis 11.30 Uhr: „Kulturarbeit und Arbeiterbildung." 11.30 bis 12 Uhr: „Die materialistischen Denkrichtungen." 12 bis 13 Uhr: Musikalische Stunde. 15 Uhr: Wichtiges aus den Wochenereignissen. 15.45 bis 16 Uhr: Sprachecke des Deutschen Sprachvereins. 16 bis 17 Uhr: Konzert. Werke von Fritz von Bose und Karl Hoyer. Hans-Bredow-Schule. 17 bis 17.30 Uhr: „Die geistliche und weltliche Musik in Deutschland." 17.30 Uhr: Uebertragung aus dem Deutschen Nationaltheater in Weimar: Ein Walzertraum. Operette in drei Akten. Musik von Oskar Straus. Personen: Joachim XIII., regierender Fürst von Flausenthurn; Prinzessin Helene, seine Tochter; Graf Lothar, Vetter des Fürsten; Leutnant Niki; Leutnant Montschi; Friederike von Insterburg, Oberkammerfrau; Wendolin, Hausminister; Sigismund, Leiblakai; Franzi Steingruber, Dirigentin einer Damenkapelle; Annerl, Geigerin; die Tschinellenfifi; Ort der Handlung: Fürstentum Flausenthurn. 20.30 Uhr: Heiterer Senff-Georgi-Abend. 22 Uhr: Sportfunk. 22.30 bis 00.30 Uhr: Tanzmusik. Uebertragung von Berlin.

Genossen, „Klassenkampf"-Leser!

Morgen, **Freitag**, und **Sonnabend**, kaufen wir **nur bei unseren Inserenten ein!** Gebt an der Kasse oder an den Geschäftsinhaber diese stille Antwort ab: (Ausschneiden)

Weil Sie im „Klassenkampf" inserieren, kaufe ich bei Ihnen	Weil Sie im „Klassenkampf" inserieren, kaufe ich bei Ihnen
Weil Sie im „Klassenkampf" inserieren, kaufe ich bei Ihnen	Weil Sie im „Klassenkampf" inserieren, kaufe ich bei Ihnen

MAGGI's Würze

hilft in der Küche sparen

Dünne Suppen und Fleischbrühe, Gemüse und Soßen erhalten sofort kräftigen Wohlgeschmack durch Zusatz einiger Tropfen Maggi's Würze

Verlangen Sie ausdrücklich MAGGIs Würze

Vorteilhaftester Bezug in großen Originalflaschen zu RM. 6,50 *380

Achtung! Achtung!
Auf Teilzahlung kauft man preiswert und gut
Herren-, Knaben- und Kinder-Bekleidung
Konfirmanden-Anzüge
Gummimäntel, Arbeitshosen, Schlosseranzüge
83 Damen-Konfektion
(Konfirmandin)
Leib- und Bettwäsche
bei kleiner Anzahlung und Raten
Paul Stengler, Weißenfels, Wielandstr. 3
Ausweis mitbringen! Ausweis mitbringen!

„Gambrinus" Reußen
Sonnabend d. 18. b. Montag d. 20. Febr.
Großes Bockbier-Fest!
Freundlich ladet ein Paul Lehmann

Max Werner
Wittenberg, Heubnerstraße Nr. 3
Empfehle den geehrten Hausfrauen meine
51 Fleisch- und Wurstwaren

Adler-Apotheke
Wittenberg
52 Markt Schloßstr. 1

Pflaumenmus
Pfund 40 Pf.
Paul Fest, Wittenberg,
Jüdenstraße 30 *71

Freitag früh
frische Wurst, Gehacktes
80 frische Bratwurst
Sülze und Würstchen
Fr. Becker, Wittenberg, Sternstr. 12

Prima fettes
— Mastfleisch —
sowie alles andere empfiehlt
Max Frommelt
*395 Zeitz
Parzellenstr. 15

Ansichtspostkarten empf. die Volksbuchhandlungen

Jedem Konfirmanden eine Uhr!
Auf Teilzahlung
zu billigen Preisen. Herren-Taschen-Uhren, Armband-Uhren f. Herren, Damen-Armband-Uhren, Wand-Uhren, Küchen-Uhren usw.
Anzahlung von 3 Mk. an
Wochenrate von 2 Mk. an
Paul Sommer, Halle a. S. Leipziger Straße 14, gegen. Café Zorn

Lumpen
sowie alle Rohprodukte kauft 149
Ph. Schwabach
Raffineriestr. 44

Leder
zu bekannt billigen Preisen 47
Sommer & Kurzhals
Albrechtstr. 46
Ecke Geiststraße

48 Freitag
Schlachtefest
v. 9 Uhr ab Wellfleisch
B. Kühlewind
Schwetschkestr. 28

Werbt für den Klassenkampf

Neueste Auflage!
Steffen, Das Gesetz
mit den neuesten Bestimmungen Preis 40 ₰
erhältlich in der
Bezirks-Zentral-Buchhandlung Halle
Lerchenfeldstraße 14
und sämtlichen Filialen im Bezirk

Ammendorf
Motorradfahrer und die es werden wollen ist Gelegenheit geboten, ihre Räder in Garage unterzustellen 389
Auskunft erteilt Hauptstraße 34

Bekanntmachungen

Die Versteigerung der Pfänder mit den Pfandnummern von 7861 bis 12 231 (Pfandscheine — Juni 1927 — in blauem Druck) wird vom 13. März 1928 von 9 Uhr vormittags an im Leihamt An der Marienkirche 4, stattfinden.

Versteigert werden Taschenuhren aller Art, sonstige Gold- und Silbergegenstände, ferner Betten, Leib- und Bettwäsche, Schuhwerk, neue und getragene Kleidungsstücke und verschiedene andere Sachen.

Erneuerungen nur bis zum 10. März 1928.

Die erzielten Ueberschüsse können in der Zeit vom 1. April 1928 bis 31. März 1929 abgehoben werden. 185

Halle, den 15. Februar 1928. Das Leihamt der Stadt Halle.

Am Schwarzen Brett: Berufung eines anderen Vertrauens-Ersatzmannes für die Angestelltenversicherung. *390

Magistrat Delitzsch.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280216-17/fragment/page=0007

Gewerkschaftliches

Im Zeichen des Kampfes organisiert Euch!

Auch hier in Merzdorf-Seifertsmühl gibt es eine Anzahl Metallarbeiter, welche sich im Kampf um Achtstundentag und Lohnerhöhung befinden. Es sind dies Arbeiter des Mitteldeutschen Stahlwerkes in Gröditz b. Riesa in Sachsen, des bekannten sächsischen Hüttenbetriebes. Sechs Wochen lang schon trotzen sie dem Unternehmertum, und jeder ist gewillt, diesen Kampf, der zugleich einen Kampf für die übrigen Industriegruppen bedeutet, bis zum endgültigen Sieg auszuhalten. Wir müssen aber auch feststellen, daß einigen dieser Kampf schwer fällt und sie auf das Solidaritätsgefühl ihrer Mitkämpfer angewiesen sind. Warum? Erst jetzt lernen sie begreifen, was eine gewerkschaftliche Organisation zu bedeuten hat. Und man muß leider sagen, daß man von seiten der Verbandsleitung nichts unversucht läßt, Kämpfer im Stich zu lassen, welche wohl statutengemäß nichts zu beanspruchen hätten. Deshalb richten wir an all die noch abseits stehenden Arbeiter der anderen Gruppen den Appell, sich in den freien Gewerkschaften zu organisieren, denn dasselbe Schicksal, das heute die Metallarbeiter haben, könnt Ihr schon morgen teilen. Wir stehen in dem Jahr, wo es gilt, zu siegen und nicht wieder zu unterliegen. Den Unternehmerkönigen muß die Lust für immer vergehen, noch einmal der Arbeiterschaft einen solchen Kampf aufzuzwingen.

Bauarbeiter Eilenburgs für Verbreiterung der Kampffront

Gegen das provozierende Vorgehen der Rößler und Konsorten

Die letzte in der „Stadt Leipzig" tagende Mitgliederversammlung des Deutschen Baugewerksbundes Eilenburg beschäftigte sich unter anderem auch mit dem Kampf der Metallarbeiter. Ein Kollege schilderte in treffenden Ausführungen die Geschichte des Metallarbeiterkampfes und geißelte das Verhalten der Rößler, Kaulfers, Schaumburg und Konsorten sowie die Schreibweise der sozialdemokratischen und reformistischen Presse, insbesondere des hallischen „Volksblatt". Er verwies auf die Hetze der Genannten gegen die Kommunisten und die IAH., die es ihrerseits für selbstverständlich halten, die Streikenden mit allen Mitteln zu unterstützen. Der Kollege empfahl die Annahme einer Resolution (inzwischen in der Nummer 35 des „Klassenkampf" veröffentlicht). Nun zeigte sich so recht das wahre Gesicht der Reformisten. Obwohl kein Kollege die treffenden und wie ein Hieb sitzenden Ausführungen unseres Kollegen entkräften konnte, brachte es der Angestellte Dißner fertig, sich gegen die Fassung der Resolution zu wenden.

Die Unorganisierten solle man ruhig verrecken lassen.

Ein anderer SPD.-Kollege ersuchte die Versammlung, die Resolution abzulehnen, denn die KPD. sei tot und betreibe nur „unerlaubte" Agitation. Auch der Angestellte erklärte der Versammlung nochmals: „Wenn Ihr die Resolution auch annehmt, ändert Ihr doch nichts." Nachdem unser Kollege die Versammlung ersuchte, trotz alledem der Resolution zuzustimmen und sich als Klassenkämpfer zu zeigen, ergab die Abstimmung ein beschämendes Resultat für die Reformisten. Mit 30 gegen 2 Stimmen — einer stimmte nur gegen die Fassung der Resolution — wurde dieselbe angenommen.

Weiter so, Kollegen, laßt Euch nicht ablenken von Eurer proletarischen Pflicht als Klassenkämpfer! Stellt auch in der Zukunft Euren Mann, denn es stehen uns in absehbarer Zeit wichtige Aufgaben und schwere Kämpfe bevor. **Und am 22. März wählt nur Kollegen der Opposition!**

„Sag Du zu mir"

Die erste Tat des neugewählten Bitterfelder Kartellvorsitzenden Lebbin

Die letzte von Lebbin einberufene Sitzung des Ortsausschusses des ADGB. sollte sich mit folgenden Tagesordnungspunkten befassen: 1. Geschäftsbericht, 2. Neuwahl des Vorstandes und 3. Verschiedenes. Die Sitzung war auf 7 Uhr einberufen. Da aber um diese Zeit Lebbins Schäfchen noch nicht alle zusammen waren und er auch darauf spekulierte, daß ein Teil der Delegierten um ½8 Uhr zu dem 25jährigen Stiftungsfest der Freien Turner gehen würde, eröffnete er die Sitzung mit reichlich 20 Minuten Verspätung. Kollege Kleemann stellte daraufhin den Antrag, die Sitzung zu vertagen, da es als Quertreiberei anzusehen ist, wenn von seiten des Vorsitzenden

keine Rücksicht auf Veranstaltungen anderer Arbeiterorganisationen

genommen wird. Emils Getreuen befolgten aber trotzdem dessen Rat und stimmten mit geringer Mehrheit gegen den Antrag des Kollegen Kl. Der Geschäftsbericht, der nun von Lebbin gegeben wurde, war mager wie seine gesamte Gewerkschaftsarbeit. Er entschuldigte sich damit, daß er erst fünf Monate die Geschäfte führe. (Bei den Qualifikationen Emils ist es natürlich schwer, sich in fünf Monaten einzuarbeiten. D. Ber.) Verschiedene Delegierte kritisierten den Bericht.

Bei der Neuwahl des Vorstandes ließ man alle Mienen springen,

um die Opposition vollständig auszuschalten.

Mit seinen bekannten Schiebermethoden versuchte Lebbin eine Mißstimmung zu erzeugen. Ein treues Schäfchen von ihm fühlte sich in seiner Rolle besonders wichtig und schlug eine von ihm zusammengestellte Liste zur Wahl vor. Kollege Breitschneider stellte darauf den Antrag, den Vorsitzenden, sowie den Kassierer und Schriftführer gesondert zu wählen. Die Abstimmung ergab dann: 1. Vorsitzender: Lebbin mit 24 gegen 17 Stimmen, ebenso als Kassierer: Henze (SPD.), Schriftführer: Meißner (SPD.) mit 20 gegen 19 Stimmen. Ob allerdings die Wahl endgültig ist, wird die nächste Sitzung entscheiden. Steht doch fest, daß gerade die Gewerkschaften, in denen eine oppositionelle Mehrheit besteht, noch

keine Neuwahl der Kartellbelegierten

vornehmen konnten. Es hat sich in dieser Sitzung wiederum gezeigt, daß es den Leuten um Lebbin gar nicht darum zu tun ist, praktische Arbeit im Ortsausschuß zu leisten, sondern vielmehr darum Kollegen, die als Betriebsarbeiter in Fühlungnahme mit der Arbeiterschaft im Betriebe stehen, auszuschalten aus den gewerkschaftlichen Funktionen. Der beste Beweis sind die Ortskrankenkassenwahlen. Im Punkt Verschiedenes wurde die Abhaltung eines „Bildungsabends" besprochen. Man sollte nun der Meinung sein, daß in einer gewerkschaftlichen Organisation nur die Rede sein könnte von einer Bildung, die jeden kleinbürgerlichen Kitsch abseits stellt. Bei der astronomischen Befähigung Lebbins natürlich weit gefehlt. Die Bitterfelder „patentierten Gewerkschafter" nahmen mit Befriedigung Kenntnis davon, daß in nächster Zeit ein „Bildungsabend" stattfindet, wo

die Operette „Sag Du zu mir" aufgeführt

wird. Ob dies auch zur gewerkschaftlichen Bildung gehört, wird noch geklärt werden müssen. Jedenfalls steht heute schon fest, daß das System Vogler auch unter Lebbin weiter und Gewerkschaftsarbeit auch fernerhin nur in der Hetze gegen die Opposition besteht.

Kommunistenhetze auf jeden Fall

Wie wenig es den Reformisten auf die Leistung sachlicher Gewerkschaftsarbeit ankommt, zeigt die Mitteilung eines unserer Genossen. Auf der kürzlich stattgefundenen Jahresgeneralversammlung des Bergarbeiterverbandes in Bitterfeld wurden alle Tagesordnungspunkte in sachlicher Weise erledigt. Dieser Verlauf der Versammlung schien dem aus Bochum herbeigeholten Reformisten Seegers nicht angenehm zu sein, denn er versuchte die Versammlung dadurch zu provozieren, daß er den „Klassenkampf" als giftspritzende Zeitung bezeichnete. Verwunderlich ist nur, daß er nicht gleich mit einer Resolution herausrückte und auf diese Weise versuchte, sich „unsterblich" zu machen. Es war unserem Genossen Selling ein leichtes, diesem Reformisten entgegenzutreten und ihm zu beweisen, daß nicht die kommunistische Presse, sondern die Gewerkschafts- und sozialdemokratischen Zeitungen es sind, welche sich als Giftspritzer und Dreckschleuder gegen die revolutionäre Arbeiterschaft betätigen. Wenn Seegers nach mit den Kumpels im Betrieb in Verbindung stehen würde, so würde er wissen, daß diese die Stellungnahme des „Klassenkampf" für absolut richtig und berechtigt halten. Die Kumpels begrüßen es, daß die kommunistische Presse es ist, welche die verräterischen Handlungen einer reformistischen Gewerkschaftsbureaukratie kennzeichnet und gleichzeitig den einzig möglichen Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse aufzeigt. Dem Seegers schien ob dieser Entgegnung die Spucke ausgegangen zu sein. **Jedenfalls fand er kein Wort der Erwiderung. Kennzeichnend für diese Leute.**

Wird das Baugewerbe im Jahre 1928 in einen Lohn- und Arbeitszeitkampf verwickelt?

Lohnverhandlungen oder Lohnbewegungen

Die vor Jahresfrist bei den Verhandlungen über den Reichstarifvertrag festgesetzten Lohnperioden laufen mit dem 31. März 1928 ab, die Rahmen- bzw. Reichs- und Bezirkstarifverträge laufen bis zum 31. März 1929. Im Reichstarifvertrag ist aber bei dem Abschluß gleich eine Bindung mit übernommen, welche aus dem § 13 der Ausführungsbestimmungen Ziffer 4 hervorgeht. Die Ziffer 4 lautet: „In der zweiten Hälfte des Monats Februar 1928 treten die vertragschließenden Spitzenorganisationen zusammen, um für die Zeit bis zum Ablauf des Reichstarifvertrages die Lohnperioden festzusetzen." Bekanntlich lief die letzte Lohnperiode ein Jahr mit halbjähriger Staffelung. Die Gesamtlohnerhöhung der verflossenen Periode betrug in der Spitze 11 Pfennig. Die erste Hälfte brachte 8 Pfennig und die zweite ab 29. September 3 Pf. in der Spitze. Dabei ist aber mit zu erwähnen, daß faktisch in der zweiten Hälfte gar keine Lohnerhöhungen trotz Festlegung im Frühjahr 1927 in Kraft traten, da zu gleicher Zeit in der zweiten Hälfte der Lohnperiode die Bauhilfsarbeiterlöhne um 17 Prozent gegenüber dem Facharbeiterlohn gesenkt wurden. Die Verhandlungen über die Lohnperiode stehen unmittelbar vor der Tür, die bezirklichen Verhandlungen auf Grund der festgesetzten Lohnperiode werden auf dem Fuße folgen. Die Frage taucht auf und steht zur Erörterung:

Was soll geschehen?

Zunächst muß mit aller Entschiedenheit darauf hingewiesen werden, daß die Lohnperioden nicht, wie im Vorjahre, auf ein ganzes Jahr festgelegt werden dürfen und wenn das schon der Fall sein sollte, zumindestens aber dann auch die vierteljährliche Regelung in und durch die Bezirke festgelegt werden muß. Warum diese Regelung notwendig ist, ersehen wir an der Steigerung der gesamten Lebenshaltung und Bedarfsartikel im verflossenen Jahre. Den zollpolitischen Maßnahmen, die eine Steigerung der Lebenshaltung mit sich brachten, muß eine andere lohnpolitische Maßnahme entgegengestellt werden. Die Grundlage dafür muß unter allen Umständen die

die vierteljährliche Regelung der Löhne

sein. Daß die minimale Erhöhung in der zweiten Periode 1927 bei den Facharbeitern keine Befriedigung ausgelöst hat, beweist die fast in allen Bezirken ausgelöste Debatte in den Mitgliederversammlungen. In Chemnitz kam es sogar zum offenen Bruch und Kampf. Und wenn sich diese Vorgänge nicht wiederholen sollen, dann muß die Regelung nach der lohnpolitischen Seite hin nur kurzfristig erfolgen. Dieses muß auch vom taktischen und organisatorischen Gesichtspunkte in Erwägung gezogen werden. Die Unternehmer werden natürlich versuchen, möglichst recht lange Abschlüsse zu tätigen. Sie werden bei solchen Erörterungen immer die sogenannte volkswirtschaftliche Seite in den Vordergrund stellen, die bei ihnen aber nur die reine Profitfrage ist. Auch der Arbeiter des Baugewerbes wird die volkswirtschaftliche Seite vom Standpunkt seiner Kaufkraft aus gesehen, für sich in Anspruch nehmen und die Feststellungen in seinem Haushalt werden den unumstößlichen Beweis ergeben, daß, gemessen an dem verdienten Nominallohn,

der Reallohn trotz 11 Pfennig Lohnerhöhung im Jahre 1927 gefallen

ist. Tarifverträge schließen praktisch Kampfhandlungen aus, weil die Vertragsparteien sich gegenseitig verpflichtet haben, Frieden zu halten, aber auch unter der Herrschaft von Tarifverträgen kann es zum offenen Kampf kommen, wenn erstens eine Partei den Vertrag löst und dann für die andere Handlungsfreiheit entsteht. Ungelöste lohnpolitische Fragen und Probleme können aber ebenfalls zum Bruch führen. Daß hierbei zwei Faktoren, gewerkschaftliche Kraft und Konjunktur, eine erhebliche Rolle spielen, sei nur nebenbei bemerkt. Die wichtigsten Bestandteile des Arbeitsverhältnisses überhaupt stehen also im Baugewerbe (Lohn- und Arbeitszeit) im Vordergrund des Interesses. Es wird den Bauarbeitern nicht schwer fallen, die richtige Einstellung und die taktischen Maßnahmen zu den bevorstehenden Bewegungen zu finden. Dazu gehört aber auch, daß man überprüft, inwieweit in der Vergangenheit selbst Fehler gemacht worden sind. Zu allererst muß die hier und da eingerissene Akkordarbeit wieder ausgemerzt werden. Die Gründe, warum die Akkordarbeit abgelehnt werden muß, sind hinlänglich bekannt, sie muß aber in diesem Jahre abgebaut werden, wenn wir nicht dazu beitragen wollen, die Erwerbslosigkeit vermehren zu helfen. Lohnpolitisch drückt der Akkord den Stundenlohn herab, deswegen arbeite jeder Bauarbeiter nur im Stundenlohn. Arbeiter des Baugewerbes, erkennt den Ernst der Situation, haltet die gewerkschaftlichen Grundsätze hoch, seid gerüstet zu den kommenden Bewegungen und Kämpfen um Lohn und Arbeitszeit! H. F.

Die Opposition im Einheitsverband der Eisenbahner behauptet sich

Die SP.-„Demokraten" beschneiden die Redezeit — Unlautere Wahlmanöver — Ein „würdiger" Auftakt zum Verbandstag

Die am 12. Februar im „Volkspark" stattgefundene Vertreter-Generalversammlung des EV. d. Eisenbahner wies einen starken Besuch auf, wie er noch zu keiner Vertreterversammlung. „Erklärt mir, Graf Oerindur, diesen Zwiespalt der Natur!" — Ferner geißelt Genosse H. die

Schreibweise des Verbandsorgans,

das als Auftakt zu den kommenden Wahlen bereits wieder in Kommunistenhetze macht! Als erfreulich bezeichnet er den Mitgliederzuwachs von 364 Mitgliedern, da die Gewinnung neuer Mitglieder hohe Anforderungen unter den jetzigen Verhältnissen an den Funktionärkörper stellt, während er den Kassenbestand von 549 Mk. für solch große Ortsgruppe als zu gering bezeichnet, und er fordert, unbedingt für kommende Fälle einen größeren örtlichen Kampffonds zu schaffen. Als Genosse K. eine Anfrage stellt, betreffs Wahlrechts der Ortsverwaltungsmitglieder, das im Statut nicht vorgesehen ist, entspinnt sich eine erregte Geschäftsordnungsdebatte, deren Verlauf die

immer größer werdende Nervosität der Reformisten

zeigt. Müller (Gast) hält einen konfusen Vortrag, der mit dem Geschäftsbericht nicht das mindeste zu tun hat und der ebenfalls die Opposition von der Richtigkeit der Koalitionspolitik überzeugen soll. Er erntet aber nur ungläubiges überlegenes Lächeln und kann den Reinfall Riemanns nicht verwischen.

Hierauf hält Sorgenfrei noch ein kurzes Schlußwort, das nichts Besonderes mehr bringt. Nach der Mittagspause tritt man in den zweiten Punkt der Tagesordnung: Neuwahl der Ortsverwaltung, ein. Die Reformisten schlagen die alte Ortsverwaltung wieder vor, die schon seit mehreren Jahren kein frisches Blut mehr aufweist. Ein Genosse der Opposition schlägt eine andere Liste vor, die einen Teil der alten Ortsverwaltung und einen Teil neuer Kollegen aufweist und zweifellos einen demokratischen Charakter bekundet. Die Reformisten laufen Sturm gegen dieselbe, insbesondere äußert sich Riemann in abfälliger Weise und

jongliert dauernd mit dem Statut

umher, ohne einen Paragraphen nennen zu können, gegen den die Liste angeblich verstoßen soll und spricht dabei von fadenscheinigen Gründen. In feiner, satirischer Weise tritt ihm Genosse H. entgegen und zeigt, wo in Wirklichkeit Fadenscheinigkeit besteht. Die Abstimmung ergibt für die Liste der Reformisten 46 Stimmen, **für die Opposition 27 Stimmen.** Genosse H. protestiert gegen die Gültigkeit der Wahl aus folgendem Grunde: Das Ortsstatut sieht für je 50 Mitglieder 1 Vertreter vor. Anwesend sind 78 stimmberechtigte Vertreter, was einer Mitgliederzahl von 3900 Mitgliedern entsprechen würde. Der Mitgliederbestand beträgt jedoch nur 2564, ergibt 52 Vertreter, rechnet man dazu 13 Ortsverwaltungsmitglieder, ergibt 65 Stimmberechtigte. Berechnet man nun noch, daß ein ganz Teil Vertreter aus dienstlichen und anderen Gründen nicht anwesend sein kann, so kommt noch ein ganz anderes Bild heraus. Hier liegt zumindestens (ob mit oder ohne Absicht, sei dahingestellt) ein Fehler vor, der einen

groben Verstoß gegen das Ortsstatut

darstellt. Ferner gibt er eine Erklärung ab in bezug auf Riemanns Aufforderung an seine Fraktionskollegen, im Falle der Wahl der Liste der Opposition die Mitarbeit zu verweigern und zeigt, wes Geistes Kind solche Gewerkschaftler sind, die mit Sabotage drohen, wenn sie nicht ihr Parteisüppchen kochen können. Die Opposition wird trotz aller Schikanen und Ausschlüsse und nach den heutigen Vorfällen erst recht ihre volle Kraft in den Dienst der Gewerkschaft stellen und niemals ihre Mitarbeit verweigern.

In Punkt 3: Wahl zur Bezirkskonferenz, zeigten sich die Gewerkschaftsdemokraten im richtigen Lichte, indem sie infolge ihrer windigen Mehrheit nur Reformisten dorthin delegieren. Wie danach der kommende Verbandstag aussehen wird, und ob er dann noch das Recht hat, sich als höchste Mitgliedervertretung aufzuspielen, wenn man kraft seiner Mehrheit und elender Paragraphenschusterei eine große oppositionelle Minderheit gänzlich ausschließt, darüber soll in einem demnächst erscheinenden Artikel über die „Wahlen" zum kommenden Verbandstag einmal gründlich Aufklärung geschaffen werden. Nachdem Punkt „Verschiedenes" nichts Wichtiges mehr brachte, schließt Sorgenfrei die Sitzung.

Arbeiter der Allgemein-Industrie Zeitz!

Aufgepaßt! Laßt Euch vom Unternehmertum nicht überraschen! Aus einzelnen Betrieben wird gemeldet, daß die Unternehmer in fieberhaftem Tempo ihre Waren auf Lager stapeln. Man rüstet zum Kampf. Sollten das schon Vorbereitungen zum Kampf um den Manteltarif sein? Arbeiter! Rüstet gleichfalls! Nehmt Stellung in den Betrieben und organisiert schon jetzt Eure Front. Laßt Euch nicht überrumpeln. Schüttelt die Lauheit ab!

Was macht das Gewerkschaftskartell?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280216-17/fragment/page=0008

Merseburg-Leuna-Querfurt

Was die Lützener „Parlamentarier" fertigbrachten

Die bürgerliche Mehrheit lehnt den Ausbau der Badeanstalt ab — Für die Kirchenuhr werden einige Tausend Mark bewilligt — Baracken für obdachlose Familien

Die letzte Stadtverordnetenversammlung war recht stark besucht. Die Erschienenen konnten selbst feststellen, was gespielt wurde, das heißt, sie konnten erkennen, daß die bürgerliche Mehrheit ihre Interessen nicht vertritt.

Zunächst wurde einstimmig beschlossen, daß ein Entwurf für eine zweckmäßige Entwässerung unserer Stadt unter Berücksichtigung der gegenwärtig vorhandenen Entwässerungsanlage sowie der baulichen Entwicklung der nächsten Jahre ausgearbeitet wird. Dann der zweiten Punkt, die

Aufstellung von Notwohnungen

für obdachlose Familien betreffend, entspann sich eine recht lebhafte Debatte. Nach den Angaben der Polizeiverwaltung will diese nicht in der Lage sein, zwei Familien unterbringen zu können. Der Magistrat schlug daher vor, in der Nähe der Holländer Mühle an der Merseburger Straße zwei Holzbaracken (!!) aufzustellen.

Von der kommunistischen Fraktion sprach sich der Genosse Albrecht sehr scharf gegen eine derartig schofle und vom gesundheitlichen Standpunkte aus frevelhafte Einrichtung aus. Ganz mit Recht betonte er, daß es sehr leicht möglich sei, die beiden Familien in richtigen Wohnungen unterzubringen, da doch wieder eine größere Anzahl Wohnungen im Frühjahr an der Karlstraße fertig werden. Ferner wurde von unserer Seite verlangt, daß das Wohnungsamt und der Magistrat nicht Wohnungen freigibt, die für die Mieter verlorengehen. Wiederholt liegen jetzt Anträge der Hausbesitzer vor, in denen verlangt wird, daß sie freiwerdende Wohnungen für ihren Bedarf zugesprochen erhalten. Es sind bereits verschiedene Wohnungen dadurch verlorengegangen. Und diese Maßnahmen werden sogar noch von dem sozialdemokratischen Regierungspräsidenten Grützner in Merseburg unterstützt! Dieser Mann hat es fertiggebracht, eine Beschwerde unseres Genossen Winkler abzulehnen, der die Freigabe der Wohnung des Stadtsekretärs Herrn Keil für den Tischlermeister Kabisch verlangte. Eine Sache, die jeder vernünftige Mensch billigt. So wie Grützner handelt, kann nur ein „Sozialdemokrat" handeln, für den die Wohnungsfrage gelöst ist.

Allem Anscheine nach war den bürgerlichen Vertretern die Kritik unserer Genossen recht unangenehm. Der Rechtsanwalt Baehrecke erlaubte sich nämlich eine dumme Bemerkung, indem er dem Genossen Albrecht empfahl zu schweigen, denn er stände ja als städtischer Vorarbeiter bei der Stadt in Lohn und Brot, und da passe es sich nicht, zu kritisieren. Für diese Frechheit erfuhr natürlich Herr Baehrecke von unserem Genossen Winkler eine kräftige Abfuhr, die gut gesessen hatte, denn Herr Baehrecke hatte darauf den ganzen Abend die Sprache verloren. Mit Recht wies unser Genosse darauf hin, daß es Baehrecke recht versteht als Rechtsanwalt bei der Stadt eine Menge Geld zu verdienen, während sein Kollege Hanig von der Stadt nicht einen einzigen Auftrag bekommt. Ueberhaupt dieses Kapitel, wie es die bürgerlichen Stadtverordneten verstehen, Interessenpolitik für sich zu treiben, wird von unserer Seite später einmal bei passender Gelegenheit beleuchtet werden. Mit acht bürgerlichen Stimmen wird dann gegen sieben Stimmen der Arbeitervertreter die Aufstellung von Notwohnungen beschlossen. (Vorgeschlagen wurde einfacher Fachwerkbau.) Es wird das Areal des alten Krankenhauses dazu ausfindig gemacht.

Beim nächsten Punkt wurde die Instandsetzung des Kirchturmes einstimmig beschlossen. Die Anschaffung einer neuen Turmuhr wird gegen die fünf Stimmen der Kommunisten beschlossen.

Die Baurechnung des Wasserwerkes

schließt mit einer Einnahme und Ausgabe von 329 720,13 RM. ab. Die Entlastung erfolgt einstimmig. Weiter wird eine Gebührenordnung für das Wasserwerk einstimmig beschlossen. Für jeden nach dem Wassermesser verbrauchten Kubikmeter Wasser ist eine Gebühr (Wassergeld) von 40 Pfennig zu zahlen. Bei der

Festsetzung der Gebühr für die Wassermesser

erhielt unser Bürgermeister von seinen bürgerlichen Freunden eine Niederlage, indem folgende Gebührensätze einstimmig beschlossen werden:

Bei Wassermessern mit einem stündlichen Durchlauf von 3 Kubikmetern werden 0,25 RM., bei 5 bis 7 Kubikmetern 0,50 RM. und bei 10 Kubikmetern werden monatlich 0,75 RM. Gebühren erhoben.

Die Werkdeputation hatte sich auf höhere Sätze festgelegt, diese werden abgelehnt. Wir sind nun gespannt, ob der Magistrat diesem Beschlusse zustimmen wird. Der Beschluß erregte nämlich bei dem „Ober" eine starke Mißstimmung. Auch der Bürgermeister verfiel an diesem Abend in tiefes Schweigen. Sogar wiederholte Anfragen von bürgerlicher Seite an das Stadtoberhaupt wurden mit eisigem Schweigen beantwortet. Man hatte die Herren wieder einmal aus der Ruhe gebracht. Na, diese Feindschaft wird nicht lange anhalten, die Herrschaften werden sich schon wieder vertragen, wenn es gilt gegen Arbeiterinteressen aufzutreten.

Nachdem dem Entwurf einer neuen Sparkassensatzung zugestimmt worden war, **lehnten die bürgerlichen Herrschaften die Instandsetzung der Badeanstalt ab!** Hier zeigten diese Menschen ihre wahre Gesinnung. Als im Herbst die Stadtverordnetenversammlung zu dieser Frage Stellung nahm, verlangten die Bürgerlichen zuerst einen genauen Kostenanschlag. Unser Genosse Winkler legte nun einen Kostenanschlag in der Höhe von rund 22 000 Mark vor und empfahl Annahme dieser Vorlage. Da auf einmal finden die „Schlauköpfe", daß die „Räume nicht geeignet" sind und lehnen diese Vorlage mit acht gegen sieben Stimmen ab. Die hiesige Einwohnerschaft wird dadurch noch lange darauf warten müssen, ehe eine Badeanstalt wieder geschaffen wird.

Hoffentlich sorgen die werktätigen Massen bei der nächsten Wahl dafür, daß eine Arbeitermehrheit zustande kommt, damit derartige Fragen gelöst werden im Interesse der Allgemeinheit.

Es wird dann einstimmig beschlossen, bei der hiesigen Sparkasse eine Anleihe von 200 000 RM. aufzunehmen, die mit 8 Prozent verzinst und mit 2 Prozent getilgt werden soll.

Dann verhandelten die „großen Politiker von Lützen" in einer geheimen Sitzung in einer Sache, die gar nicht so geheimnisvoll war. Daß nur nicht einmal das Mäuschen plaudert .....

Papitz. Spuren von dem Vermißten. Von Spaziergängern wurde im Walde, rechts der Maßlauer Haulinie, etwa 100 Meter tief im Walde, eine Mütze gefunden. Die spätere Absuchung der Fundstelle ergab ferner das Auffinden eines Taschentuches. Beide Gegenstände gehören dem vermißten Vollstreckungsbeamten Karl Thate aus Papitz. Thate hat diese Sachen bereits vor seinem Verschwinden beim Umherirren im Walde verloren, war dann später nochmals in seiner Wohnung. Von dem Vermißten selbst konnte bisher eine Spur nicht gefunden werden.

„Die Todesbarke"

Der russische Großfilm „Die Todesbarke" wird aufgeführt: in Mücheln am Sonnabend, dem 18. Februar, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus"; in Ammendorf am Montag, dem 20. Februar, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus"; in Nietleben am Dienstag, dem 21. Februar, abend 8 Uhr, in den Lichtspielen Emil Fuchsel.

Der Reinertrag der Veranstaltungen ist für die streikenden Metallarbeiter und deren Familien bestimmt. Werktätige, erscheint in Massen!

Aus dem Saalkreis

Die Polizei ist schon wieder neugierig

Möderau, 13. Februar.

Einen neuen Trick scheinen die reaktionären Machthaber ersonnen zu haben, um die Stärke der proletarischen Organisation zu ermitteln. In Möderau erschien bei dem Gemeindevorsteher der Oberlandjäger aus Morl und fragte nach der Stärke der einzelnen Organisationen am Orte. Der Gemeindevorsteher teilte dem Herrn mit, daß er Mitglied der SPD. sei, die Mitgliederzahl der anderen Parteien wisse er nicht, da es nicht seines Amtes sei, diese festzustellen. Der Oberlandjäger sagte, daß er melden würde, der Gemeindevorsteher verweigere die Aussage. Außerdem wisse er schon, daß in Morl 20, in Möderau 11 und in Beiderseee zwei Mitglieder der Kommunistischen Partei seien und der hiesige erste Schöffe wäre Vorsitzender.

Wir fragen nun den Herrn Oberlandjäger, von wem er die übrigens ganz falsche Auskunft hat? Wer sind in Beiderseee die zwei Kommunisten? Sind vielleicht Hermann und Schleicher als Stahlhelmer welche? Herr Gabor will anscheinend in die Fußtapfen seines Vorgängers treten, der jede falsche Angabe, welche ihm von den Reaktionären über die Kommunisten gemacht wurde, als Tatsache übermittelte. Nun, die Arbeiterschaft ist vor Gabors Vorgänger, der alle „Roten" ausrotten wollte, nicht zurückgeschreckt und wird sich auch von dem republikanischen Herrn Gabor in ihrer Tätigkeit nicht hindern lassen.

Jedenfalls soll dieser Vorgang ein Ansporn sein, bei den kommenden Wahlen zu beweisen, daß sich in unseren Orten nicht nur 30 sondern 300 Kommunisten befinden.

Unter-Maschwitz. Es wurde auf einmal anders gepfiffen. In unserem kleinen ruhigen Mockchen, in dem der Stahlhelm glaubt, eine Rolle zu spielen, mutet es eigentümlich an, wenn mal eine andere Formation auf der Bildfläche erscheint. Die Spielleute des Arbeiter-Turnvereins Oppin hatten die Ehre, einem Sportgenossen ein Geburtstagsständchen zu bringen, das auch ausgezeichnet klappte. In Gruppenkolonne ging es mit wuchtigem Spiel durchs Dorf. Verschiedenen Leuten war der disziplinierte Aufmarsch und wahrscheinlich auch die vorher gespielte Internationale in die Knochen gefahren. Ganz verdattert lief Herr Thieme an dem Zuge entlang mit den Worten: „Von wem habt Ihr die Erlaubnis zum Spielen?". Ein schallendes Gelächter war die Antwort für den neugierigen Mann und weiter gings. Die Blamage für ihn war natürlich groß. Im übrigen soll er sich gesagt sein lassen, daß ihm die ganze Geschichte nichts angeht. Es war erst 8.15 Minuten und bekanntlich ist doch da noch keine Polizeistunde. Hat Unter-Maschwitz etwa Gesetze für sich? Warum hat man überhaupt das Dorfleben so schnell ausgeschaltet? Na, uns störte es ja nicht. Aber trotzdem laßt es Euch sagen, Ihr anderen: Wenn erst die gesamten Arbeiterbataillone so auftreten wie der kleine Spielmannszug da neulich, dann ist es vorbei mit Eurer Macht. Vorher krabbelts aber wieder im Hosenboden, wie damals in den stürmischen März-Tagen.

Zscherben. Emil Barth erlebt wieder einen Reinfall. Am Mittwoch voriger Woche fand hier eine SPD.-Versammlung statt, in der Emil Barth, der ehemalige Volksbeauftragte aus Berlin, als Referent erschienen war. Sein Thema hieß: Faschismus, Bolschewismus und Sozialismus. Der Hauptteil seiner Rede beschäftigte sich mit Italien, aber was für Greueltaten der Faschismus vollbracht hat, sagte er nicht. Als er über Rußland sprach, traute er sich nicht so heraus, weil er bemerkte, daß ein kommunistischer Diskussionsredner zur Stelle war. Trotzdem erntete er nur sehr schwachen Beifall. Als sich dann unser Genosse Bowitzki zu Worte meldete, erläuterte dieser alle Fragen, auf die der Referent einzugehen vergessen hatte und sagte ihm manche schneidende Wahrheit. Auch auf den Metallarbeiterstreik ging unser Genosse ein. Starker Beifall aller Anwesenden folgte seinen Ausführungen. Emil Barth hatte im Schlußwort nicht viel zu sagen, der Beifall, den unser Genosse geerntet hatte, hatte ihn ganz außer Rand und Band gebracht. Er stellte nur fest, daß er, solange er hier in Mitteldeutschland herumreise, nur unterernährte und schlechtgekleidete Menschen sähe; aber woran das liegt, sagte er nicht. Seine Aufforderung, daß sich alle Arbeiter in der SPD. zusammenschließen sollen, hat in unserem Orte vollständig ihre Wirkung verfehlt. Bei uns kann er keine Stimmen holen.

HUMOR-ECKE

Deutschland

Eine jung verheiratete Frau mit einem Kindchen auf dem Arm möchte gern ins Kino.

Sie denken, das ist doch ganz einfach, nicht wahr?

O nein, denn bei uns in Deutschland darf ein Mädchen wohl mit 16 Jahren heiraten, aber erst mit 18 Jahren ins Kino hinein! Wo bleiben da auch die guten Sitten.

Verjüngung

Frau Müller zu ihrer Nachbarin: „Ein Blödsinn ist das, was uns die Professoren mit der Verjüngung erzählen. Ich meine das mit dem Affen."

Nachbarin: „Aber warum denn, was haben Sie denn dagegen?"

Frau Müller: „So, meinen Sie, mein Mann will sich unbedingt verjüngen. Er kommt jeden Abend mit 'nem Affen nach Hause."

Sechstagerennen

„Auch vom Sechstagerennen?"
„So was ähnliches — Rizinus!"

Schlagfertig

In der Straßenbahn sitzt eine sehr junge, einfache Arbeiterin mit ihrem Baby, das sie etwas unbeholfen im Arm hält, weil sie mit ihrer Marktitasche bepackt ist. Ihre Nachbarin, Bürgersfrau älteren Datums, wirft dauernd mißbilligende Blicke auf sie und läßt ihren Redefluß mit Ratschlägen aus der Erziehungspraxis an ihr aus. „Ueberhaupt", krönt sie dann ihre Mißmutsäußerungen, „eine Frau sollte nicht eher ein Kind haben, ehe sie's zu halten verlieht!"

„Jawoll, und 'n Mund auch nicht!" lautet die schlagfertige Entgegnung.

„Diät leben"

Beim Kassenarzt: „Na, guter Mann, Sie haben's mit dem Magen. Sie müssen beim Essen sehr vorsichtig sein."

„Das trifft sich ja sehr gut. Seit gestern bin ich arbeitslos."

Rund um die Bibel

Zum Pater in Kongo kommt einer der gut bekehrten Neger und sagt: „Mein Vater, jetzt bin ich drei Jahre Christ und ein guter Christ, aber ich möchte einmal Ferien haben!"

*

„Wieviel Dinge gehören zur Taufe", examinierte ein Pfarrer. „Drei." „Falsch. Lernt den Katechismus besser. Zwei Dinge gehören zur Taufe: Wasser und das Wort Gottes." „So?" Na, dann taufen Sie mal, wenn kein Kind da ist!"

*

Kapuziner, in der Missionspredigt für Frauen und Mädchen: „Weiberleit', die Ehe, dös is a heiliges Sakrament, aber dö Mannesleit', dös san dö Sakramentler!"

*

Der Lehrer erzählt aus dem Leben Johannes des Täufers, wie er lange Zeit ein hartes Leben in der Wüste führte, um sich so auf sein Amt als „Vorläufer Christi" vorzubereiten. Zum Schluß stellt er die Frage: Was war also der hl. Johannes? — Antwort: „Ein Wüstling."

Berüchtigte Zeitgenossen

Woldemaras, Litauens Diktator und Henker von Kommunisten.

Der wertvolle Mensch

„Wat sagste, Teutfried, ich wär kein wertvoller Mensch? Hast Du ne Ahnung, uff mir sind 5000 Mark Belohnung gesetzt!"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280216-17/fragment/page=0009

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Naumburg steht Kopf!

Wie eine Bombe schlugen die „Klassenkampf"-Enthüllungen ein — Allgemeine Nervosität bei Justiz- und Verwaltungsbehörden — Unsere Zeitung der gesuchteste Artikel

Schon frühmorgens hatten die Genossen zu tun, um alle Vorbestellungen für den „Klassenkampf" zu erledigen. Ein Beispiel wäre zu erwähnen, vor dem Aushängekasten unserer Zeitung. Vier Herren stehen da. Einer spricht: „Das ist doch unmöglich —". Der zweite meinte: „Wenn es nicht möglich und glaubhaft wäre, so müßte doch schon längst gegen den Aushang eingeschritten worden sein". Der dritte sagte: „Der Wirt im „Leichten Wagner" weiß doch nichts davon!" Und der vierte äußerte: „Der betreffende Abel hat doch sicher die Uebernachtung abgelehnt." So fallen die Aeußerungen.

Ein paar Proleten meinen: „Der Heringshändler aus der Neustraße ist ja auch dabei. Der Mensch muß boykottiert werden, denn seine Wäsche" ist ja auch äußerst schmutzig, nur der Stahlhelm auf seiner Heldenbrust glänzt. Ueberhaupt, ein zweites Nest wie Naumburg gibt es nicht mehr".

Weiter folgte eine Unterhaltung mit einem Rathausbeamten: „Im Rathaus ist dicke Luft", meinte er, „man hat die Herren in der Vorbereitung zur 900-Jahr-Feier gestört".

Einige Reichsbanner-Kameraden diskutieren auf dem Marktplatz. Sie sind sich einig darüber, daß von seiten der Regierung nicht getan wurde, um den schwarzweißroten Gesellen das Handwerk zu legen. Sie äußern: „Die Arbeiterschaft muß sich endlich einigen, um solche Vorkommnisse in Zukunft zu verhindern". Und einer erklärt: „Naumburg ist von jeher der Hort gewesen, von dem die Fäden ausliefen, um Putsche zu inszenieren. Der „Volksbote" wird doch so vernünftig sein, um den Republikanern zu zeigen, daß es sich notwendig macht, auf der Hut zu sein."

„Ja, lieber Freund, da bist Du schief gewickelt", antwortet ihm ein Leuna-Arbeiter, „wenn Du Hoffnungen auf das „Böchen" setzt. Die linken Sozialdemokraten tun nur radikal, sie wissen aber, daß gerade ihre Volkspartei daran schuld ist, daß sich die Reaktion so breit machen konnte. Ein wirklicher Schutzwall gegen die Reaktion ist nur in den revolutionären Organisationen, in der Kommunistischen Partei und im Roten Frontkämpfer-Bund gegeben."

Wieder kommen andere Personen und diskutieren.

Zawohl, Ihr reaktionären Naumburger Bürger, das war etwas ins Stammbuch. Die Arbeiterschaft verlangt, daß die Staatsanwaltschaft zu den stattgefundenen Vorkommnissen Stellung nimmt! Sie verspricht sich allerdings nicht viel davon. Seid gewiß, wir Proletarier erkennen die Gefahr, die uns von Euch droht und wir wissen ihr zu begegnen.

Wie Sozialdemokraten kämpfen

In Muschwitz üben politische Banditen das Faustrecht aus

Am vergangenen Sonntag ereignete sich hier ein Vorfall, an dem man erkennen konnte, wie schlecht es hier mit der SPD. steht. Die Leute der Noske-Partei müssen sogar die Mittel des Faustrechtes in Anwendung bringen, aus Mangel an politischen Argumenten. „Kommunistische Rowdys" und ähnliche schöne Bezeichnungen liest man aber desto mehr in der SPD.-Presse. Arbeitskollegen, nun entscheidet selbst, wie man das nennen soll, was Funktionäre der SPD. in Muschwitz am letzten Sonntag geleistet haben.

Schon lange kursierten hier Gerüchte, daß die „KPD." bei Gelegenheit mal tüchtige Prügel erhalten sollte. Besonders der Genosse Taubert sollte die „körperlichen Kräfte der Sozialdemokratie" zu spüren bekommen, weil man politisch gegen ihn zu schwach ist und weil die KPD. am Orte immer vorwärts schreitet. Ueber den Rückgang ihrer Partei sind die Sozialdemokraten so verärgert, daß sie ihre Wut nicht mehr zügeln konnten. Mehrere Male schon wollten sie „dreschen", aber sie waren nie „in der Mehrheit"!

Was spielte sich nun ab?

Einige Genossen kamen mit verschiedenen Genossen der SPD. in Diskussion, bei der Keil junior und Knoth den größten Kohl verzapften, der für einen politisch und klar denkenden Menschen überhaupt undiskutabel ist. Bei der Auseinandersetzung redete der „Volksbote"-Träger R. unserem Genossen Taubert allerlei Sachen nach, die er im Leben nicht verantworten kann. Es gab Hin- und Widerrede. Schließlich glätteten sich die Wogen der Erregung wieder. Plötzlich trat der Kassierer der SPD., Keil, herein, nur mit Hemd und Hose bekleidet. „Endlich paßt's, daß wir mit Dir abrechnen können", schrie er. Dabei stürzte er sich mit seinen beiden Söhnen und mehreren anderen Personen mit unbeschreiblicher Brutalität auf den Genossen Büttner. Sie bearbeiteten ihn so, daß er blutete! Alles war über diese Gemeinheiten empört. Nur mit Mühe konnten weitere Ausschreitungen verhindert werden. Ehrliche SPD.-Arbeiter, tritt Euch nicht die Scham über solche Methoden ins Gesicht? Macht Schluß mit dieser Partei! Genossen von der KPD., laßt Euch nicht provozieren! Straft diese Menschen mit Verachtung! Immer weiter politisch gearbeitet gegen solche Elemente, dann sind sie bald ganz erledigt.

Gasexplosion in Naumburg

Kurz nach ½14 Uhr wurde gestern die Stadt von einem kanonendonnerähnlichen Getöse erschreckt. Es stellte sich heraus, daß im Hause der Installationsfirma Schreier, Michaelisstraße, eine verheerende Explosion stattgefunden hatte. Das Haus bot einen furchtbaren Anblick dar. Das Dach war durch die Gewalt der Explosion völlig abgedeckt, die Sparren und Ziegel bedeckten die geräumige Straße. Gleichzeitig waren schwere Balken mit weggeschleudert worden. Der Fußboden des Dachgeschosses war durchgebrochen und hing mit Hausgeräten und dergleichen beschwert, tief in das erste Stockwerk bei nur einstöckigen Hauses herab. Die ganze nach dem Hofe gerichtete Wand des weiten Gebäudes hing stark seitlich und war geborsten. Das Haus wurde wegen drohender Einsturzgefahr sofort polizeilich abgesperrt. Als Ursache ist so gut wie sicher anzunehmen, daß das Unglück bei Inbetriebsetzung eines Gasbadeofens erfolgte. Das Hausgrundstück ist durch die Explosion völlig vernichtet und lediglich nur noch als Baustelle zu verwerten. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt. Zum Glück gab es nur drei Leichtverletzte; einer Frau wurden die Haare etwas angesengt und andere erlitten kleine Verletzungen und Ohnmachtsanfälle.

Rüstet zur Märzfahrt

zur Totenehrung und zum Kampfaufmarsch der roten Klassenfront. In diesem Jahre geht es nicht nach den Leuna-Grabhügeln. Es geht nach dem Mansfelder Land, dorthin, wo die Hörsing-Garden im Kalkofen revolutionäre Arbeiter mordeten. Arbeiter, Genossen, Kameraden, bereitet die Fahrt, die eine gewaltige Demonstration gegen Trustkapital, Kriegsgefahr und Bürgerblock werden muß, gut vor. Nehmt dazu Stellung in allen auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Organisationen. Am 18. März keine Sonderveranstaltungen, denn die Parole lautet: Alles auf

nach Schraplau!

Ein junger Kämpfer ging dahin —

Naundorf, 14. Februar.

Am vergangenen Sonntag fand das Begräbnis des verstorbenen Kameraden Latuczek von der Ortsgruppe des RFB. Naundorf statt. Die Beteiligung unserer Kameraden konnte man als zufriedenstellend bezeichnen. Weil der verstorbene Kamerad gleichzeitig der Dorfjugend angehörte, hatte die Jugend eine Blaskapelle aus Hohenmölsen verpflichtet. Die Beteiligung seitens derselben war gut. Als Grabredner war der Kamerad Gutjahr (Zeitz) erschienen, der in packender Weise den Lebenslauf des Verstorbenen schilderte. Alfred Latuczek ist geboren 1911 in Naundorf. Gerade in der Zeit, als hier der gewaltigste Bergarbeiterstreik Mitteldeutschlands tobte. Dadurch hat der Verstorbene schon in seiner Kindheit das Los einer armen Bergmannsfamilie gekostet. Nach vollendetem ersten Lebensjahre! war Latuczek schon für die kommunistische Presse tätig, bis er heranreifte und mit in die Rote Jungfront eintrat, in der er stets den übrigen Kameraden ein Vorbild war. Kamerad Gutjahr erklärte: „Hier hilft kein Klagen, kein Bitten; nur mutig gestritten, bis wir alle unser Ziel erreicht haben."

Mit einem dreifachen „Rote-Front", das die Untergauführung als Abschiedsgruß für den gesamten Untergau ausbrachte, verließen die Kameraden die Grabstätte. Mit den Klängen der „Internationale" zogen sie zurück nach Naundorf.

Arbeiter von Deuben und Naundorf! So ehrt das Proletariat seine Toten. Wieder ein Beweis, daß es auch ohne Kirche geht. Darum heraus aus der Kirche, tretet ein in die Freidenkerorganisation!

Weißenfels. Versuchter Freitod. Aus irgendwelchen Gründen beschloß ein hiesiges 25jähriges Dienstmädchen das Leben zu beenden. Es stürzte sich Dinestag früh aus einem Fenster des zweiten Stocks in den Hof. Dort blieb sie schwer verletzt liegen und wurde ins Krankenhaus gebracht.

Weißenfels. Heraus zum Werbeabend! Morgen Abend geht jeder klassenbewußte Arbeiter abends 8 Uhr ins „Schouteater" zum großen Werbeabend. Mitwirkende sind der Spielmannszug und die Kapelle sowie der Sprechchor des RFB. Weißenfels und die Proletarische Tribüne. Als Redner erscheint Genossen Führer Kamerad Müller, Halle. Eintritt 50 Pf., Erwerbslose und Streikende gegen Ausweis 25 Pf.

Meuselwitz. Durchgehendes Pferd. Hier scheute sich das Pferd des Fleischermeisters Dietzmann aus dem benachbarten Nißma vor einem Kraftwagen und ging durch. Hierbei wurden die beiden Insassen des Wagens auf die Straße herabgeschleudert und erlitten erhebliche Verletzungen.

Zeitz. „Hoher" Besuch! Am Dienstag wurde vor dem Rathaus eine lange Autoreihe bemerkt. Einige neugierige Frager hörten von den Chauffeuren, daß „die Regierung" anwesend sei, um „die Verstaatlichung der Polizei" zu regeln. Die Polizeibeamten sollen den ganzen Tag die Knöpfe geputzt haben, um in Ehren zu bestehen. Wohlgemacht! Die preußische Regierung, Dreigestirn SPD., Zentrum, Demokraten, sorgt für die notwendigen Polizeikräfte gegen die die im „Henkelopf" ihr Essen holen und die hinter roten Fahnen marschieren. Wie verlautet, sollen anstelle der jetzigen Polizeikräfte in Stärke von 48 Mann ab 1. April zirka 140 gut gedrillte, im Waffenhandwerk geübte „Schutzmänner" nach Zeitz verlegt werden. SPD.-Genosse Grezinski will es so haben! — SPD.-Arbeiter und Du?

Crossen. Eine Stilblüte. Wir sehen uns abermals gezwungen, einen Stahlhelmer unter die bekannte Arbeiterlupe zu nehmen. Es ist diesmal der allen Crossener Arbeitern bestens bekannte feine Willi Wittiska. Jetzt hat dieser Mann seinen bisherigen Schildbürgerstücken die Krone aufgesetzt. Gezwungen durch Geldgier und die Sucht, selbst von sich etwas zu hören, sah sich der Mann veranlaßt, sich an einem kalten Februarabend mit seinem halbverhungerten Köter aufzumachen, um den Posträuber Hans Hein zu suchen! Damit die Sache etwas Abwechselung hatte, hielt er jeden Fremden an, der an diesem Tage unseren Ort passierte. Er stellte sich vor ihn hin und sprach: „Ich bin berechtigt, Sie anzuhalten. Zeigen Sie Ihre Ausweispapiere." Leider leisteten die meisten seiner Aufforderung Folge! Wäre Willi an die richtige Adresse gekommen, so hätte er gewiß eine Arbeiterfaust gespürt, die ihn bewogen hätte, das weitere Suchen nach Hein aufzugeben. Aber was nicht ist, kann noch werden. Seitdem Hein im Gefängnis sitzt, versieht Willi seinen Posten als Aufsichtsbeamter weiter. Er geht jeden Tag nach dem Rautenanger, der gegenüber von der Verladerampe liegt, und beobachtet von dort aus die Arbeiter seiner früheren Holzfirma, um sie gegebenenfalls bei ihrem Chef zu denunzieren! Kerschen, ein Sprichwort gibt es: „Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant." Hoffentlich ändert Du Dich, sonst folgt mehr.

Von der Arbeiter-Turn- u. Sportvereinigung 1893, Weißenfels

Jahres-Hauptversammlung

Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls der letzten Vierteljahrs-Versammlung wurde mit der Erledigung folgender Tagesordnung begonnen: 1. Berichte, 2. Eingänge, 3. Anträge, 4. Neuwahlen, 5. Verschiedenes. Den Reigen der Berichte eröffnete der 1. Vorsitzende, Sportgenosse Darstein, indem er einen kurzen Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes und über die Entwicklung der Vereinigung im letzten Jahre gab. Anschließend gab Sportgenosse Meyer den Kassenbericht: Im letzten Vierteljahr Einnahme: 1450 Mk., Ausgabe: 1156,69 Mk., Ueberschuß: 293,31 Mk.

Bericht der Bad-Verwaltung, gegeben vom Sportgenossen Stech. Die Bilanz balanciert mit 6500 Mk. Wir können bis Ende des Geschäftsjahres den laufenden Verpflichtungen nachkommen. Der Voranschlag für das Jahr 1928 gleicht sich mit 2550 Mk. aus. Es ist eine Notwendigkeit, im Sommer den gesamten Turn- und Sportbetrieb im Bad zu konzentrieren. Im Laufe des Monats werden die Ortsgruppen zur Eintragung von Abonnements für 1928 in Umlauf gesetzt. Preise wie im letzten Jahr 5, 12 und 2 Mk. Es wird sich erübrigen, notwendig machen, die Preise für Einzelbäder von 5 auf 10, bzw. [illegible] Pfennig zu erhöhen.

Abteilung Turner: Der Besuch der Turnstunden sowohl durch Turn- [illegible] Schüler war mäßig.

Abteilung Fußball: Die Spieltätigkeit im vergangenen Jahr war äußerst rege. Die Mannschaften hatten ganz beachtenswerte Erfolge erzielt. Im vergangenen Jahr gelang es ferner wieder eine Jugendmannschaft aufzustellen, die in diesem Jahr beweisen wird, daß Eifer und guter Wille zum Sieg führen.

Abteilung Schwimmer: Der Mitgliederbestand hielt sich auf der Höhe, wie er im letzten Jahr begann. Es sind erfreuliche technische Fortschritte zu verzeichnen, besonders bei den Wasserballspielern. Die erste Wasserballmannschaft konnte in die „A"-Klasse aufrücken und in derselben auch gute Resultate herausholen.

Abteilung Kraftsport: Auch diese Abteilung konnte bedeutende technische Fortschritte melden. Ebenfalls war eine Hebung des Mitgliederstandes zu berichten.

Abteilung Radfahrer: Eine bedeutende Mitgliederzunahme konnte die Abteilung Radfahrer melden. Die Beteiligung an den Wanderfahrten war gut; die Beteiligung in den Uebungsstunden sogar sehr gut. Es ist wohl die einzige Abteilung, die einen Stab älterer, guter Funktionäre zur Verfügung hat und das muß sich im guten Sinne auswirken.

Abteilung Schach: Die Abteilung beteiligte sich an allen größeren Veranstaltungen des Bundes. Am Internationalen Schachturnier in Berlin nahmen sechs Genossen teil, die in Anbetracht der starken Besetzung des Turniers verhältnismäßig gut abschnitten. Die Kämpfe um die Kreismeisterschaft standen unter einem ungünstigen Stern, und die Abteilung landete an 4. Stelle. Auch die Einzelmeisterschaft ging an uns vorüber. Die Jugend sollte dem Schachspiel mehr Interesse entgegenbringen und erkennen, daß das Schachspiel hohe ideale und charakterstärkende Eigenschaften fördert.

Jugendbewegung: Die Jugendgruppe, die im letzten Jahr neu ins Leben gerufen wurde, ist gut vorangekommen. Das Interesse an allen Veranstaltungen und die Teilnahme an denselben nahm ständig zu.

Gerätewart: Außer kleineren Neuanschaffungen ist nichts von Bedeutung zu berichten. Der Gesamt-Wert des vorhandenen Sport-, Turn- und Spielgeräts beträgt zirka 5000 Mk.

Turnerinnen: Der Besuch der Turnstunden ließ alles zu wünschen übrig. Die Schülerinnen hatten eine bessere Beteiligung in den Turnstunden aufzuweisen.

In der anschließenden Aussprache über die Berichte bemängelte Sportgenosse Brahmann die Art der Berichterstattung. — Auf Antrage des Sportgenossen K. Horack, ob der ehemalige Sportgenosse K. Müller aus der Vereinigung ausgeschlossen sei, erklärte der Vorsitzende, daß K. Müller sich durch seinen Beitritt in einen bürgerlichen Verein selbst ausgeschlossen habe. Im Schlußwort zu den Berichten weist der Vorsitzende auf die Wichtigkeit der Abhaltung des Bezirks-Turn- und Sportfestes 1928 in Weißenfels hin und erwartet restlose Beteiligung an demselben.

Anträge sind nicht eingegangen.

Neuwahlen: Sportgenosse Horack, Kurt, wurde einstimmig zum 1. Vorsitzenden gewählt. Als 2. Vorsitzender wurde Genosse Darstein und als Kassierer bzw. Schriftführer die Sportgenossen Meyer und Stech wiedergewählt, ebenso der Gerätewart O. Lux. — Die Wahl des Jugendleiters wurde auf die nächste Vorstandssitzung verschoben. — In die Bad-Verwaltung wurden die Sportgenossen Meyer, Stech, Beuthan, Horack, Willy, und Langholz gesandt. Im Geschäftsbericht wurde die Abhaltung des Stiftungsfestes beschlossen. Schluß der Versammlung 24 Uhr. Anwesend 160 Mitglieder.

Mansfeld-Sangerhausen

Achtung, Arbeitsgebiet Hettstedt!

Alle Ortsgruppen des Arbeitsgebietes Hettstedt entsenden am Sonntag, dem 19. Februar, zur Kompol-Konferenz Vertreter. Die Konferenz findet statt mittags 2 Uhr im Lokal „Friedrich-Wilhelms-Bad", Hettstedt.

Genosse Wilhelm Koenen, M. d. R., spricht über Eingemeindungsfragen und die Einstellung der Partei auf die kommenden Gemeinde-, Landtags- und Reichstagswahlen.

Schraplau. Unser Vorbereitungs-Unterricht zur diesjährigen Jugendfeier, die bestimmt am 25. März, 13 Uhr, stattfindet, hat begonnen. Derselbe wird jeden Montag, 16 Uhr, im „Bürgergarten", Schraplau, abgehalten. Arbeitereltern von Schraplau, Stedten, Esperstedt schickt Eure Kinder zu diesem Unterricht, damit sie das lernen, was sie in ihrem späteren Lebenskampfe gebrauchen können. Meldet Eure Kinder vom Religionsunterricht ab, tretet selbst aus der Kirche aus. Denn nur der kann ein zielbewußter Kämpfer für das Proletariat werden, der sich von den Irrlehren der Religion befreit.

Teutschenthal. Spannt alle Kräfte an! Am vergangenen Sonnabend wurde bei der Auszahlung der spärlichen Erwerbslosengroschen von den Erwerbslosen der Betrag von 16,40 Mark für die streikenden Metallarbeiter gesammelt. Es wurde dabei beobachtet, daß erwerbslose Familienväter ihr Scherflein dazu beitrugen. Man mußte aber auch erleben, daß einem Teil der jüngeren Proletarier der Solidaritätsgedanke noch fremd ist. Ein junger Mann, geziert mit einer Reichsbannermütze, äußerte: „Für so was gebe ich nichts." Möchte dieser junge Mann nie in die Lage kommen, auf die Solidarität anderer angewiesen zu sein. Es wurden auch Leute beobachtet, denen es wirtschaftlich nicht am schlechtesten geht, weil sie etwas Landwirtschaft treiben und auch Schweine geschlachtet haben, die es auch nicht für notwendig hielten, nur einen Groschen zu spenden. Dies sind größtenteils Elemente, die wohl gern die erkämpften Tariflöhne einstecken, die aber keinen Pfennig für die Gewerkschaften übrig haben. Arbeiter! Der hartnäckige Kampf der mitteldeutschen Metallarbeiter muß uns anspornen, das letzte für dieselben herauszuholen. Weiter wollen wir die Lehre daraus ziehen und jeder einzelne mithelfen, die Arbeiter in den Betrieben restlos in die Gewerkschaften zu bringen versuchen.

Helfta. Werbeabend der Genossenschaft. Die hiesige Verteilungsstelle des Konsumvereins für Sangerhausen und Umgebung veranstaltet am Sonnabend, dem 18. Februar, in der „Sonne" einen Werbeabend. Alle Genossenschaftler sind auch hierdurch mit ihren Angehörigen herzlich eingeladen.

Helmstedt. Tod durch Schimmel. Nach dem Genuß verschimmelter Rüsse gestorben ist in Ingeleben der zehnjährige Sohn des Landwirts Brasche.

Sangerhausen. Viel besser als alles reden beweist das umfassende Hilfswerk für die streikenden Metallarbeiter der einzigen proletarischen Hilfsorganisation, die IAH. Die Ortsgruppe veranstaltete am Freitag, dem 17. Februar, abends 8 Uhr, im „Herrenkrug" einen großen Werbeabend. Referentin ist Frau Wiesner (Halle). Werktätige, erscheint in Massen.

Kauft bei Schmitz & Co. auf Teilzahlung!

Herren- und Jünglings-Kleidung

Kirchstraße 15 Direkt neb. Mützen-Goldscheider **Bitterfeld** Kirchstraße 15 Direkt neb. Mützen-Goldscheider

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280216-17/fragment/page=0010

Bitterfeld-Wittenberg

Lebbin lebt ...

Eine Berichtigung

In Nr. 34 der „Tribüne“, Magdeburg, vom 9. Februar ist in einem Bericht über die Freidenker-Generalversammlung in Magdeburg von dem SPD.-Funktionär Lebbin die Rede, der sich angeblich nach Veruntreuung von Arbeitergroschen erhängt haben soll.

Wir stellen hierzu fest, daß der Berichterstatter sich leider geirrt hat, und daß sich die Bemerkung auf den Gewerkschaftssekretär Vogeler beziehen sollte, der sich in Wirklichkeit nach Vornahme von Unterschlagungen das Leben nahm, worüber der „Klassenkampf“ damals eingehend berichtete. Den Irrtum der Beichterstatters gegenüber Herrn Lebbin stellen wir somit richtig.

Steuergroschen für das Bitterfelder Kriecherdenkmal

Endlich hat auch Bitterfeld ein „bezahltes“ Denkmal. Bürgerblock und SPD. im Stadtparlament sind heilfroh, die Denkmalsgeschichte so glatt erledigt zu haben. Sind sie sich doch darüber klar, daß der übergroße Teil der Bevölkerung mit einer derartigen Verwendung der Steuergroschen nicht einverstanden ist. Die Sammlung, die man für den Denkmalsbau eingeleitet hatte, brachte kaum etwas über 12 000 Mk. ein.

Die „Opferfreudigkeit“ der nationalen Kreise

hatte schnell nachgelassen. Die arbeitende Bevölkerung bewies durch ihre Nichtbeteiligung an der Sammlung, wie ihre Meinung über den Bau eines Denkmals ist.

„Die 65 000 Mk. für diesen Steinklotz konnte man ganz anders für Kriegsteilnehmer und deren Angehörigen verwenden“, ist der allgemeine Ausspruch der Bitterfelder Bevölkerung. Die „Freie Presse“ glaubte noch bis vor einigen Wochen besonderes Kapital für sich aus der Denkmalsgeschichte schlagen zu können. In großer Aufmachung brachte man mehrmals Artikel über den „Denkmals-Skandal“.

In der letzten Stadtverordnetensitzung fand nun dieser Skandal seine vorläufige Erledigung.

Seitdem sind über zwei Wochen verflossen. Die „Freie Presse“ hat aber trotzdem noch nicht den Mut gefunden, ihre Leser über die „Erledigung“ dieses Skandals aufzuklären. Es ist allerdings auch sehr fatal. Wurde doch einwandfrei festgestellt, daß dem Magistratsantrag, ein Denkmal zu errichten, am 8. Juli 1924 von der SPD. zugestimmt worden ist und daß sich nur die KPD.-Fraktion dagegen gewandt hat.

Aber es kommt noch schöner.

Aus einem Bericht einer Untersuchungskommission war zu entnehmen,

daß von seiten des Magistrats Kommissionen gebildet waren, die nun vollständig unabhängig vom Stadtverordnetenplenum einfach über enorme Summen verfügten.

Keiner der Stadtverordneten wußte, wer die Kommissionen gewählt und mit derartigen Vollmachten versehen hat. Diese Kommission, in der in erster Linie die nationalen Verbände vertreten waren, konnten ohne Gewissensbisse

52 000 Mk. städtische Steuergelder für diese nationalen Zwecke

verwerten. Erst durch die KPD.-Fraktion wurde dieser Skandal aufgedeckt. Es wurde deshalb von unseren Genossen im Stadtparlament der Antrag gestellt, diejenigen verantwortlichen Personen, die hier bewußt das Plenum übergangen haben und derartig leichtsinnig mit den Steuergroschen der Bitterfelder Bevölkerung umspringen, zur Rechenschaft zu ziehen. Ueberrascht sahen sich die Herren Stadtväter von Kleinau bis Lebbin an. Sofort wurde eine Einheitsfront zur Ablehnung dieses Antrages hergestellt. Hatte man doch erst vor kurzer Zeit einem der Hauptschuldigen an diesen Skandal allerhand Huldigungen in treuer Gemeinschaft dargebracht. Als rettender Engel in dieser heiklen Situation erschien nun plötzlich der Vertreter der Großindustrie, Hilland, mit einem Antrag beim Vorsteher.

Der Antrag besagte, daß die 52 000 Mk. für das Denkmal von der Stadt übernommen werden sollen. Sofort war wieder Leben in den noch eben verstockten Stadtvätern. Auch die SPD.-Fraktion ließ es sich nicht nehmen, für den Antrag Hilland einzutreten, damit diese Geschichte einmal aus der Welt geschaffen wird. Es wurde dann gegen die Stimmen der KPD.-Vertreter beschlossen, die 52 000 Mk. für den Steinklotz aus dem Stadtsäckel zu nehmen. Glückliches Bitterfeld!

In einem Jahr wurden der Großindustrie 120 000 Mk. geschenkt, im nächsten Jahr wird von der Stadt ein Steinklotz zum Preise von 65 000 Mk. finanziert. Alles dies auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung. Mögen doch nun alle Wohnungsuchenden auch mit den Maßnahmen unserer Stadtverwaltung zufrieden sein und dies ewige Fordern von Wohnungsbau beiseite lassen. Bitterfeld hat nun einmal kein Geld für so etwas.

Möge die Arbeiterschaft dafür sorgen, daß die Geschichte nicht aus der Welt geschaffen ist und die nächsten Wahlen die Quittung für alle Schandtaten bringen.

Was ein Arbeiterleben wert ist

Aus Zörbig wird uns folgendes geschrieben:

Infolge rücksichtsloser Profitgier überfuhr am Donnerstag der Fabrikbesitzer Adolf Schotte mit seinem Kraftwagen seinen Beifahrer Fritz Damer, einen Mann, der über 30 Jahre von dieser Firma ausgebeutet wurde und über 20 Jahre den Posten des Beifahrers hatte. Dieser Besitzer glaubte nun, indem er den Mann schwerverletzt auf einen alten Strohsack legen ließ — Kissen hätte er nicht übrig, wie er sagte — seine „Menschenpflicht“ erfüllt zu haben. Er ging in seinen Betrieb und sah nach, ob seine Arbeiter in seiner Abwesenheit auch genügend geleistet hätten. Er hielt es noch nicht einmal für notwendig, die Angehörigen des Verletzten, die nur gegenüber wohnen, zu benachrichtigen.

So lag denn der Verletzte über eine Stunde ohne jegliche Hilfe, bis der Arzt erschien. Kein Verbandszug zur Stelle. Auf wiederholtes Drängen wurde ein Waschbecken und ein Handtuch herbeigeschafft. Als dem behandelnden Arzt, dem berüchtigten Dr. Küstermann, erklärt wurde von seiten eines Arbeiters, daß es ein Skandal wäre, in einem solchen Betriebe kein Verbandszeug zur Stelle zu haben, sagte dieser, die Revolution sei daran schuld. Es würde alles gemaust.

Der Verletzte hat einen doppelten Schenkelbruch erlitten und es besteht die Gefahr, daß ihm das Bein abgenommen werden muß.

Noch ein Wort an die Belegschaft. Kollegen, Ihr kennt doch Euren Ausbeuter nun zur Genüge. Er ist Vorsitzender im Arbeitgeber-Verband, aber seine Arbeiter sind heute nicht mehr organisiert. Kollegen, faßt wieder Mut und gründet wieder eine Filiale des Textilarbeiter-Verbandes. Lest den „Klassenkampf“!

Der Gesangverein „Harmonie“, Wolfen

hielt am 11. Februar im Lokal Klinkigt ein Vergnügen mit humoristischen Konzertdarbietungen ab. Die Darbietungen bewiesen, auf welcher Grundlage der bürgerliche Verein steht. Sämtliche Aufführungen wurden mit stark versoffener Kehle (!) gegeben. Um eins herauszugreifen: „Die markierte Bannerweihe.“ (23 Uhr.) Hier stand den 14 beteiligten Männekens zur Aufführung des Stückes eine Vierteltonne Bier zur Verfügung. Da die Aufführenden mehr als zuviel dem Alkohol zusprachen, so war es für die Gäste ein Greuel, zuhören zu müssen. Der „Beifall“ galt den betrunkenen komischen Figuren. Verschiedene Spießbürger erzeugten den größten Beifallssturm, wenn die Sänger in ihrer

Der März naht!

Der März, der traditionelle Kampfmonat des Proletariats, verpflichtet jeden Genossen zur allerhöchsten Aktivität. In diesem Monat muß jeder sein Bestes hergeben. Speziell in puncto Werbearbeit für den „Klassenkampf“. Genossen, nehmt in den Ortsgruppen dazu Stellung. Bereitet die Werbearbeit systematisch vor. Stellt fest, wo Ihr am leichtesten vorstoßen könnt. Verteilt die Arbeit. Der erste Schlag soll bereits am 26. Februar geführt werden. Säumt nicht, hört die Losung:

Alle Mann an Bord!

Stimme umfielen, und das war sehr oft der Fall! Arbeiter, meidet solche Veranstaltungen! Wendet Euch besseren Veranstaltungen zu! Laßt Euch nicht mit dem betören: „Wir gehören keinem Bund an“ usw. Der Gesangverein „Harmonie“, Wolfen, gehört dem bürgerlichen Deutschen Sänger-Bund an.

Bitterfeld. Das städtische Restaurant „Bürgergarten“ in Bitterfeld soll für die Zeit vom 1. Oktober 1928 bis 30. September 1934 verpachtet werden. Schriftliche Angebote werden erbeten bis 10. März 1928 an Magistrat Bitterfeld. Bedingungen für die Verpachtung können im Rathaus, Zimmer 9, eingesehen oder gegen Einsendung von 50 Pfennig Porto und Schreibgebühr abgefordert werden.

Sandersdorf. „Namenlose Helden“. Am Freitag, dem 17. Februar, wird in Sandersdorf, im Gasthof Funke, der Film „Namenlose Helden“, der IAH., vorgeführt. Werktätige erscheint in Massen!

Sandersdorf. In den Straßengraben gefahren. Auf der Straße zwischen Sandersdorf und dem Wegekreuz an der Säurefabrik fuhr am Montag abend ein Auto auf ein vorausfahrendes, mit Brettern beladenes Fuhrwerk. Dadurch versagte die Steuerung des Autos und es fuhr in den Straßengraben. Es mußte später abgeschleppt werden. Personen sind bei dem Zusammenstoß nicht zu Schaden gekommen. — An einem Hause am Dorfplatze standen dem Besitzer zwei alte Bäume hindernd im Wege, die deshalb abgehauen werden sollten. Der fallende Stamm verfehlte die gewünschte Richtung und fiel auf das Dach, wobei dieses stark beschädigt wurde.

Zörbig. An alle Arbeitereltern. Dora Hofmeister, Halle a. S., Lehrerin an der weltlichen Schule, spricht über „Das neue Schulgesetz und seine Gefahren für die Arbeiterschaft“ am Freitag, dem 24. Februar, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus“. Freie Aussprache! Auch Gegner sind eingeladen.

Ramsin. Feuer. Am Sonnabendabend 7 Uhr ertönte Feueralarm in Ramsin. Ein Schornsteinbrand im Laßkovsschen Grundstück bedrohte einige Familien. Durch schnelles Eingreifen von Hausbewohnern wurde großes Unglück verhütet.

Schmiedeberg. Grützner, der Bürgermeister und die Klassenjustiz. Der Stadtrat und Malermeister Höfing in Bad Schmiedeberg hatte in zwei an den preußischen Minister des Innern und an den Regierungspräsidenten in Merseburg gerichteten Schreiben den letzteren der Parteilichkeit, bewußten Verschleppung, Rechtsbeugung und einiger anderer Vergehen und Verbrechen bezichtigt, und zwar, weil der Regierungspräsident in einer Beschwerdesache gegen den Bürgermeister Kelle nicht korrekt verfahren sein soll. In der Gerichtsverhandlung, die gestern stattfand, beantragte der Staatsanwalt drei Monate und eine Woche Gefängnis. Es wurde auf eine Geldstrafe von 2500 Mark und Tragung der Gerichtskosten erkannt. Wie wir schon mehrfach berichteten, ist die gesamte Einwohnerschaft über das Verhalten von Kelle empört. Im gleichen Maße herrscht Empörung über die Langmut des Regierungspräsidenten, der jedoch im Wohlwollen der Klassenjustiz steht, wie es dieser obige Richterspruch beweist.

Arbeiter-Sport

Arbeiter-Sport- und Kulturkartell Halle

Das Kartell hat beschlossen, daß zugunsten der streikenden Metallarbeiter am 28. Februar 1928 im großen „Volkspark“-Saal eine Werbeveranstaltung stattfinden soll. Der gesamte Ertrag fließt in die Lokalkasse des DMV. Halle.

Am Montag findet nun deswegen eine Sitzung statt, und zwar im „Glauchaer Stübchen“ (Glauchaer Straße), 20 Uhr, die sich mit den Vorbereitungen zu beschäftigen hat. Geladen ist der Vorstand sowie die technischen Leiter folgender Vereine: Achilles, Atlas, Germania-Felsenfest, Touristen, Solidarität, Fichte, Adler, Expanderklub und Zithervverein. Ich ersuche alle Genossen, pünktlich zu erscheinen.

I. A.: K. Oertel.

Arbeitsreiche Tagung des Sport- und Kulturkartells Halle

Sitzungsbericht vom 14. Februar

Nach 8 Uhr eröffnete der 1. Vorsitzende die Sitzung mit folgender Tagesordnung:

1. Eingänge;
2. Bericht vom Bezirkssportkartelltag am 22. Januar 1928;
3. Informatorisches;
4. Anträge;
5. Verschiedenes.

41 Delegierte waren anwesend, 4 Vereine fehlten. Der Vorsitzende gibt bekant, daß als Presseberichterstatter der 2. Schriftführer, Sportgenosse Pezold, an den „Klassenkampf“, „Volksblatt“ und „Volkssport“ die offiziellen Kartellberichte anzufertigen hat.

Unter „Eingänge“ lag ein Schreiben des Bundesvorsitzenden Gellert vor, worin er sich gegen den Beitritt der Sportvereine in die IAH. wendet, und worin er „vermutet“, daß seitens des Kartellvorstandes Anweisungen erfolgt seien.

Am Freitag, dem 17. Februar 1928, abends 8 Uhr im „Deutschen Gesellschaftshaus“ [143

Große Boxkämpfe

„Eichenkranz“, Leipzig, gegen Germania-Felsenfest

Vorher: **Jiu-Jutsu-Vorführung**

Genosse Oertel hat eine Antwort auf diesen Brief abgeschickt und sich gegen derartige Unterstellungen verwahrt. Er (Gellert) solle doch nicht durch derartige Methoden die Arbeit des Kartells hindern. Gellert hat dann einen Rückzieher gemacht und hat geschrieben, es sei ja möglich, daß Oertel von den Anträgen nichts wüßte.

Der Vorsitzende verwahrt sich dann noch gegen den Anwurf des Sportgenossen Habicht in der Generalversammlung wegen dem Stimmrecht des Vertreters der Kegler. Er verliest die Richtlinien, worin ausdrücklich steht, daß ein Delegierter Sitz und Stimme hat. Der Vorsitzende wendet sich dann gegen die Schreibweise des „Volksblatt“ betr. der Versammlung in Frankleben, indem dem Vorsitzenden des Bezirkssportkartells, Genossen Oertel, unwahre Behauptungen unterschoben werden! Der Bezirkskartellvorstand fabriziert Resolutionen; Genosse Oertel erhebt dagegen schärfsten Protest.

Sportklub Atlas reichte einen Dringlichkeitsantrag ein, welcher lautet:

„Unterzeichneter Verein ersucht, 100 Mark an die Lokalkasse zur Unterstützung der streikenden Metallarbeiter zu bewilligen.“

Der Vorstand ersucht ebenfalls um Zustimmung. Es müßte auch an die Unorganisierten gedacht werden, um ein Abbröckeln des Streikes zu verhindern. In diesem Sinne sprechen sechs Diskussionsredner.

Genosse Thielemann spricht gegen die Hetze des „Volksblatt“. Der Briefverkehr Wildungs und Gellerts mit dem hallischen Kartell liegt in einer Linie mit dieser Hetze. Die IAH. ist eine überparteiliche Organisation, und es ist eine glatte Vergewaltigung der Mitglieder, wenn Gellert aus Freundschaft zu Rößler „verbietet“, die IAH. zu unterstützen. Der Genosse verwahrt sich gegen das Verbot und gegen die „Volksblatt“-Hetzer.

Sportgenosse Röhr bringt darauf die bereits gestern veröffentlichte Resolution ein, die gegen 2 Stimmen samt Antrag angenommen wird.

Ein Schreiben der IAH. wird verlesen und zur Kenntnis genommen. Der Vorsitzende hatte zur Jahreswende einen Artikel verfaßt über das Thema: „Der Arbeitersport schreitet vorwärts.“ Im „Klassenkampf“ und „Volkssport“ (Magdeburg) ist der Artikel erschienen. Das „Volksblatt“ hat sich bis heute ausgeschwiegen.

Den Bericht von der Bezirkssportkartelltagung am 22. Januar gab Sportgenosse Pezold, dem sich zur Ergänzung die Sportgenossen Krech, Philipp und Oertel anschlossen.

Zum Punkt „Informatorisches“ wird zugestimmt, daß den Verbandsmitgliedern ein Ausweis zugestellt wird, der zum Besuch aller Veranstaltungen berechtigt.

Am 16. März findet ein Vortrag des Stadtarztes Dr. Hodann im „Volkspark“ statt mit dem Thema: „Sport- und Sexualfrage.“ Vom 11. bis 16. Juni ist die Reichsarbeitersportwoche. Am 10. Juni beginnt diese Woche mit Wecken durch die Spielmannszüge und die Sänger des Bezirks (1000 Mann). Anschließend ist ein Konzert auf dem Hallmarkt.

Ferner wurde beschlossen,

am 11. März zur Gedächtnisfeier der Märzgefallenen bis 1 Uhr Spielverbot in Halle

zu verhängen. Außerdem wird der Anschaffung eines Aktenschrankes, einer Aktentasche und dem Abonnement einer Zeitung zugestimmt.

Am 28. März veranstaltet das Kartell einen

Werbeabend zugunsten der streikenden Metallarbeiter.

Am 24. März Vortrag von E. Mühlbach von den Naturfreunden über „Geheimnisse aus dem Laboratorium der Liebe“. Am 25. und 26. Februar ist eine Bezirksveranstaltung der Arbeiterphotographen. Vorstand und Delegierte drücken ihre Verwunderung aus, betr. des Vortrages des Sportgenossen Gellert. Es wird verlangt, in Zukunft dem Kartell früher Mitteilung zugehen zu lassen. Schluß der Sitzung ½12 Uhr.

Filmabend der Freien Turnerschaft Glesien

Am Sonnabend, dem 18. Februar, abends 8 Uhr, veranstaltat die Freie Turnerschaft Glesien im Gasthof Ennewitz einen Filmabend. Zur Aufführung kommen:

1. Die neue Großmacht (in 6 Akten). Dieser Film zeigt uns den gewaltigen Aufmarsch der Arbeiter-Turner und Sportler aller Länder in Frankfurt a. M. zur 1. Arbeiter-Olympiade und deren sehr gute Leistungen in allen Sportarten.

2. Die Arbeiter-Turn- und Sportschule, ihre Einrichtung und der Betrieb (in 3 Akten). Dieser Film bringt in vorzüglicher Weise Bilder von der Inneneinrichtung der Schule und zeigt dann Arbeitsmomente aus einzelnen Lehrgängen. Alle Sparten sehen wir bei ihrer Arbeit. So kommen die Lehrgänge für Frauen-, Männer-, Kinderturnen, für Leichtathletik, Jugendleiter, Schwimmen und Rudern dabei zur Geltung und zeigen Gymnastik, Spiele, Geräteturnen, Kleinigkeiten, Rudern, Schwimmen und Wasserspringen und anderes mehr. Darum ist es von großem Interesse, diese Filme zu sehen, und wir hoffen, daß die gesamte Arbeiterschaft von Glesien und Umgegend sich diese lehrreichen Filme ansieht.

Der Olympiadefilm läuft in Naumburg

Dem Arbeitersportkartell ist es gelungen, nun auch in unserem Orte den Film „Die neue Großmacht“, kommenden Freitag in der Aula der Marienschule, 20 Uhr, zur Vorführung zu bringen. Dieser Sport- und Kulturfilm zeigt die gewaltige Arbeiter-Olympiade in Frankfurt a. M. Nicht die bürgerliche Rekordsucht des Einzelnen findet hier Geltung, sondern proletarischer Massensport, wo jeder einzelne fühlt, daß auch er ein beachtendes Glied ist. Kommt und seht Euch den Olympiadefilm am Freitag an. (Siehe näheres durch Anzeige.)

2. Kreis, 6. Bezirk. Verbindlich. Schlegel, Adler, 3 Mk. Strafe Spiel Othello 1. gegen Merseburg 1. 12. Februar. Die neuen Handballregeln sind vom 20. Februar an in der Geschäftsstunde zu haben. Merseburg hat bis 20. Februar die Kopfsteuer zu bezahlen. Sonntag, den 26. Februar, spielt die Städte-Mannschaft gegen die Fichte-Sondermannschaft. Städte-Mannschaft: Schettig, ABV., im Tor. Zeit und Platz wird noch veröffentlicht. Adler 3 Mk. Strafe wegen Nichtantretens gegen Sportlust am 12. Februar.

Folgende Spiele fallen aus: 19. Februar Achilles 1. — Schwimmer 1. 26. Februar Minerva — Cröllwitz Sportlerinnen.

8. Bezirk, 2. Kreis. (Fußballsparte.) Zu Sonnabend, den 18. Februar, 19 Uhr, wird Martin Schimansky (Greppin) geladen. Ich bitte alle Spielausschußmitglieder zu erscheinen. **Paul Chemnitz**, Obmann des Spielausschusses.

Vereinsjugendleitertagung in Weißenfels

Anwesend sind 10 Vereine; 2 sind entschuldigt; unentschuldigt fehlen 10 Vereine. Selbige werden satzungsgemäß mit je 5 Mk. bestraft: VfL. Naumburg, 93 Weißenfels, Union Weißenfels, Aue, Langendorf, Luckenau, Prosen, Goseck, Dronßig, Rehmsdorf. Punkt 2, Serie: Hier wird zur Kenntnis genommen, daß eine Meldegebühr für Jugend nicht erhoben wird. Meldetermin ist der 15. Februar. Geplant ist schließlich in zwei Klassen zu spielen. Am 10. Juni Bezirksjugendspiele für die Bundesschule zum 35jährigen Bestehen des Bundes. Hinweis, daß keine Jugendspiele ohne Jugendleiter ausgetragen werden dürfen. Punkt 3: Kreisjugendtreffen in Waltershausen. Es wird begrüßt, daß alle drei Sparten teilnehmen. Nähere Erklärungen hierzu gibt der Bezirksjugendleiter. Meldungen zwecks Teilnahme bis zum 1. März, Festbeitrag 50 Pf. Ein Rundschreiben vom Kreis wird zur Kenntnis genommen. Punkt 4, Wahlen: Bezirksjugendleiter: Genosse Voigt. Als Beisitzer: Knoblauch, Theißen, ferner die Jugendgenossen Schmalfuß, Zeitz, Reinhardt, Zangenberg. Punkt 5, Verschiedenes: Hier werden die Mannschaften zum Jugendspielen am 10. Juni festgelegt. Es spielen in Zeitz: Zangenberg Jugend gegen Theißen Jugend; in Hohenmölsen: Wählitz Jugend — Naundorf Jugend, und in Naumburg: VfL. Jugend — 93 Weißenfels Jugend. Ferner wird bemängelt das Melden der Vereinsjugendleiter. Ueber das Spielen Jugendlicher in Herrenmannschaften entspinnt sich eine längere Diskussion. Festgelegt wird, daß solche nur spielen können in der untersten Mannschaft, niemals in einer 1. Mannschaft, und auch nur mit Genehmigung des Jugendausschusses.

Ein Blick genügt!

MANOLI Dandy ZIGARETTEN, 4 ₰

Verständnisvoll greift der Raucher zu dieser Zigarette. Er weiß das Gute zu schätzen.

HH

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280216-17/fragment/page=0011

Delitzsch-Torgau-Liebenwerda

Rot Front schafft Munition

Bis zur Stunde haben die Kameraden des RFB., Ortsgruppe Delitzsch, 180,00 Mark für die streikenden Metallarbeiter gesammelt und der IAH. überwiesen.

Des weiteren beschloß die am Sonnabend, dem 11. Februar, stattgefundene gut besuchte Mitgliederversammlung, die sich mit dem Metallarbeiterstreik beschäftigte, 25,00 Mark aus der Ortsgruppenkasse für die Streikenden zu bewilligen.

Eine am Schlusse der Versammlung vorgenommene Tellersammlung erbrachte ebenfalls einen Betrag von 10,70 Mark. Sämtliche Gelder sind der IAH. überwiesen worden.

Gibt es in Delitzsch keine Steinsetzer?

Zu dieser Frage muß man ohne weiteres kommen, wenn man sich den Fußsteig vor dem Restaurant „Monopol" ansieht. Dort wurde vor einiger Zeit eine weitere Tankstelle errichtet. Fast drei Wochen ist diese schon im Betrieb. Aber den Bürgersteig hat man noch nicht wieder in Ordnung bringen können.

Woran mag das liegen? Vielleicht nimmt sich doch einmal jemand der Sache an, ob Baupolizei oder Steinsetzer, wer es eben am schnellsten kann.

Oder besteht etwa Aussicht, daß die Bitterfelder Straße in allernächster Zeit einer Neupflasterung entgegensieht; denn vermessen hat man sie doch wohl schon? Dann wäre es natürlich vergebliche Mühe, wenn man nun noch kurz zuvor den Bürgersteig in Ordnung bringen wollte.

Die Eilenburger Kriegsbeschädigten protestieren

gegen die 5. Novelle zum Reichsversorgungsgesetz

Der Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit, Ortsgruppe Eilenburg, veranstaltete am 10. Februar in der „Stadthalle" eine öffentliche Versammlung. Das Thema lautete: „Die Auswirkung der 5. Novelle zum Reichsversorgungsgesetz." Nachdem die Referentin, Genossin Woike, Berlin, das Elend der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen aufgerollt und an Hand von Tatsachenmaterial den Betrug und den Verrat der Bürgerblockregierung bei Annahme der 5. Novelle aufgedeckt hatte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 10. Februar in der „Stadthalle" tagende öffentliche Versammlung der Kriegs- und Sozialrentner, einberufen vom Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit, Ortsgruppe Eilenburg, protestiert aufs schärfste gegen die Mißachtung der Forderungen der Kriegsopfer bei der Beratung und Annahme der 5. Novelle zum Reichsversorgungsgesetz und verspricht alles daranzusetzen, um durch straffe Organisierung zum Rechte zu kommen.

Gleichzeitig protestieren wir gegen das Vorgehen des Bürgerblocks bei der Ueberleitung der Versorgungsbehörden in die Finanzverwaltung, was weiter nichts bedeutet, als den letzten Rest von sozialem Inhalt aus dem Reichsversorgungsgesetz herauszunehmen und dem Sparkommissar zur Entscheidung zu überlassen.

Die Versammelten versprechen ferner, alles daranzusetzen, jeden neuen imperialistischen Krieg unmöglich zu machen. Krieg dem Kriege!"

Das „Liebenwerdaer Kreisblatt" verunglimpft Arbeitslose

Das „Liebenwerdaer Kreisblatt" veröffentlichte letztens einen Bericht aus Mückenberg, worin die Arbeitslosen als Faulenzer und Tagediebe bezeichnet wurden. Ein Trupp Arbeitsloser sei vor das Verwaltungsgebäude der Bubiag gezogen, wohin sie vom Arbeitsamt Torgau vermittelt waren. Der Berichterstatter des Kreisblättchens meint nun, daß sich die Erwerbslosen doch von vornherein hätten denken sollen, daß sie in diesem „Aufzug" nicht ankommen würden. Dann macht das „Liebenwerdaer Kreisblatt" Reklame für gesetzlichen Arbeitszwang und schreibt: „Nur durch Arbeit, Sparen und Vereinfachung der Lebenshaltung kann Deutschland wieder hochkommen."

Zu dem Vorgang geht uns eine wahrheitsgetreue Schilderung zu:

Am 6. Februar kamen mit dem Zug 9.35 Uhr von Torgau etwa 18 Arbeiter. Sie waren vom dortigen Arbeitsnachweis nach der Bubiag geschickt und zogen singend vom Bahnhof nach dem Bubiagbureau. Natürlich haben sie auf Grund und Boden der Bubiag nicht gesungen.

Die Bubiag stellte keinen dieser Arbeiter ein und es ist schließlich auch möglich, daß die Arbeiter statt ergrimmt zu sein, diese Wendung begrüßten. Denn was soll ein verheirateter Arbeiter mit dem fürstlichen Lohn von 30 Mk. die Woche anfangen, wenn er seine Familie in Torgau hat und hier die ganze Woche leben muß.

Auf der Karte des Arbeitsnachweises stand: „Wenn Einstellung nicht erfolgt, ist Fahrgeld zurückzuerstatten. Die Bubiag tat dies nicht. Erst als ein Genosse der KPD. den Landrat anrief, haben die Arbeiter das Fahrgeld auf Anweisung des Landrates aus der Gemeindekasse Mückenberg erhalten.

Der Artikelschreiber des Kreisblättchens soll ein Beamter sein, der dicke Gehälter einstreicht. Dieser gut besoldete Beamte treibt sich während der Ferien an der Rivera herum und läßt seinen dicken Bauch von den Wellen umspülen. Der Arbeiter hat in den Augen dieser Leute kein Anrecht auf einen anständigen Lohn. Das „Liebenwerdaer Kreisblatt" hat durch diese Verunglimpfung der Arbeiter einen neuen Beweis dafür erbracht, daß es im Solde des Unternehmertums steht. Die Arbeiter sollten daher diese Zeitung endlich abbestellen.

An einem Tage

haben die Genossen der IAH. in Elsterwerda und im benachbarten Prösen eine Haussammlung für die ausgesperrten Metallarbeiter des Stahlwerkes Gröditz vorgenommen. Es haben gesammelt W. Strauch (parteilos) 115,95 Mark, Genosse Ulm 14,50 Mark, Genosse Adler 29,05 Mark, RFB.-Kameraden bei einem Ausmarsch nach Plessa 24,65 Mark, die Genossen aus Prösen 47,60 Mark. Insgesamt

wurden 231,75 Mark in Elsterwerda

und Umgeend gesammelt. Außerdem wurden reichlich Lebensmittel für die Kämpfenden gespendet. Auch für das gesammelte Geld wurden Lebensmittel gekauft und an die Ausgesperrten verteilt. Zur Verteilung gelangten

61 Pakete in Elsterwerda,
33 Pakete in Prösen und
18 Pakete in Crainsdorf.

Dieser gute Erfolg in diesem Gebiete muß überall anfeuernd wirken. Die Unternehmer wollen aussperren. — Nun erst recht wird

für die kämpfenden Metallarbeiter gesammelt

Was man den Erwerbslosen zumutet

Aus Belgern wird uns über die Anmaßung, die Arbeitslosen der Bubiag für einen Hundelohn auszuliefern, noch folgendes geschrieben:

In letzter Zeit ist man eifrigst bemüht, die Arbeitslosen nach den Kohlengruben und den Lauchhammer-Werken abzuschieben, wo sie für einen Hundelohn von den Grubenbaronen ausgebeutet werden sollen. Sogar einen alten 79jährigen Mann, der bis jetzt bei seinem Neffen immer noch gearbeitet hatte, wollte man in die Fremde schicken. Wir empfehlen dem Torgauer Herrn vom Arbeitsamt und seinem Vertreter in Belgern, es doch einmal selbst mit den Kohlengruben und ihren Hundelöhnen zu versuchen.

Ueberfüllte Freidenkerversammlung in Belgern

Am Donnerstag, dem 9. Februar, sprach Genosse Josef Papert im „Trompeterschlößchen" über das Thema: „Vom katholischen Geistlichen zum Freidenker". Der Saal war überfüllt, so daß sogar der Vorraum bei offener Saaltür noch benutzt werden mußte. In packender Weise schilderte Genosse P. den Weg, der ihn zu den Freidenkern geführt hatte. Noch nie hat ein Vortrag in Belgern einen so großen Eindruck auf die Zuhörerschaft gemacht, wie der des Genossen Papert.

Von der Geistlichkeit und Lehrerschaft war niemand erschienen. Man fürchtet eine Auseinandersetzung in Religionsfragen. Nun, Genossen, warum zaudert Ihr noch? Legt alle kleinlichen Fragen, die Euch vom Austritt aus der Kirche noch abhalten, beiseite und tretet ein in unsere Reihen. Heraus aus der Kirche!

Freiroda. Für die Metallarbeiter. Beim Maskenball, der am Sonntag vom hiesigen Arbeiter-Gesangverein stattfand, wurden 18,05 Mark für die streikenden Metallarbeiter gesammelt.

Herzberg. Die Petroleumfunzeln verschwinden. Bei der Niederlausitzer Eisenbahn sind die trüben Petroleumlampen in einem großen Teile der Wagen durch elektrische Beleuchtung ersetzt worden. Die Einführung des Elektrischen soll restlos durchgeführt werden.

Merzdorf-Seifertsmühl. Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen. Vor einigen Tagen erhielt ein hiesiger Gewerbetreibender, Vater von mehreren Kindern, eine Vorladung vom Finanzamt. Dort wurde ihm Steuerhinterziehung vorgeworfen. Natürlich wollte man ihm eine Strafe von 200 Mk. zudiktieren. Auf Grund seiner schwierigen Familienverhältnisse gingen die Herren vom Finanzamt doch bis zu 50 Mark herab. Schließlich mußte der Gewerbetreibende R. die Erfahrung machen, daß er auf dem Finanzamt mit 8000 Mark Jahreseinkommen eingesetzt war, was keineswegs zutrifft. So ist es nun aber in dieser Republik, die Kleinen greift man, wo es nur möglich ist, während Millionenbetrüger, wie es der ehemalige Landrat Vogl war, durch eine Hindenburg-Amnestie begnadigt werden.

Merzdorf-Seifertsmühl. Die Kirche geht auf den Krampf. Hier wird für eine Festlichkeit in den bürgerlichen Zeitungen Reklame gemacht. Am 6. Mai d. J. soll das 700jährige Jubiläum der Kirche zu Frauenhain stattfinden. Ein großes Tier, und zwar der Landesbischof, wird selbst anwesend sein. Hoffentlich lassen ihn die hiesigen Einwohner mit seinem „Seelenheil" allein.

Elsterwerda. Die Freie Turnerschaft, Ortsgruppe Elsterwerda, veranstaltete am Sonnabend, dem 11. Februar, einen Tanzabend. Man hat es nicht unterlassen, auf eine Sammlung für die streikenden Metallarbeiter hinzuweisen. Die Sammlung ergab die Summe von 3,40 Mark. Der Betrag wurde der Internationalen Arbeiter-Hilfe, Ortsgruppe Elsterwerda, zur Weiterleitung zugestellt.

Elsterwerda. Mütterberatungsstunde. Am 17. Februar 14 Uhr, findet in der Präparande Mütterberatungsstunde statt.

Wie wird das Wetter?

Für das mittlere Norddeutschland: Wechselnd, meist stark bewölkt und noch einzelne Niederschläge bei mildem Westwind.

Für das übrige Deutschland: Fortdauer des unbeständigen und milden Frostwetters, auch im Nordosten Milderung.

Briefkasten

Roßleben. Nach § 105 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes richtet sich die Klasse der Arbeitslosenunterstützung stets nach dem wöchentlichen Arbeitsentgelte. Zum Arbeitsentgelt rechnet auch Deputat, freie Wohnung, wie jede andere Naturalleistung des Arbeitgebers. Ebenso ist es gleichgültig, ob der wöchentliche Lohn in sechs Arbeitstagen oder in sieben Arbeitstagen verdient wird. Auch Ueberstunden und Akkordlohn sind in den wöchentlichen Arbeitsverdienst einzurechnen. Dabei gilt als Arbeitsverdienst stets der Bruttolohn. Maßgebend ist jedoch in allen Fällen der wöchentliche Durchschnitt der in den letzten 13 Wochen vor der Arbeitslosigkeit verdienten Löhne.

Verantwortlich: Max Lademann, M. d. L., Halle a. d. S., für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: I. V.: Wilhelm Barnack Halle a. d. S.

Aus dem Geschäftsverkehr

Der heutigen Teilauflage für Bitterfeld liegt der Prospekt der Fa. Posener & Co., Bitterfeld, bei. *391

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau und Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 21473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001. Artur Sämisch. Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen

Halle. Stadtteil Osten. Alle Parteigenossen und RFB.-Kameraden treffen sich am Sonntagmorgen ½10 Uhr in den bekannten Parteilokalen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Sennewitz. Sonnabend, 18. Febr., 20 Uhr, im Lokal Pabst Arbeitsgebietskonferenz für die Ortsgruppen Sennewitz, Seeben, Teicha, Gutenberg. Ref. Gen. Lademann.
Lettin. Sonnabend, 18. Febr., 20 Uhr, in der „Erholung" Mitgliederversammlung.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Donnerstag, 16. Febr., 20 Uhr, Sitzung der UBL.
Streckau. Sonnabend, 18. Febr., 20 Uhr, Mitgliederversamml. Referent der UBL.
Naumburg. Sonnabend, 18. Febr., 20 Uhr, in Almerich Versammlung der Zelle 5.
Aue. Sonnabend, 18. Febr., im „Deutschen Haus" Frauenabend (Lichtbildervortrag).

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen-Nordhausen

Hettstedt. Freitag, 17. Februar, 20 Uhr, im „Hohenzollernpark" öffentliche Versammlung. Referent Genosse Lademann.
Zappendorf. Freitag, 17. Februar, 20 Uhr, im Lokal Raabe Mitgliederversammlung. Referent Genosse Lessig.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Zschernddorf. Freitag, 17. Februar, 20 Uhr, im Lokal Dubilizig kombinierte Versammlung (RFB. und KPD.). Wichtige Tagesordnung.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Annaburg. Sonnabend, 18. Febr., 20 Uhr, Mitgliederversammlung. Referent Genosse Bassüner.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Adresse der Gauführung: Hugo Müller, Halle a. d. S., Pfännerhöhe 2, Hof 2 Tr. Telephonnummer 299 95. Postscheckkonto: Fritz Brückner. Leipzig Nr. 14 971. Warenvertriebsstelle des RFB. Wilhelm Stößel, Halle, Gr. Klausstraße 10.

Die Ortsgruppen Thalheim, Reuden, Petersroda, Zschornewitz, Bruckdorf, Dölau, Lettin, Könnern, Zwintschöna, Gruna, Bornstedt, Bennstedt, Teutschenthal, Blankenheim, Heldrungen, Oberröblingen a. H., Merseburg, Frankleben, Lauchstädt, Bad Kösen, Cölleda, Lichtenburg, Zeckritz, Nordhausen, Pustleben, Ellrich, Hohenmölsen, Osterfeld, Droyßig und Mutschau haben bis heute noch nicht die Ergebnisse der Reichskontrolle, d. h. weder die Mitglieder noch die Ortsgruppenfragebogen an die Gauführung eingesandt.
Von Wittenberg-Piesteritz, Gröbeln, Torgau, Alsleben, Roßleben, Nietleben, Teuchern, Zörbig, Mücheln und Nichtewitz fehlen noch die Ortsfragebogen und kann die Kontrolle für diese Gruppen ebenfalls erst nach Eingang dieses Fragebogens abgeschlossen werden.
Von Streckau, Goddula, Mückenberg, Elsterwerda, Gröbers, Eilenburg fehlen noch ein Teil Mitglieder und auch der Ortsfragebogen.
Von Eisleben fehlen noch die Mitgliederfragebogen.
Wir ersuchen die Kameraden in den Ortsgruppen, dafür zu sorgen, daß die Kontrollergebnisse sofort an die Gauführung zwecks Abschluß der Kontrolle eingesandt werden.
Die Gauführung.

Untergau Halle-Saalkreis

Halle. Geschlossener Spielmannszug. Freitag, 17. Februar, 18.45 Uhr, Roßplatz mit Instrumenten antreten.
Halle. Abt. 1, Kameradschaft 22a und 11. Freitag, 17. Februar, 19 Uhr, in Diemitz auf dem Schulplatz. Dazu die Spielleute.
Halle. Abt. 4 (Norden). Freitag, 17. Febr., 20 Uhr, bei Barth, Körnerstraße, Abteilungs-Pflichtversammlung. Funktionäre eine Stunde früher. Gruppenführer haben einzuladen.
Halle. Abt. 1 (Osten). Freitag, 17. Febr., 20 Uhr, im Hardenberg-Kasino Abteilungsversammlung mit Lichtbildervortrag. Gruppenführer haben einzuladen.
Sonntag, 19. Februar, vormittags 10 Uhr, im „Volkspark" Untergaukonferenz. Alle Ortsgruppen müssen vertreten sein.
Halle. Abt. 3 (Westen). Sonnabend, 18. Febr., 18½ Uhr, treffen sich alle Funktionäre der Abteilung auf dem Weingärtenplatz zum Ausmarsch nach Beuchlitz.
Halle. Abt. 5 (Zentrum). 2. Kameradschaft. Sonnabend, 18. Februar, 20 Uhr, „Goldene Kette" Kameradschaftsversammlung.
Halle. Abt. 5 (Zentrum). 15. Kameradschaft. Sonnabend, 18. Febr., 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Föhse.

Jungfront

Halle. Donnerstag, 16. Februar, finden in folgenden Lokalen die Abteilungsveranstaltungen statt. Alle Kameraden müssen erscheinen. Anfang pünktlich 20 Uhr:
Abt. 1 (Osten) bei Löv, Freiimfelder Straße.
Abt. 2 (Süden) bei Herter, „Thüringer Schloß"
Abt. 3 (Westen) bei Polzin, Torstraße. Funktionäre eine Stunde früher.
Abt. 4 (Norden) in „Lüderitzberg" bei Starke. Mit Lichtbildervortrag.
Abt. 5 (Zentrum) in der „Goldenen Kette", Alter Markt. Funktionäre eine Stunde früher.
Ammendorf. Freitag, 17. Februar, 20 Uhr, in der „Burg" Mitgliederversammlung.
Beuchlitz-Passendorf. Sonnabend, 18. Febr., findet im Lokal „Drei Lilien" unsere Funktionärsitzung statt. Die Funktionäre von Zscherben und Abteilung 3 Halle haben zu erscheinen.
Döllnitz. Freitag, 17. Febr., im „Palmbaum" Mitgliederversammlung. Beginn 19½ Uhr.
Lettin. Sonnabend, 18. Febr., 20 Uhr, im Gasthof „Zur Erholung" kombinierte Versammlung. Alle Parteigenossen und RFB.-Kameraden haben zu erscheinen.
Wettin. Sonnabend, 18. Febr., im Gasthof „Kleiner Schweizerling" Mitgliederversammlung. Erscheinen aller Kameraden ist Pflicht. Gruppenführer haben restlos einzuladen.

Untergau Merseburg

Goddula. Freitag, 17. Februar, 20 Uhr, im Gasthaus „Grüner Hof" Kursus.
Merseburg. Freitag, 17. Februar, 20 Uhr, in der „Stadt Leipzig" Vollversammlung. Alle Kameraden müssen erscheinen.
Rattmannsdorf. Sonnabend, 18. Februar, 20 Uhr, im Lokal Hanstein außerordentliche Versammlung. Alles hat restlos zu erscheinen.

Jungfront

Merseburg. Am Donnerstag, dem 16. Februar, fällt die Jungfrontversammlung aus. Dafür nehmen alle Kameraden restlos an der Vollversammlung des RFB. am Freitag, dem 17. Februar, teil.

Untergau Naumburg

Naumburg. Freitag, 17. Februar, 20 Uhr, Vortrag des Kameraden Borrmann über die Rote Armee. Erscheinen aller Kameraden ist Pflicht.

Untergau Weißenfels

Weißenfels. Freitag, 17. Februar, großer Werbeabend im Stadttheater. Abmarsch der gesamten Ortsgruppe 19½ Uhr vom Rosalskyweg. Gruppenführer laden ein.

Untergau Nordhausen

Nordhausen. Freitag, 17. Februar, Funktionärsitzung. Sämtliche Funktionäre sowie alle Kameraden der Roten Jungfront müssen unbedingt erscheinen. Vertreter der Gauführung ist anwesend.

Untergau Bitterfeld

Sonntag, 19. Febr., 13.30 Uhr, im „Gesellschaftshaus" Untergaukonferenz. Alle Ortsgruppen müssen vertreten sein.

Untergau Wittenberg

Sonntag, 19. Februar, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus" in Wittenberg Untergaukonferenz. Alle Ortsgruppen müssen vertreten sein. Gauvertreter ist anwesend.
Abt. Wittenberg. Freitag, 17. Februar, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus Mitgliederversammlung.
Abt. Piesteritz. Freitag, 17. Februar, 20 Uhr, im „Schützenhaus" Mitgliederversamml.
Abt. Piesteritz. Sonntag, 19. Februar, vorm. 8 Uhr, Abmarsch vom „Volksheim" zur Untergaukonferenz.

Untergau Torgau-Liebenwerda

Torgau. Freitag, 17. Februar, 20 Uhr, Pflichtversammlung. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.
Elsterwerda. Sonnabend, 18. Februar, 20 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung in der „Quelle". Referent Gen. Müller, Halle.

Untergau Eilenburg

Eilenburg. Freitag, 17. Februar, Mitgliederversammlung in der „Rose". Beginn der Versammlung 20 Uhr. Das Erscheinen aller Kameraden ist Pflicht.

Untergau Delitzsch

Delitzsch. Freitag, 17. Februar, 20 Uhr, im „Lindenhof" (lange Stube) Mitgliederversammlung
Zschortau. Sonnabend, 18. Februar, 20 Uhr, Mitgliederversammlung. Alle Kameraden müssen erscheinen.

Untergau Zeitz

Sonntag, 19. Februar, vormittags 10 Uhr, Untergaukonferenz im „Deutschen Haus". Vertreter der Gauführung ist anwesend.
Zeitz. Freitag, 17. Febr., 20 Uhr, Kameradschaftsversammlung in der „Händlerbörse".
Theißen. Sonnabend, 18. Febr., 20 Uhr, in Theißen, Gasthof Baumann, Mitgliederversammlung.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Das Bureau der Gauleitung ist täglich von 5 bis 7 Uhr nachmittags geöffnet (Lerchenfeldstraße 14 Zimmer 5)

An alle Ortsgruppen! Die Januar-Abrechnungen sind schnellstens einzusenden. Ebenso sind die Reichskonferenzmarken abzurechen. Den Ortsgruppen können noch kostenlos alte Zeitungen zur Verfügung gestellt werden zu Werbezwecken. Dieselben sind anzufordern.

Kommunist. Jugendverband Deutschlands

Bezirk Halle-Merseburg
Jugendsekretariat Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14
Fernruf 21473

Achtung, Spediteure und Kolporteure des Jugendverbandes. Zum 10. Jahrestage der Roten Armee erscheint eine illustrierte Werbenummer der „Jugendinternationale", 48 Seiten stark mit zweifarbigem Photoumschlag und zahlreichen Illustrationen. Preis 20 Pf. Bestellt sofort beim Verlag der Jugendinternationale, Berlin O 17, Lange Straße 56.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Freitag ½20 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung im Gesellenheim. Alle, die noch Marken zu kleben haben, können dieses noch bis Donnerstag von 19 bis 20 Uhr in der „Goldenen Kette" einzahlen.
Halle. Teilnehmer der Wochenendschule, welche noch nicht ihr Fahrgeld entrichtet (Klosterstraße). Mitgliedsbuch ist mitzubringen. Genossen, welche mit Beiträgen im Rückstande sind oder die Mitgliedsbücher nicht mitbringen, haben kein Stimmrecht.
Halle. Wochenendschulteilnehmer Sonnabend pünktlich 15 Uhr Hauptbahnhof. Papier und Bleistift nicht vergessen.
Ammendorf. Freitag, 17. Februar, 19.30 Uhr, Theaterprobe mit Mandolinen im Jugendheim.

Unterbezirk Merseburg

Kötzschen-Beuna. Freitag, 17. Febr., Vortrag über Kriegsgefahr und Faschismus. Genosse Karl.

Arbeitsgebiet Schkeuditz

Schkeuditz. Sonntag, 19. Febr., vorm. 8 Uhr, Antreten zur Landagitation. 20 Uhr Unterhaltungsabend im Heim.

Unterbezirk Weißenfels

Weißenfels. Freitag, 17. Febr., 20 Uhr, im Heim Fortsetzung des Kursus.
Zeitz. Freitag, 17. Febr., Vortrag über die Rolle der Frau im kapitalistischen Staat.
Weißenfels. Sonntag, 19. Febr., Agitationstour. Treffen ½9 Uhr am Rosalskyweg. Pflichtveranstaltung.
Zeitz. Sonntag, 19. Februar, Nachmittagstour nach Teuchern. Abmarsch 13,30 Uhr von der Auebrücke.
Teuchern. Sonntag, 19. Febr., Hausagitation in Teuchern. Treffen ½10 Uhr am Markt.

Unterbezirk Mansfeld

Eisleben. Sonnabend, 18. Febr., 20 Uhr, Versammlung. Erscheinen ist Pflicht. Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Unterbezirk Bitterfeld

Göttnitz. Freitag, 17. Febr., Zusammenkunft. Vortrag des Genossen Alfred, Halle.

Unterbezirk Wittenberg

Wittenberg. Heute 20 Uhr Gruppenabend. Thema: Die kommenden Wahlen und die Aufgaben des KJV.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Bockwitz. Freitag, 17. Februar, 20 Uhr, Generalversammlung im „Volkshaus". 1. Pol-Lage und Aufgaben. 2. Warum Betriebsarbeit. 3. Wahlen.
Mückenberg. Freitag, 17. Febr., Generalversammlung mit Bockwitz im „Volkshaus".
Mückenberg und Bockwitz. Sonnabend, 18. Febr., im „Volkshaus" von 19 bis 22 Uhr Kursusabend. Sonntag von 10 bis 12, 13.30 bis 16 und 16 bis 18 Uhr Kursus.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung f. Halle-Merseburg
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14

Halle. Die Kassierer der Bezirke 2, 4, 8, 12 und 15 müssen bis Freitag ihr Material abliefern.
Halle. Freitag 18 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft Gruppenabend. Bringt Handarbeitsgerät mit.
Ammendorf. Freitag, 17. Februar, 16 Uhr, im Heim Liedernachmittag.
Weißenfels. Donnerstag, 16. Februar, ½18 Uhr, im Gewerkschaftshaus Uebungsstunde des Spielmannszuges.
Weißenfels. Freitag, 17. Februar, 18 Uhr, im Jugendheim Mitgliederversammlung. Erscheinen ist Pflicht.

Bund der Freunde der IAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg
Bureau: Halle, Gr. Steinstr. 16 H. pt. Teleph. 29150

Das Bureau ist geöffnet vormittags 11 bis 12 Uhr und nachmittags 3½ bis 6½ Uhr.
Postscheckkonto 16 379 Leipzig, Johannes Höcker

Halle. Freitag, 17. Februar, 20 Uhr, im „Volkspark" großer Werbeabend.
Roßleben. Freitag, 17. Februar, 20 Uhr, im „Deutschen Haus" Filmaufführung „Die Todesbarke".
Sangerhausen. Freitag, 17. Februar, 20 Uhr, im „Herrnkrug" Werbeabend der IAH. Ref.: Genossin Wiesner, Halle.
Schkeuditz. Jeden Dienstag Nähabend bei Silber.
Neumark. Die für Sonnabend, 18. Februar, angesetzte Mitgliederversammlung fällt aus. Alles beteiligt sich am Filmabend „Die Todesbarke" in Mücheln.
Mücheln. Sonnabend 18. Februar, 20 Uhr, im „Schützenhaus" Filmvorführung „Die Todesbarke".
Ramsin. Sonnabend, 18. Febr., 20 Uhr, große öffentliche Versammlung. Referentin Genossin Hofmeister, Lehrerin, Halle, spricht über das Schulgesetz.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280216-17/fragment/page=0012

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 70 Pf. im Textteil. Manuskripte sind zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. (Red.) 21045, (Exek.) 21047 (Prod.-Gen.) 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh Halle

Einzelpreis 10 Pf. | **Halle, Donnerstag, 16. Februar 1928** | **8. Jahrgang • Nr. 40**

Die SPD. stützt den morschen Bürgerblock

Die Regierungskoalition gesprengt — Das Schulgesetz gescheitert — Erst Verschärfung und Befestigung des Hindenburg-Kurses gegen die Arbeiterschaft — Dann Reichstagsauflösung und Neuwahlen

Heraus zum Kampf der Millionen gegen das Hindenburg-Programm der Trustbourgeoisie

Der interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien des Reichstags trat am Mittwoch um 10.15 Uhr vormittags im Reichstag in Gegenwart der Reichsminister v. Keudell und Hergt wieder zusammen. Bei der Unvereinbarkeit der sich gegenüberstehenden Forderungen der Parteien zum Schulgesetz waren die Beratungen nur von kurzer Dauer. Sie endeten mit der Feststellung, daß von keiner Seite brauchbare Kompromißvorschläge gemacht worden seien. Damit ist also das Reichsschulgesetz und an diesem die jetzige Regierungskoalition gescheitert.

Nach Feststellung des Scheiterns der Verhandlungen über das Schulgesetz haben die Fraktionen der Deutschnationalen Volkspartei, des Zentrums und der Bayrischen Volkspartei gemeinschaftlich erklärt, daß die Regierungskoalition als aufgelöst zu betrachten sei. Die Deutsche Volkspartei jammert darüber und versichert, daß man doch nicht nur zur Erledigung des Reichsschulgesetzes zusammengekommen sei. Das Zentrum antwortet darauf mit einer Erklärung, in der es der Stresemann-Partei alle Schuld am Bruch der Koalition zuschiebt, aber sich zur Durchführung des Hindenburg-Programms verpflichtet. Natürlich versucht auch die Deutschnationale Volkspartei sich zu rechtfertigen, worauf prompt die Deutsche Volkspartei wieder mit einer Erklärung antwortet.

Die SPD. ermöglicht die Durchführung des Hindenburg-Programms

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 16. Februar.**

Nach der gestrigen Verhandlung des Interfraktionellen Ausschusses der Regierungsparteien über das Scheitern des Schulgesetzes und die Auflösung der Regierungskoalition trat das Bürgerblock-Kabinett unter Vorsitz von Hergt zusammen. Es wurde beschlossen, daß trotz des formellen Auflösungsbeschlusses unbedingt das Hindenburg-Programm noch durchgeführt werden müsse. Das bedeutet, daß zunächst keine Reichstagsauflösung stattfinden soll und auch die Regierung im Amte bleibt. Die Bürgerblock-Regierung und der Bürgerblock-Reichstag sollen den Etat noch verabschieden und das Liquidationsschädengesetz, sowie den Nachtragsetat mit den geplanten Liebesgaben für die Großagrarier beschließen, dann erst, also frühestens im Mai, sollen die Wahlen stattfinden.

Nach der Kabinettssitzung trat der Interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien in der siebenten Abendstunde wieder zusammen, um die Mitteilungen der Regierung entgegenzunehmen. Es wurde auch mit nicht zur Regierung gehörenden Parteien, nämlich der SPD. und den Demokraten, Fühlung über die reibungslose Durchführung des Hindenburg-Programms genommen. Um die Beratungen im jetzigen Reichstag bis zum 31. März beenden zu können, soll die Redezeit im Reichstag beschränkt werden, ferner die Einlegung von Nachtsitzungen erfolgen. Die Parteien sollen sich verpflichten, keine „Agitations-Anträge" zu stellen und bis Freitagabend erklären, ob sie bereit sind, an der Durchführung dieses Arbeitsplanes loyal mitzuarbeiten. Stimmen die Parteien zu, dann wird als äußerster Termin für die Erledigung des Arbeitsplanes der 31. März in Aussicht genommen. Spätestens an diesem Tage soll die Auflösung des Reichstages erfolgen. Lehnen die Parteien ab, dann soll nur noch ein Notetat bewilligt und der Reichstag sofort aufgelöst werden.

Die demokratischen und sozialdemokratischen Führer haben sich bereits dafür entschieden, der Bürgerblock-Regierung keine Schwierigkeiten bei der Verabschiedung des Hindenburg-Programms zu machen, d. h. die Bürgerblock-Regierung wird mit Hilfe der Sozialdemokraten noch weiter regieren und imstande sein, ihre ganzen reaktionären Anschläge gegen das Proletariat, insbesondere ihre scharfen Kampfmaßnahmen gegen die Arbeiterschaft in den im April und Mai zu erwartenden Arbeitskämpfen zur Durchführung zu bringen.

Der heutige „Vorwärts" beschönigt diesen neuen unerhörten Verrat mit folgenden Ausführungen:

„Auch die Opposition ist daran interessiert, den Schutthaufen, den diese Regierung zurückließ, nicht bis in den Himmel wachsen zu lassen. Sie hat darum keinen Anlaß, die notwendigen Aufräumungsarbeiten durch besondere Aktionen zu [illegible] Rolle als Kritikerin [illegible]tiger Aufgaben mit- [illegible] Lebensfrage, ob sechs [illegible]elfern beseitigen muß.

[illegible]te eine Meldung, in [illegible] daß die Sozialdemo- [illegible]rum macht dann aber [illegible] Bürgerblocks, warum [illegible] Etatberatung durchzu-

[illegible] kann nur das Prole- [illegible]on durchführen, wobei [illegible]elfern beseitigen muß.

führen? Die Antwort kann nur sein: Sie will keinen Kampf gegen die Etatpläne der Trustbourgeoisie, sie ist einverstanden mit dem reaktionären Geist, der den Etat beherrschen wird, sie würde auch keine andere Linie einhalten, wenn sie maßgebenden Einfluß auf die Politik hätte. Daß sie den Etat ablehnen will, erzählt sie ferner nur, um ihre praktische Hilfsstellung für die Trustbourgeoisie zu decken. Ein infames Betrugsmanöver an den werktätigen Massen!

Gerade weil die Annahme dieses reaktionären Etats verhindert werden muß, gerade weil jede Stunde, in der den offenen Kommis der Trustbourgeoisie das Regieren noch möglich ist, zu Riesengeschenken für Großagrarier und Großkapital aber zur gesteigerten Ausplünderung der werktätigen Massen benutzt werden soll, muß der Kampf in gesteigerter Form um die Beseitigung der Bürgerblockherrschaft geführt werden.

Unter dieser Losung und um die Forderungen Lohnerhöhungen und Achtstundentag verlassen am kommenden Montag eine Stunde vor Arbeitsschluß die Arbeiter aller Betriebe und ziehen in wuchtigen Demonstrationen auf die Plätze der Dörfer und Städte. Keiner darf fehlen! Alles hinein in die einheitliche Kampffront des Proletariats!

[illegible] Metallarbeiter vor dem Landtag

[illegible]sind — Genosse Lademann rechnet mit den Reformisten anläßlich [illegible]mitteldeutschen Metallarbeiterstreiks ab

[illegible]werindustriellen gegen [illegible] Reichsarbeitsministers [illegible]entages und der drei- [illegible]erkindustrie hatte die [illegible]t, von der Reichs- [illegible]er genannten Verord- [illegible]ch der Reichsarbeits- [illegible]behörden das Inkraft- [illegible] hinausschieben kann. Darüber hinaus sollte nach dem Antrag der Kommunisten von der Reichsregierung verlangt werden, daß die Verordnung nicht nur für die Hüttenindustrie, sondern für alle Gebiete und Betriebe sofort in Kraft gesetzt wird.

Der Landtag hat nach mehrfachem Drängen der kommunistischen Fraktion den Antrag in seiner Sitzung vom 12. Dezember 1927 angenommen. Der Preußische Minister für Handel und Gewerbe, der Demokrat Dr. Schreiber, aber pfiff auf den Beschluß des Landtags und gab seine ausdrückliche Zustimmung dazu, daß das Inkrafttreten der Verordnung für Teile des Reiches und viele Betriebe hinausgeschoben wurde. Die Kommunistische Fraktion hat deshalb erneut im Landtag den Antrag gestellt, die Verordnung sofort für alle Gebiete und Betriebe in Kraft zu setzen und stellte außerdem einen Mißtrauensantrag gegen den demokratischen Handelsminister Dr. Schreiber. Beide Anträge standen in der Mittwochsitzung des Landtags auf der Tagesordnung.

In einer äußerst wirkungsvollen Rede brandmarkte diesen unerhörten Skandal zunächst der Genosse Schubert. Der Minister Dr. Schreiber antwortete darauf in einer von ausgesuchter Arroganz und Hochnäsigkeit strotzenden Rede. Ihm erwidert der

Genosse Max Lademann,

der feststellte, daß die SPD. wie in der Dezemberbewegung auch jetzt wieder, wo aus Anlaß des mitteldeutschen Metallarbeiterstreikes die Schwerindustriellen mit Generalaussperrung drohen, das Hasenpanier ergreift. Der Minister hat die Verantwortung für die Nichtdurchführung des Landtagsbeschlusses abgelehnt. Er wagte sogar zu behaupten, eine Zustimmung zu der Verordnung des Reichsarbeitsministers seitens der Preußischen Regierung sei nicht erfolgt. Das Gegenteil geht aus einem Schreiben des Reichsarbeitsministers vom 26. Januar 1928 an die Firma Krupp in Essen hervor. In diesem Schreiben heißt es ausdrücklich, daß das Inkrafttreten der Arbeitszeitverordnung vom 16. Juli 1927 für die Martinstahlwerke 7, 1, 4, 3, dem Tiegelstahlwerk 8 und Elektrostahlwerk 4 „im Einvernehmen mit dem Herrn Preußischen Minister für Handel und Gewerbe" bis zum 30. September 1928 hinausgeschoben wird! (Hört, hört! b. d. Komm.) Ich stelle also fest, daß der Minister hier vor dem Landtage die Unwahrheit gesagt hat. (Sehr richtig! b. d. Komm.) (Ordnungsruf des Präsidenten.) Ich kann nur die Tatsache feststellen: Entweder lügt das Schreiben des Reichsarbeitsministers — oder der Handelsminister hat die Unwahrheit gesagt. (Neuer Ordnungsruf.)

Genosse Lademann erörterte in seinen weiteren Ausführungen den Stand des mitteldeutschen Metallarbeiterstreiks und wies an Hand der Betriebsergebnisse der mitteldeutschen Metallindustrie nach, daß die mitteldeutschen Industriellen sehr wohl in der Lage wären, die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen. Wie berechtigt diese Forderungen sind, geht schon aus der Tatsache hervor, daß es selbst der Reichsarbeitsminister nicht wagte, den schändlichen 3-Pfennig-Schiedsspruch für verbindlich

Demonstration in Berlin

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 15. Februar.**

Am Montag, dem 13. Februar, fand eine stark besuchte Vollversammlung der Betriebsräte von dem Verkehrsbund Berlin statt.

Es wurde eine Entschließung gegen wenige Stimmen angenommen, in der vom Ortsausschuß des ADGB. verlangt wird, die Berliner Arbeiterschaft gegen die drohende Aussperrung der Metallarbeiter durch die Unternehmer zu einer Demonstration am 20. Februar aufzurufen, um dem Trustkapital zu zeigen, daß die Arbeiterschaft zum Kampf bereit ist.

Demonstriert gegen die Offensive der Trustbourgeoisie

Am Montag, dem 20. Februar, verlassen alle Arbeiter in Halle um 15 Uhr geschlossen die Betriebe zu den Demonstrationen für Lohnerhöhung und Achtstundentag, gegen Bürgerblock und Imperialismus.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280216-17/fragment/page=0013